ÖGZ

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes

Österreichischer Städtebund

7-8/2021

CORONA-STUDIEN

Die Erforschung der Pandemie



Verlagspostamt 1110 Wien • P.b.b. MZ 17Z041202 M Österreichischer Städtebund, Rathaus, 1082 Wien

GGK MULLENLOWE



© robertkovacs.net

mehr aho auf der donau.

RED-TICKET UM NUR € 22,–

JETZT BUCHEN!

www.twincityliner.com

01/9048880

Leinen los für den TWIN CITY LINER.

Der neue Twin City Liner verbindet wieder die Innenstadt Wiens mit der Altstadt von Bratislava – bequem und schnell in nur 75 Minuten Fahrzeit. Der topmoderne Schnellkatamaran bietet 250 Personen Platz, verfügt über eine von innen zugängliche First-Class am Oberdeck, Premium-Sitze und ein vielfältiges Speisen- und Getränkeangebot. Ein einmaliges Reiseerlebnis! Jetzt Tickets sichern unter www.twincityliner.com.

www.wienholding.at

TWIN CITY LINER.com
SO GEHT SCHIFF HEUTE

mehr wien zum leben.
wienholding

Ein Unternehmen der Stadt Wien



Die Stadt nach der Pandemie

Wie können Städte und Gemeinden auf die veränderte Lage reagieren?

Wir befinden uns im zweiten Sommer der Pandemie – während sich die Situation allmählich durch den Impffortschritt entspannt, bleibt ungewiss, wie es im Herbst weitergeht. Viele Vorzeichen haben sich durch die Pandemie geändert: Angesichts des drohenden Klimawandels scheint eine Rückkehr zur alten Normalität als nicht sehr sinnvoll. Die Digitalisierung hat einen enormen Schub erfahren und Homeoffice die Arbeitswelt verändert. Vor allem Kinder, Jugendliche und Frauen waren während der Lockdowns besonderen Belastungen ausgesetzt.

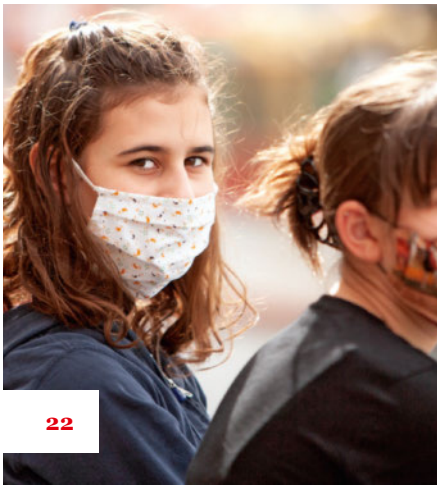
Mit dieser Werkstatt-Ausgabe soll der Fokus auf Studien und Expertisen zu unterschiedlichen Bereichen der Pandemie gerichtet werden. Denn all diese Themen haben in der einen oder anderen Form Auswirkung auf Städte und Gemeinden. Es werden künftig viele Herausforderungen zu bewältigen sein, um die Daseinsvorsorge in der gewohnten Qualität sicherzustellen und weichenstellende Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Städte brauchen für ihre vielfältigen kommunalen Aufgaben und Dienstleistungen eine langfristige finanzielle Absicherung.

Thomas Weninger
Generalsekretär Österreichischer Städtebund

Michael Ludwig
Präsident Österreichischer Städtebund

© Foto: Markus Wache







Schwerpunkt

Corona-Studien

12 **Interview**
Soziologin Laura Wiesböck

16 **Frauen**
Rollenbilder und Gesundheit

18 **Ned wuascht**
Jugendstudie der Stadt Salzburg

20 **Die Leiden der Leisen**
Austrian Corona Panel Project

22 **Wir werden nicht gehört!**
SORA-Studie „Jungsein in der Pandemie“

24 **Gesellschaft**
Wie Armut Kinder krank macht

26 **Thomas Seifert**
Die post-pandemische Stadt

30 **Wohnen in der Krise**
Austrian Corona Panel Project

32 **Pandemiegeschehen**
Stadt.Land.COVID

34 **Geklärt**
Coronaviren im Abwasser

36 **Mitgliederbefragung**
Die Coronakrise in den Gemeinden

40 **Wien und die Welt**
Antworten auf die Krise im Mobilitätsbereich

42 **Gemeindefinanzen**
Auswirkungen der Pandemie

44 **Finanzfragen**
Städtische Finanzen in der Krise?

46 **Stresstest Stadt**
Die resiliente Stadt

Magazin

50 **Menschen mit Behinderung**
Schritte zu einer fairen Arbeitswelt

52 **Brüssel**
25 Jahre Wien-Haus

55 **Taskforce Pflege**
Ein Ergebnisbericht

56 **Kommunale Pionierin**
Bgm.in Ernestine Schötz

58 **Recht**
Vergabefreier Mietvertrag oder Bauauftrag?

60 **Recht**
Kommunale Selbstverwaltung

61 **Recht**
Gemeindeeinrichtungen und -anlagen
Teil 2: Gebührenvorschreibung

Aktuelles aus den Städten 6

Literatur 57

Finanzen 64

Zu guter Letzt 66

Vorschau 67

Impressum 67

© Fotos: Getty Images

Der Sommer i(s)st bunt – Gesundes für die Kids im Feriencamp

Täglich frische Verpflegung für Lern- und Sportcamps sowie Kindergärten und Schulen auch in den Ferien

„Wir merken, wie wichtig es den Eltern ist, dass gerade in der Ferienbetreuung das Essen abwechslungsreich und gesund ist und es ihren Kids wirklich gut schmeckt. Deshalb stehen wir immer öfter auch Sommercamps mit unserer Expertise für gesunde Kinderernährung und unseren erprobten Verpflegungsangeboten zur Seite", so Mag.ª Claudia Ertl-Huemer, Verantwortliche für Kindergarten- und Schulessen bei GOURMET Kids.
GOURMET Kids ist als erfahrener Spezialist für Kindergarten- und Schulessen auch im Sommer verlässlicher Partner für Kommunen, Jugendorganisationen und Veranstalter von Kindercamps. Egal ob Menüs für die Mittagspause oder Lunchpakete für spannende Ausflüge gebraucht werden, ob in der Stadt oder am Land und unabhängig davon, ob 15 oder hunderte Kinder an der Ferienbetreuung teilnehmen. Das Team von GOURMET Kids findet die individuell passende Sommer-Verpflegung.



Bio-Kartoffel-Spinatgratin, eine von knapp 200 vegetarischen Speisenkomponenten im Sortiment

Gemeinsames Mittagessen auch bei speziellen Ernährungsbedürfnissen

Ob Bio-Gemüse-Palatschinkenauflauf, Süßkartoffel-Curry oder Bio-Topfen-Palatschinken – die Kinderspeisen von GOURMET Kids sind nicht nur täglich frisch, sondern auch speziell für Kinder entwickelt: klein geschnitten, zart gekocht, mild gewürzt, ohne Zusatzstoffe und Konservierungsmittel, dafür mit vielen Nährstoffen. Die Speisepläne werden von ErnährungsexpertInnen erstellt. Auch auf spezielle Ernährungsbedürfnisse wird Rücksicht genommen: Damit alle Kinder am Mittagessen teilnehmen können, gibt es ein großes Sortiment an gluten- und laktosefreien Mittagsmenüs.

Gourmet setzt auf Bio-Qualität und regionale Zutaten

Rund zwei Drittel der Zutaten kommen bereits aus Österreich: frisches Gemüse, Mehl, Milchprodukte, Nudeln und Gebäck ebenso wie Rind-, Schweine-, Kalb- und Hühnerfleisch.
Bei Eiern setzt GOURMET ausschließlich auf Freiland- oder Bio-Haltung. Rund 50 Prozent aller Zutaten der Kinderspeisen kommen aus biologischer Landwirtschaft. Dadurch finden sich 130 Bio-Speisen im Sortiment und noch mehr Bio, versteckt im Rezept.

GOURMET Kids

ist erfahrener Spezialist für gesunde Kinderernährung. 2.700 Kindergärten, Horte und Schulen vertrauen auf die Expertise des Teams von GOURMET Kids, eine Marke von GOURMET.

Nähere Informationen finden Sie auf der neuen Website: www.gourmet-kids.at

© Foto: Gourmet

Städte zeigen Flagge

Der Monat Juni wird international als Pride Month zu Ehren der LGBTIQ+-Gemeinschaft ausgerufen. Auch immer mehr Städte in Österreich bekennen sich zu Vielfalt und Toleranz.



Bregenz

Zum Pride Month Regenbogenfahnen über Bregenz. Vorarlbergs Landeshauptstadt hat 2021 einen Fachbereich geschaffen, der sich zukünftig den vielfältigen Bedürfnissen der LGBTIQ+-Communities widmen soll. Dabei steht die Partizipation im Vordergrund: In einem Beteiligungsprozess werden derzeit Erkenntnisse gewonnen, um wirkungsvolle Maßnahmen gegen Diskriminierung und für eine LGBTIQ+-freundliche Stadt umzusetzen.



Wien

Am Wiener Rathaus hissten Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr, Gemeinderätin Marina Hanke mit Wolfgang Wilhelm, Alina Zacher und Florian Wibmer (WASt) sowie Ann-Sophie Otte und Katharina Kacerovsky-Strobl (HOSI Wien) die Regenbogenfahne.



Klosterneuburg

Vor dem Rathaus Klosterneuburg weht auch heuer wieder die Regenbogenfahne für Offenheit, Gleichberechtigung und Vielfalt.



Villach

Die Stadt Villach liebt und lebt Vielfalt und ist überzeugt, dass nichts so wichtig ist wie die Liebe. Im „Buch der Liebe“ auf dem Standesamtsplatz können sich Besucher:innen der Stadt verewigen.

© Fotos: Stadt Bregenz, PID/Christian Fürthner, Stadtgemeinde Klosterneuburg, Stadt Villach/Kompan



Innsbruck

Innsbruck setzt mit Regenbogen-Fahnen auf der Innbrücke und Zebrastreifen ein klares Zeichen für Vielfalt und Toleranz.



Klagenfurt

In der Landeshauptstadt Klagenfurt ist Vielfalt nicht nur willkommen, sondern auch im Bewusstsein der Stadtregierung verankert. Den ganzen Monat Juni hing erstmals die Regenbogenfahne vor dem Klagenfurter Rathaus.



St. Pölten

Der Pride Month rückt LGBTIQ+-Themen in den Vordergrund und macht auf bestehende Diskriminierungen aufmerksam. Auch St. Pölten zeigt Flagge für sexuelle Vielfalt und die Verankerung von LGBTIQ+-Rechten!

© Fotos: IKM/D. Jäger, Stadtkommunikation/Rosenzopf, mss/Schlossnagl

| BS12-02G |

Vier Komponenten, ein System: New Automation Technology

Motion
- Servoverstärker
- Servomotoren

IPC
- Industrie-PCs
- Embedded-PCs
- Motherboards

I/O
- EtherCAT-Komponenten
- IP-20-Busklemmen
- IP-67-Feldbus-Module

Automation
- Software-SPS
- Software-NC/CNC
- Safety



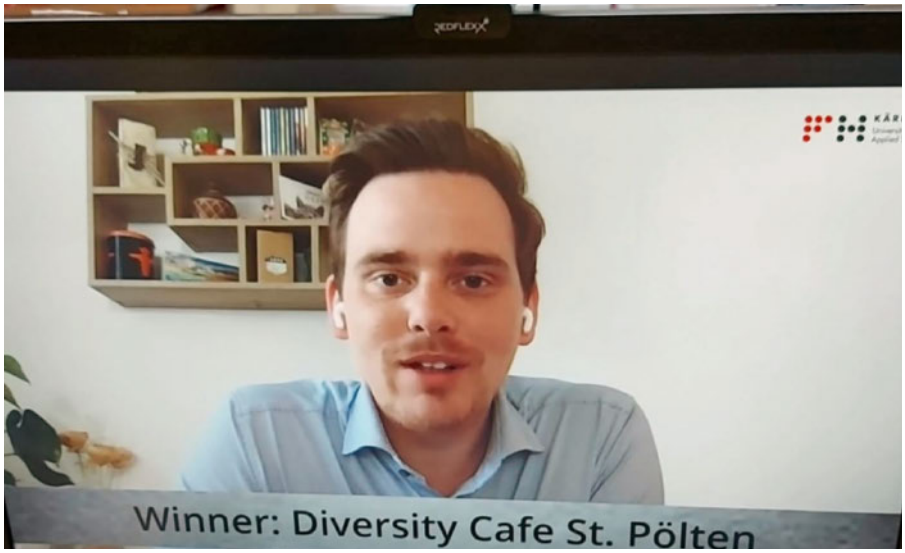
www.beckhoff.com

Setzt weltweit Standards: PC- und EtherCAT-basierte Steuerungstechnik von Beckhoff. Als Spezialist für offene Automatisierungssysteme bietet Beckhoff Komponenten für die Bereiche IPC, I/O, Motion und Automation an, die einzeln oder im Verbund als präzise aufeinander abgestimmtes Steuerungssystem fungieren. Die „New Automation Technology" von Beckhoff steht für universelle Automatisierungslösungen, die weltweit in den verschiedensten Anwendungen zum Einsatz kommen. Die Unternehmenspräsenz in 75 Ländern gewährleistet weltweit eine kontinuierliche Betreuung.

New Automation Technology BECKHOFF



Preis für Innovationen



Das St. Pöltner Büro für Diversität freut sich über einen Sonderpreis.

Österreichischer Verwaltungspreis

Auszeichnungen für innovative Projekte aus den Städten Wien, Linz, Graz und St. Pölten

Am 8. Juni hat die Sektion III – Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation des Bundesministeriums für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (BMKÖS) die Verwaltungspreise 2021 verliehen.

Insgesamt nahmen 167 Projekte von Bundes-, Länder- und Gemeindeebene am Österreichischen Verwaltungspreis teil, was die Vielfalt und das breite Spektrum der aktuell in Österreich laufenden Verwaltungsinnovationen widerspiegelt.

Die Stadt Wien war gleich drei Mal siegreich: Die Projekte BRISE Building Regulations Information for Submission Envolvement, Regenbogen. Treff der PensionistInnenklubs sowie Raus aus Gas im Neubau – Wien setzt klaren Schritt für eine klimaneutrale Stadt erhielten Jurypreise. In der Kategorie Partizipation und Co-Creation gewann der Magistrat der Landeshauptstadt Linz mit der Elektronischen Bürgerbeteiligungsplattform der Stadt Linz.

Die Stadt Graz freut sich über Prämierungen für die Projekte DINGEBORG – Die Bibliothek der Dinge sowie Innovative Patientenversorgung im Corona-Lockdown.

Einen Sonderpreis bekam das St. Pöltner Büro für Diversität mit dem Projekt „Diversity Café“. Das Diversity Café ist ein Begegnungsraum für zwischenmenschlichen Austausch. Engagierte Bürger:innen, interessierte Privatpersonen und Menschen, die in unterschiedlichen Gruppen, Initiativen, Einrichtungen und Vereinen aktiv sind, treffen einander hier, um Informationen über Organisationen, aber auch Angebote zu den verschiedensten Lebensbereichen und Freizeitaktivitäten in der Stadt zu erhalten.

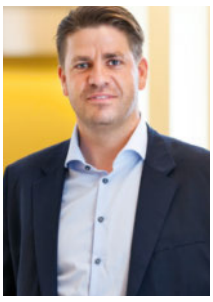
Vizekanzler Werner Kogler bei der Preisverleihung: „Als Bundesminister für den öffentlichen Dienst ist es mir wichtig, die Weiterentwicklung der öffentlichen Verwaltung bestmöglich zu unterstützen und auch die engagierte, qualitätsvolle Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichtbar zu machen. Die innovativen Gewinnerprojekte beweisen, dass der öffentliche Dienst alles andere als trocken und altmodisch ist. Die Schwerpunkte im Bereich Gender und Nachhaltigkeit etwa zeigen, wie Verwaltung in der Zukunft aussehen kann und muss.“

Neue Gesichter in Städten und Gemeinden

In Puchenau in Oberösterreich übernimmt Friedrich Geyrhofer (ÖVP) das Bürgermeister-Amt von Wolfgang Haderer.

Auch Perchtoldsdorf (Niederösterreich) hat eine neue Bürgermeisterin: Andrea Kö (ÖVP) folgt Martin Schuster. In Waidhofen an der Thaya ist Bürgermeisterin Eunike Grahofer zurückgetreten, der neue Bürgermeister heißt Josef Ramharter (ÖVP).

Salzburg hat einen neuen Magistratsdirektor: Der bisherige Direktor des städtischen Kontrollamts, Max Tischler, wurde nun Chef der Stadtverwaltung. Die Statutarstadt Steyr hat eine erste Magistratsdirektorin: Martina Kolar-Starzer ist Nachfolgerin von Kurt Schmidl, der Ende Mai in Pension ging.



Friedrich Geyrhofer



Andrea Kö

© Fotos: Wien Digital, mss/Schlossnagl, Puchenau, Hans Krist

ÖGUT-Umweltpreis 2020

Projekte aus Innsbruck, Wien und Salzburg für herausragende technische und soziale Innovationen für Klima- und Umweltschutz ausgezeichnet

Die Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) prämierte zum 34. Mal die besten Projekte und Vorbilder im Bereich Nachhaltigkeit: U. a. haben dabei die Stadt Innsbruck für ihre „Einzugsbegleitung XL“, die Regionalmanagement Oberösterreich GmbH und Oberösterreichische Zukunftsakademie für „GemeindeNavi Agenda 2030“, der Verein Fairkehrswende Wien für „Platz für Wien“ und SIR – Salzburger Institut für Raumordnung und Wohnen für die „CO2-neutrale Quartierssanierung Friedrich-Inhauser-Straße“ eine Auszeichnung erhalten.



V. l. n. r.: Monika Auer (ÖGUT), Elisabeth Meze (Stadt Innsbruck), Thomas Weninger (Städtebund)

© Foto: Katharina Schiffl

Der Österreichische Städtebund stellte das Preisgeld in der Kategorie „Nachhaltige Kommune“ zur Verfügung. Hier gewann die Stadt Innsbruck mit dem Projekt „Einzugsbegleitung XL“. Künftige Mieter:innen von neu gebauten Stadtwohnungen werden dabei einige Monate vor Einzug mittels einer Workshop-Serie bei Fragen rund um nachhaltiges Wohnen und gute Nachbarschaft unterstützt. Die Jury war vom umfassenden und innovativen Ansatz des Projekts begeistert, da viele unterschiedliche Bereiche wie z. B. Mobilität, Kinderbetreuung, Parkbetreuung etc. miteinander verknüpft werden. Auch die Vorbildwirkung für andere Bundesländer konnte die Jury überzeugen.

50 TAGE BEWEGUNG
www.gemeinsambewegen.at
07. SEPTEMBER BIS 26. OKTOBER

Unter dem Motto „Gemeinsam fit. Beweg dich mit!“ rufen wir alle Gemeinden und Sportvereine auf, bei der Initiative „50 Tage Bewegung“ vom 7.09. bis zum 26.10. mitzumachen!

Tragen Sie auf www.gemeinsambewegen.at Ihre Bewegungsangebote ein und bestellen Sie kostenlose Werbemittel.

Unser Ziel ist klar: Bewegung macht Spaß! Bewegung ist gesund und Gemeinden und Sportvereine haben für Alle passende Angebote in ihrer Nähe. Denn mit nur 150 Minuten Bewegung pro Woche kann man ganz leicht etwas für die eigene Gesundheit tun.

Unter allen teilnehmenden Gemeinden/Sportvereinen wird pro Bundesland ein professionelles Videoportrait verlost.



Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
Gesundheit Österreich GmbH
Fonds Gesundes Österreich
Bundesministerium Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport
Bundes-Sport GmbH
VAVÖ
ASKÖ
ASVÖ
SPORT union



Bekenntnis zu einem sozialen Europa

Sozialgipfel in Porto

Verpflichtung zu Kernzielen für ein sozialeres und inklusiveres Europa bis 2030

Anfang Mai nutzten EU-Institutionen, Staats- und Regierungsspitzen, Sozialpartner und die Zivilgesellschaft die Gelegenheit, sich beim Sozialgipfel in Porto auszutauschen und das gemeinsame Bekenntnis zu einem starken und sozialen Europa zu erneuern. Dreieinhalb Jahre nach der Proklamation der Europäischen Säule sozialer Rechte am Gipfel in Göteborg ging es nun verstärkt um die konkrete Umsetzung der darin verankerten 20 Prinzipien.
Als Teil der Europäischen Sozialpartner und sektorübergreifende Interessenvertretung der Daseinsvorsorge und öffentlichen/kommunalen Unternehmen auf EU-Ebene hat auch der Dachverband SGI Europe am Gipfel teilgenommen.
Die Teilnehmer:innen des Sozialgipfels haben sich zu den drei im Aktionsplan festgelegten Kernzielen bis 2030 verpflichtet:

- Mindestens 78 % der 20- bis 64-Jährigen sollen einer Beschäftigung nachgehen.
- Mindestens 60 % aller Erwachsenen sollen jedes Jahr an einer Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen.
- Die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen soll um mindestens 15 Millionen verringert werden, darunter mindestens 5 Millionen Kinder.

Die gesamte Erklärung:
www.2021portugal.eu/en/porto-social-summit/porto-social-commitment



Stefanie Auer, Professorin an der Donau-Universität Krems, Städtebund-GS Thomas Weninger, Helmut Tomac, Generalsekretär des Innenministeriums, und Gemeindebund-GS Walter Leiss

Demenz Aktivgemeinde

Demenz-Schulung für alle Bediensteten der öffentlichen Verwaltung zugänglich

„Städte und Gemeinden sind wichtige Akteure im österreichischen Pflegesystem, und viele Städte setzen bereits Initiativen zum Thema Demenz. Das unter Federführung des Bundeskriminalamts entwickelte E-Learning-Tool ist ein wichtiger Baustein, um in Öffentlichkeit und Verwaltung ein demenzfreundliches Umfeld zu schaffen und wird daher vom Österreichischen Städtebund begrüßt und gerne unterstützt“, erklärte Generalsekretär Thomas Weninger zum Start des Projekts „Demenz.Aktivgemeinde“ im Mai. Das Bundeskriminalamt hat in Kooperation mit der Donau-Universität Krems ein digitales Lernprogramm zur Kompetenzschulung von Mitarbeiter:innen in Gemeindeämtern, Bezirkshauptmannschaften und Landesregierungen entwickelt, um Menschen mit Demenz in die Mitte der Gesellschaft zu holen. Die Schulungen werden am e-Campus der Sicherheitsakademie des Bundesministeriums für Inneres angeboten und sind für alle Bediensteten der öffentlichen Verwaltung zugänglich.
www.bmi.gv.at/613/



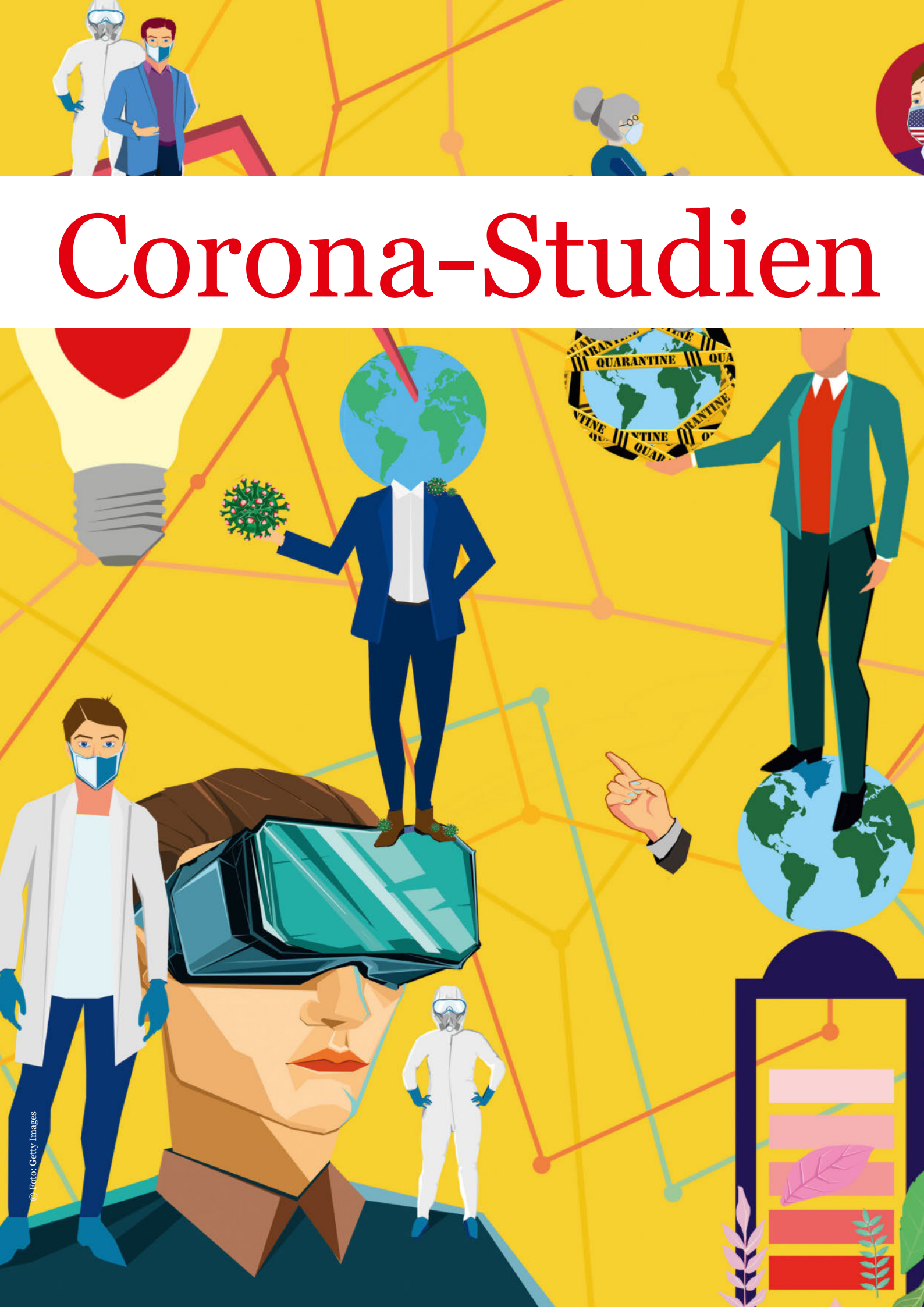
Abschied von Amand Kysela

St. Pölten trauert um Ex-Vizebürgermeister.

St. Pölten trauert um Ex-Vizebürgermeister Amand Kysela (SPÖ), der im Mai im 89. Lebensjahr gestorben ist. „Mit Amand Kysela verlieren wir eine bedeutende St. Pöltner Persönlichkeit. Ich durfte ihn als Mensch und als Politiker kennenlernen, der mit seinen pointierten Reden, mit seinem reichen Erfahrungsschatz und mit taktischem Geschick über die Parteigrenzen hinaus wertvolle Arbeit im Gemeinderat leistete“, so Bürgermeister Matthias Stadler.

© Fotos: Ricardo Castelo, BMI, Josef Vorlaufer

Corona-Studien



© Foto: Getty Images

Ich beobachte eine Betroffenheitskonkurrenz

Die Soziologin und Autorin Laura Wiesböck hat sich schon vor der Coronakrise mit sozialer Ungleichheit beschäftigt. Warum sich diese jetzt verstärkt und was sie von der Krisenkommunikation hält, erzählt sie Saskia Blatakes im Interview.

ÖGZ: In Ihrem Buch „In besserer Gesellschaft" beschreiben Sie, dass wir oft selbstgerecht auf andere Menschen herabschauen. Hat sich das durch die Coronakrise verstärkt?
Interessant fand ich den Diskurs rund um den Begriff der Solidarität. Im ersten Lockdown galt es bereits als solidarisch, wenn man die Nachbarin fragt, wie es ihr geht. Solidarität bedeutet eine Verbundenheit trotz Differenzen, wenn man sich etwa in unterschiedlichen Lebenslagen befindet und trotzdem gleiche Interessen und Ziele hat. Das kann zum Beispiel sein, dass man sich für eine Gesellschaft engagiert, in der Armutsrisiken reduziert werden, auch wenn man selbst nicht von Armut betroffen ist. Die Coronakrise bietet die Chance, Verbundenheit zu erkennen: Mein Leid ist nicht unabhängig vom Leid der anderen. Andererseits sind wir mit einer Arbeitsmarkt- und Wirtschaftskrise konfrontiert, die eine Gefahr für den sozialen Zusammenhalt darstellen kann. Finanzielle Notlagen und Mehrfachbelastungen führen zu einem Mangel an Zeit, Geld und Energie, sich solidarisch zu engagieren. Die eigenen existenziellen Bedürfnisse stehen im Vordergrund.

Ist dieser Reflex verständlich?
Natürlich. Problematisch ist die Bereitschaft politischer Eliten, Gruppen gegeneinander auszuspielen. Wir erinnern uns etwa an die angeblichen „Corona-Einschleppungen aus dem Balkan". Darüber hinaus beobachte ich eine Art Betroffenheitskonkurrenz. Zum Beispiel, wenn ältere Personen fragen: Warum geht es so viel um die Belastungen von Jugendlichen? Warum wird stattdessen nicht über uns gesprochen? Hier entsteht kein Nebeneinander, sondern ein Entweder-oder. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit wird nicht nur durch die Risiken und Auswirkungen der Pandemie selbst beeinflusst, sondern auch durch das politische Management.

Es wurde viel an die Eigenverantwortung appelliert. Was ist mit jenen, die sich gar nicht schützen können, weil sie beispielsweise einen Arbeitsplatz haben, an dem das nicht geht?
Die Verlagerung der Verantwortung von Risiken auf Individuen ist ein typisches Merkmal von neoliberalen Gesellschaften. Eigenverantwortung spielt bei der Virusverbreitung natürlich eine wichtige Rolle. Nur die Voraussetzungen dafür sind sehr unterschiedlich. Wenn ich an der Supermarktkassa arbeite und Kinder habe, die in der Zeit in Betreuung sein müssen, dann kann ich mich schlechter schützen, als wenn ich allein wohne und im Homeoffice sitze. Oder denken wir an Beschäftigte, die eigentlich auch im Homeoffice arbeiten könnten, aber im Großraumbüro sitzen müssen, weil es vom Arbeitgeber gefordert wird. Hier gäbe es politischen Spielraum, Risiken einzudämmen. In Österreich gibt es nach einem Jahr Pandemie keine Homeoffice-Pflicht. Eigenverantwortung allein reicht oft nicht aus, um sich zu schützen.

Was halten Sie von der Krisenkommunikation der Regierung?
Es wurden teilweise Prognosen gemacht, die unzulässig waren. Anfänglich ging es in Richtung Angst, wir erinnern uns an den Spruch „Bald wird jeder von uns jemanden kennen, der an Corona gestorben ist". Ob das heute tatsächlich zutrifft, ist zu bezweifeln. Darüber hinaus wurde auch mit Vorhersagen gearbeitet, die Zuversicht schaffen sollten, etwa, dass bis April alle über 65-Jährigen geimpft sein werden. Uneinlösbare Versprechungen können langfristig zwar Vertrauen beschädigen, bedienen aber kurzfristig ein Bedürfnis nach Struktur, Kontrolle und Eindeutigkeit, das besonders in unsicheren Krisenzeiten und Angstmomenten zunimmt.

Die Drohungen und in Aussicht gestellten Belohnungen haben auch etwas von schwarzer Pädagogik.
In der politischen Geschichte ist die Verwendung der Familienmetapher zur Beschreibung von Nationen ein sehr altes und etabliertes Stilmittel. Rechtspopulisten bedienen sich häufig der Rolle einer strengen Vaterfigur, wie der US-amerikanische Linguist George Lakoff anschaulich herausgearbeitet hat. Dabei steht die Durchsetzung der Prinzipien des strengen Vaters im Vordergrund: Er erzieht seine Kinder zur Selbstdisziplin und bestraft sie, wenn sie seinem Willen nicht folgen.

Die Sehnsucht nach einer starken Führerfigur gab es schon vor der Coronakrise. Wie könnte sich das weiterentwickeln?
Wirtschaftskrisen bieten einen Nährboden für die Verbreitung von rechten Ideologien. Das zeigt sich auch bei sogenannten „Protesten gegen die Corona-

Maßnahmen“. Dort geht es oft nicht um Kritik an den Maßnahmen der Pandemiebekämpfung, wie sich an Symbolen wie Reichsfahnen oder Schildern zum „Bevölkerungsaustausch“ zeigt. Das sind antidemokratische Haltungen, die ernst genommen werden sollten.
Häufig kommt das beschwichtigende Argument, nicht alle Teilnehmer seien ideologisch rechts. Das mag stimmen, ist allerdings kein Anlass zur Beruhigung. Denn diese Teilnehmer schließen bereitwillig Allianzen mit Menschen, die einen Judenstern tragen, auf dem „Ungeimpft“ steht. Sie ziehen gemeinsam durch die Stadt mit Menschen, die die Massenvernichtung von Millionen von Menschen mit einer freiwilligen Impfung vergleichen. Hier werden Grenzen des Akzeptablen sehenden Auges nach rechts verschoben. Aus demokratischer Sicht sollte die Bereitschaft, die Verharmlosung des nationalsozialistischen Völkermords zu tolerieren, Anlass für Alarmismus sein.

Woher kommt die Sehnsucht nach Sündenböcken?
Das menschliche Bedürfnis nach eindeutigen Antworten und endgültigen Lösungen ist vor allem in Angstmomenten groß. Ungewissheit und Ambivalenz auszuhalten kann anstrengend und unangenehm sein. Leichter ist es zu sagen: Diese Gruppe ist schuld an der Situation. Oder: Diese Person hat eine Haltung, die mich stört, ich möchte mit dieser Person nichts mehr zu tun haben. Das aufgeklärte Leben ist nun aber voller Widersprüchlichkeit, Ambivalenz und Ungewissheit. Das betrifft ja auch die eigene Person. Es gibt Bereiche der eigenen Persönlichkeit, die anderen – vielleicht sogar einem selbst – widerstreben. Das auszuhalten ist Teil des aufgeklärten Lebens. Unangenehmes auszublenden und Eindeutigkeit herzustellen ist der einfachere Weg. Das Prinzip der Eindeutigkeit wird auch medial befördert. Da geht es stark um binäre Kategorien: Ist etwas gut oder schlecht? Homeoffice – Fluch oder Segen? Als Wissenschaftlerin kann man solche Fragen seriöserweise nicht eindeutig beantworten. In Österreich kommt noch eine historisch verankerte Intellektuellenfeindlichkeit hinzu. Analysen, die Ambivalenz zulassen, werden dann eher als Geschwafel wahrgenommen.


Soziologin Laura Wiesböck

Welche Rolle spielen die sozialen Medien?
Studien zeigen, dass ein übermäßiger Konsum von Social Media die Konzentration schwächt und mitunter zu Depressionen führen kann. Auch bei der Entwicklung können soziale Medien einen prägenden Einfluss haben. Wenn das Gehirn von Kindheit an gewohnt ist, viele und schnelle Impulse zu bekommen, gewöhnt es sich an diese Frequenz und braucht diese, um überhaupt Aufmerksamkeit halten zu können. Zusätzlich können die Plattformen zu impulsiven Reaktionen verleiten. Aber ich will nicht kulturpessimistisch argumentieren. Menschen bekommen über Social Media auch Zugang zu Informationen, die Massenmedien oder das Bildungssystem nicht bieten. Oder zu Netzwerken und Kontakten, die im analogen Leben nicht zugänglich wären.

Viele verbringen jetzt noch mehr Zeit in den sozialen Netzwerken, wo es besonders leicht ist, die eigene Meinung immer wieder zu bestätigen.
Die sozialen Netzwerke werden bleiben, dementsprechend wäre es wichtig, einen aufgeklärten Umgang damit im Bildungssystem zu verankern. Da könnte man zum Beispiel lernen, was ein Diskurs ist. Das ist gar nicht so trivial, wie es auf den ersten Blick scheint. Diskurse forcieren eine bestimmte Vorstellung. Diese Vorstellung hat bestimmte Machtstrukturen und Interessen zur Grundlage und erzeugt diese auch gleichzeitig. Oder man

© Foto: Katharina Gossow

könnte lernen, was kritisches Lesen bedeutet. Fragen zu stellen wie: Von wem wurde dieser Text geschrieben und wann? Welche Quellen werden herangezogen? Sind die Schlussfolgerungen legitim? Auch könnte die Dialogfähigkeit im Mittelpunkt stehen und der bewusste Fokus auf die Sachebene. Aktuell gibt es die Tendenz, bei öffentlichen Diskussionen eigene Erfahrungen als Argument zu verwenden und die persönliche Geschichte zur Allgemeingültigkeit zu erheben.

Zum Beispiel?
Wenn die Europaministerin zur Diskussion, ob Kreuze in Krankenhäusern hängen sollen oder nicht, sagt, dass sie die erste Ministrantin ihres Heimatorts war und ihre Mutter an einer katholischen Schule unterrichtet hat. Ich war bei einer Podiumsdiskussion, bei der ein Unternehmer erzählte, wie jemand auf der Krebs-Station zu ihm sagte: Du musst unbedingt deine Leidenschaft zum Beruf machen, weil du nie weißt, wie lange du noch zu leben hast! Das Publikum war sehr berührt. Versucht man von der emotionalisierten Personenebene wegzukommen und die Frage zu stellen, ob das nicht auch ein verkleideter Elitismus ist, den man sich erst einmal leisten können muss, wird man als „kühl", „distanziert" oder „technisch" wahrgenommen.

Warum?
Es wird allgemein kaum auf der Sachebene gesprochen, die Personenebene steht im Vordergrund. Auch Sachbücher werden zunehmend aus persönlicher Perspektive verfasst, anhand der eigenen Biografie. Die Autorin steht für das gesellschaftliche Problem. Das ist eine gute Möglichkeit, um strukturelle Probleme lebensnah zu vermitteln. Kritik wird dann aber eher als persönlicher Angriff verstanden. Teilweise geht es bis hin zur Debatte, dass man nur darüber sprechen darf, wovon man auch selbst betroffen ist. Und es gibt eine Tendenz, gesellschaftliche Problemlagen überwiegend dann als solche zu erachten, wenn sie mit einem selbst zu tun haben oder haben könnten. Die Frage ist dann: Was bedeutet das für Empathie und Solidarität? In jedem Fall sehe ich die starke Personifizierung sehr kritisch.

Ihr Forschungsschwerpunkt ist soziale Ungleichheit. Welchen Effekt hat die Coronakrise?
Manche Ungleichheiten haben sich verstärkt, etwa im Bereich Geschlecht. Frauen wurden vielfach entlassen oder haben das Stundenausmaß ihrer bezahlten Lohnarbeit reduziert, um sich der neu entstandenen unbezahlten Care-Arbeit zu widmen. Mütter sind starken Mehrfachbelastungen ausgesetzt, Stichwort Homeoffice, Homeschooling und Kinderbetreuung. Oder im Bereich ökonomischer Ungleichheit. Es gibt Familien, bei denen die Eltern im Niedriglohnsektor gearbeitet haben, in der Krise arbeitslos wurden und die Kinder ein Zimmer und einen Computer für das Homeschooling teilen müssen. Zusätzlich sind neue Bruchlinien und Ungleichheiten dazugekommen, etwa in der Mittelschicht. So können Wissenschaftlerinnen im Homeoffice weiterhin unterrichten und publizieren, während Kunst- und Kulturschaffenden vielfach die Existenzgrundlage entzogen wurde. All das sind keine temporären Phänomene, die mit der Pandemie enden. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise wird uns noch länger begleiten.

Welche Auswirkungen könnten die Schul- und Kindergarten-Schließungen haben?
Kindergärten und Schulen sind Orte der Sozialisation, der Aushandlungsprozesse und der Identitätsentwicklung. Sie sind Orte des Lernens, nicht rein im Sinne der Wissensvermittlung, sondern auch im Hinblick auf gesellschaftliche Werten und Normen. Dort lernen Kinder miteinander umzugehen und werden zu Mitgliedern der Gesellschaft. Die Auseinandersetzung mit anderen ist zentral für die Entwicklung, dafür müssen Eltern als Hauptbezugspersonen in den Hintergrund treten. Wir können bereits psychische Konsequenzen der Isolation bei Kindern und Jugendlichen beobachten, von Einsamkeit, Antriebslosigkeit bis hin zu Essstörungen. Auch Bildungsdefizite können Lebenschancen längerfristig verschlechtern, wenn keine Fördermaßnahmen angesetzt werden.

Wie gehen Sie damit um, wenn Ihnen selbstgerechte Haltungen im Beruf oder im Privatleben begegnen?
Ich versuche zu verstehen und nicht zu bewerten. Bei emotionalen Impulsen versuche ich, einen Schritt zurückzugehen und mich zu fragen, was dahintersteckt. Wenn Menschen bereit sind, mit dem Finger auf bestimmte Gruppen zu zeigen, stellt sich die Frage: Woher kommt das und welchen Zweck erfüllt das?
Wenn zum Beispiel anderen die Schuld für ihre ungerechte Schädigung gegeben wird, geht es häufig darum, die Illusion der Kontrolle im eigenen Leben herzustellen, sich zu vergewissern, dass man selbst in Sicherheit ist. Das zeigt sich etwa bei Vergewaltigungsopfern: „Selber schuld, wenn sie sich so anzieht". Victim-Blaming dient dazu, sich einzureden, man selbst oder die eigene Tochter müsse nur aufpassen und sich anders kleiden, dann werde das nicht passieren. Menschen beschuldigen Opfer häufig, um sich selbst weiterhin sicher fühlen zu können. Es wäre ein zu bedrohlicher Gedanke, erkennen zu müssen, dass einem selbst auch etwas passieren kann.

LAURA WIESBÖCK

wurde 1987 in Wien geboren. Sie ist promovierte Soziologin und studierte an der Universität Wien mit Studienaufenthalten in den USA, England und Belgien und einem Lehraufenthalt in Ghana. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Ursachen und Auswirkungen von sozialer Ungleichheit.

2018 erschien ihr Sachbuch „In besserer Gesellschaft" bei Kremayr und Scheriau. Laura Wiesböck engagiert sich gegen Gewalt von Männern an Frauen und schreibt regelmäßig für österreichische und deutsche Zeitungen.

VOLVO



EINFACH SMARTER.

DER NEUE VOLVO XC60.
MIT GOOGLE ASSISTANT. AB € 49.215,–*

Intelligenter von innen und außen, dank Google Assistant mit integrierter Sprachsteuerung, unbegrenztem Datenvolumen** und 360°-Kamera. Sichern Sie sich jetzt zusätzlich € 2.500,– E-Mobilitätsförderung für Plug-in Hybrid Modelle***.

MEHR AUF www.volvocars.at/denzel

Kraftstoffverbrauch: 2,4 – 8,4 l/100 km, Stromverbrauch: 15,3 – 17,8 kWh/100 km, CO_2-Emissionen: 55 – 191 g/km. Jeweils kombiniert, nach WLTP-Prüfverfahren. * Volvo XC60 Momentum B4 Mild Hybrid Benzin UVP. Nur für Privatkunden. Alle Preise sind unverbindlich empfohlene Richtpreise in Euro inkl. NoVA und 20 % USt. ** Google Services (beinhaltet Google Maps, Google Assistant, Google Play Store und unbegrenztes Datenvolumen für Kartenaktualisierungen, App-Downloads und Streaming-Dienste für die ersten 4 Jahre). *** Die Förderung setzt sich zusammen aus € 1.250,– staatliche Förderung und € 1.250,– Importeursanteil für Privatkunden (Wertangaben netto). Näheres auf www.umweltfoerderung.at. Irrtümer, Fehler und Änderungen vorbehalten. Symbolfoto. Stand: Juni 2021.

DENZEL
WENN AUTO, DANN DENZEL

Erdbergstraße 189 -193
1030 Wien

01 740 20 4210
www.volvocars.at/denzel

Eine Pandemie, Rollenbilder und Frauengesundheit

Was haben die gesellschaftlichen Veränderungen im Zuge der COVID-19-Pandemie mit Frauengesundheit zu tun und wie beeinflussen sie diese?

Kristina Hametner, Leiterin Büro für Frauengesundheit und Gesundheitsziele



Die COVID-19-Pandemie hat unsere Gesellschaft im Jahr 2020 kurzzeitig paralysiert mit fundamentalen Einschränkungen und rigorosen Regeln für unser soziales Miteinander, um die Verbreitung des Virus einzudämmen, die Gesundheit der österreichischen Bevölkerung zu schützen und Leben zu retten. Sie erinnern sich an die furchtbaren Bilder aus Wuhan und Italien. Diese taten das Ihre, in der Bevölkerung eine enorme Bereitschaft zu schaffen, all diese Maßnahmen mitzutragen. Was haben diese Veränderungen nun mit Frauengesundheit zu tun?

Die WHO betont in der Ottawa-Charta grundlegende Voraussetzungen für Gesundheit, die im gesellschaftlichen Zusammenleben entstehen. Dazu zählen: Friede, Unterkunft, Bildung, Nahrung, Einkommen, ein stabiles Wirtschaftssystem, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, nachhaltige Nutzung von Ressourcen, die Achtung der Menschenrechte und Chancengleichheit. Ich möchte im Sinne der Frauengesundheit noch Gendergerechtigkeit hinzufügen. Einige dieser Faktoren waren in der Pandemie, in Zeiten von Lockdowns, plötzlich massiv in Unordnung geraten. Österreich war im Krisenmodus und Mädchen und Frauen waren in dieser Krise deutlich stärker belastet.

Home … Office, Learning, Schooling, Cooking, Caring

Die Verordnung zum ersten Lockdown vom 13. März 2020 sah vor, dass möglichst viele Kinder zu Hause betreut werden sollten, Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen wurden auf Notbetrieb runtergefahren. Arbeitnehmer:innen wurden aufgefordert, wenn irgendwie möglich, von zu Hause aus zu arbeiten und ihre Kinder selbst zu betreuen, mit ihnen den Schulstoff durchzunehmen. Wenn Homeoffice möglich war, wurden die Kinder vom Kindergarten bzw. von der Schule abgewiesen, Betreuung war nur mit Bestätigung des Arbeitgebers möglich. Dem liegt die erstaunliche Annahme zugrunde, dass Homeoffice und Kinderbetreuung zeitlich vereinbar sind.

Das Thema Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit wurde im vergangenen Jahr von einigen Forscher:innen durchleuchtet. Studien dazu gibt es aus der Vor-Corona-Zeit und auch aus der Corona-Zeit, und diese zeigen Überraschendes: Den in den Medien häufig zitierten „Backlash“ gab es aus meiner Sicht in dieser Form nicht. Österreich ist nämlich – unabhängig von der Pandemie – geprägt von traditionellen Rollenbildern mit einer klaren geschlechtsspezifischen Arbeitsaufteilung. Für das Familieneinkommen sind tendenziell Männer zuständig, für Haushalt, Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen Frauen. Frauen verdienen dazu. Auch bei Paaren, die egalitäre Vereinbarungen haben, brechen diese weg, sobald aus dem Paar eine Familie mit Kind wird. So entfallen laut einem Rechnungshofbericht aus dem Jahr 2020 nur 4,5 Prozent der genehmigten Anspruchstage des Kinderbetreuungsgeldes auf Männer.[1] Statistiken zur Erwerbstätigkeit von Frauen belegen diese Rollenaufteilung. Sie entsprechen auch den Werthaltungen der Bevölkerung: Aktuellen Daten der Europäischen Wertestudie zufolge sind 53 Prozent der Österreicher:innen der Meinung, dass Kinder wahrscheinlich unter der Berufstätigkeit der Mutter leiden.[2] Die Pandemie hat diese Rollenaufteilung jedoch sehr wohl verstärkt und zu noch mehr Ungleichheit in der Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit geführt. Dazu Daten aus einer Wiener Zeitverwendungserhebung: Frauen und Männer haben während der Ausgangs-

© Foto: Getty Images

beschränkungen zwischen 11 und 15 Stunden gearbeitet. Alleinerzieherinnen sind mit 15 Stunden am oberen Ende (davon 9 unbezahlt), Mütter in Paarhaushalten mit Kindern mit 14 ½ Stunden fast ähnlich hoch auf – davon 9 ½ Stunden unbezahlt. Väter in Paarhaushalten liegen bei 13 ¾ Stunden, davon 7 unbezahlt.[3]
Die Hoffnung mancher, dass es zu einer gerechteren Verteilung der unbezahlten Arbeit zwischen Frauen und Männern kommen würde, weil endlich „sichtbar" wird, wie viel Frauen an Care-Arbeit leisten, und Männer in der Krise durch den Wegfall der Versorgungsinfrastruktur selbst mehr übernehmen mussten, geht nicht auf. Die Zahlen sind jedoch ein klarer Hinweis, dass unser Leben nur auf der Basis der un- und unterbezahlten Arbeit funktioniert. Erwähnt seien an dieser Stelle die oft zitierten „Systemerhalterinnen", die während des Lockdowns Applaus, aber keine nachhaltig wirkenden finanziellen Aufwertungen ihrer Arbeit erhielten. Bezahlte und unbezahlte Arbeit ist zwischen den Geschlechtern ungleich verteilt. Warum ist dies eine Frage der Frauengesundheit? Es nimmt Frauen Entwicklungs- und Karrierechancen, reduziert ihre selbstständige ökonomische Basis, erhöht die Armutsgefährdung im Alter, verstärkt Abhängigkeiten und belastet daher nicht nur direkt, sondern auch indirekt die Gesundheit von Frauen.

Weil ich ein Mädchen bin

Eine Realität ist auch, dass es in Familien mit traditionellen Rollenbildern und Haushalten, in denen Systemerhalterinnen nicht auf Homeoffice switchen konnten, vor allem die Mädchen waren, die bei der häuslichen Care-Arbeit unterstützen mussten, auf Kosten der eigenen Bildungschancen. Aus dem öffentlichen Raum waren die Mädchen – wie Jugendarbeiter:innen berichten – über diese Krise überhaupt verschwunden. Die Wiener Jugendzentren berichten von einem Minus an Kontakten zu Jugendlichen von einem Fünftel zwischen Mitte März und Ende Oktober 2020, mit einem deutlichen Unterschied zwischen den Geschlechtern. Während der Rückgang bei den Burschen bei 15 Prozent lag, war er bei Mädchen mit 27 Prozent fast doppelt so hoch. Auch sie vermuten, dass Mädchen in ihren Handlungsmöglichkeiten häufiger eingeschränkt werden und Gründe dafür können vielfältig sein: weniger Zeit, mehr Verantwortung/Arbeit zu Hause, Unsicherheit mit den Regeln, mehr Angst um die Mädchen, mehr Erwartung, sich an Regeln zu halten.[4]

Keine Gesundheit ohne psychische Gesundheit

Alarmierend sind auch Daten zu den psychosozialen Folgen der Pandemie. Mittlerweile gibt es einige Erhebungen, die sehr deutlich zeigen, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie und der Maßnahmen zu deren Eindämmung die psychische Gesundheit massiv gefährden und Frauen schwerer getroffen haben als Männer. Dazu Daten aus Wien: Insgesamt hat sich die psychische Gesundheit bei 27 Prozent der Wiener:innen verschlechtert. Bei Frauen, deren Gesundheit schon zuvor beeinträchtigt war, deren finanzielle Situation sich verschlechtert hat und die in beengtem Umfeld leben, wurde eine 70-prozentige Wahrscheinlichkeit einer weiteren Verschlechterung festgestellt. Besonders auffällig war die Gruppe der jungen Frauen, die sich einsam und traurig fühlen.[5]
Jugendliche sind laut Expert:innen aktuell psychisch besonders angeschlagen, genderspezifisch auffällig ist hier die von Hilfseinrichtungen beobachtete Zunahme von Essstörungen bei Mädchen, wohl auch getriggert über den starken Rückzug in virtuelle (Bilder-)Welten.
Unser Ansatz im Wiener Programm für Frauengesundheit ist „Health in All Policies". Ein paar Aspekte von Frauengesundheit in einem Public-Health-Sinn habe ich angesprochen, es gibt viele mehr – nachzulesen in unserem Sammelband „Frauengesundheit und Corona".

1 Rechnungshof Österreich, 2020

2 Roland Verwiebe, Caroline Berghammer, Eva-Maria Schmidt, Lena Seewann. Europäische Wertestudie 2018, Teil 2: Arbeit und Familie

3 Mader et.al. in Sammelband Frauengesundheit und Corona, 2020

4 Jahresbericht 2020, Verein Wiener Jugendzentren

5 Zur psycho-sozialen Situation der WienerInnen während der Corona-Pandemie, SORA 2020

FRAUEN-GESUNDHEIT UND CORONA



Sammelband des Wiener Programms für Frauengesundheit
*Schriftenreihe Frauen*Gesundheit*Wien Nr. 1*
47 Artikel, 285 Seiten

Zeitraum:
Mitte März bis Mitte August 2020

- *Wiss. Artikel*
- *Praxisberichte von Wiener Organisationen*
- *Erfahrungsberichte*

Veröffentlichung Jänner 2021

Weitere Informationen unter:
https://www.wien.gv.at/gesundheit/beratung-vorsorge/frauen/frauengesundheit/schwerpunkte/chancengerechtigkeit/corona-krise.html



Sozialstadträtin Anja Hagenauer, AV Patrick Pfeifenberger und Jugendbeauftragter Paul Laireiter präsentieren die Jugendstudie der Stadt.

Ned wuascht

Die Ergebnisse der groß angelegten Jugendstudie der Stadt Salzburg lassen durchaus aufhorchen.

Christine Schrattenecker, Stadt Salzburg

Unter dem Motto „Du bist uns ned wuascht“ befragte die Stadt Salzburg von Ende Februar bis Anfang April 2021 insgesamt 1.006 junge Salzburgerinnen und Salzburger zwischen 12 und 25 Jahren. Die Ergebnisse lassen durchaus aufhorchen. Durchgeführt und ausgewertet wurde die Online-Studie vom Institut für Grundlagenforschung (IGF). Geschäftsführerin Ernestine Berger ist eine erfahrene Sozialwissenschaftlerin und hat schon einige Projekte mit der Stadt gemeinsam umgesetzt.

Die wichtigsten Ergebnisse

Eine erste wichtige Aussage der Umfrage ist die hohe Lebenszufriedenheit. Die große Mehrheit der befragten Jugendlichen (78 Prozent) lebt gerne in Salzburg und fühlt sich in ihrem Stadtteil wohl. Die Angebote für Jugendliche in der Stadt

© Foto: Stadt Salzburg/Alexander Killer

werden mit 41 Prozent gut bewertet, nur knapp ein Viertel findet sie nicht ausreichend. Auffällig ist hier, dass vor allem die Jüngeren mit den Angeboten sehr zufrieden sind.
Bei den bestehenden Angeboten der Stadt erfreut sich der neue Eiszauber der mit Abstand größten Beliebtheit, gefolgt vom „Lepi"-Freibad und den Graffiti-Wänden. An vierter Stelle der Beliebtheitsskala steht das Sommerkino, das Corona-bedingt letztes Jahr leider ausgefallen ist.
Freiluft-Kino war bei den offenen Fragen ein häufig genannter Wunsch, wir freuen uns also sehr, das heuer wieder durchführen zu können. Generell haben wir uns beim Ferienprogramm sehr bemüht, für jeden und jede etwas anzubieten. Mit kostenlosen Skate- und Graffiti-Workshops, Kletter- und Calisthenics-Kursen ist für Abwechslung gesorgt", so Jugendbeauftragter Paul Laireiter.





Plakate Jugendstudie 2021

Corona-Fragen

Einsamkeit und Überforderung: Das Thema Corona war selbstverständlich ein Schwerpunkt der Befragung. Die Antworten ließen aufhorchen. Mehr als die Hälfte (56 Prozent) der Jugendlichen gaben an, dass es ihnen aktuell nicht gut bis gar nicht gut geht. Zum Vergleich: Vor der Pandemie ging es 83 Prozent sehr gut bis eher gut.
Dennoch wurde die Einhaltung der Corona-Maßnahmen sehr ernst genommen. 92 Prozent gaben an, sich immer oder zumindest meistens daran zu halten. Ebenfalls interessant: Mehr als zwei Drittel gaben an, sich auf alle Fälle bzw. „eher schon" impfen lassen zu wollen. Die Bereitschaft steigt dabei mit zunehmendem Alter deutlich.
Aufhorchen lässt die Nutzung von Social-Media-Plattformen wie Facebook, Instagram, TikTok, Twitter und Co. 33 Prozent verbringen 2–5 Stunden täglich und 29 Prozent mehr als fünf (!) Stunden am Smartphone.

Gewalt im Netz

Erschreckend ist in diesem Zusammenhang vor allem die erlebte Gewalt im Netz. Dazu zählen Hass-Postings, Beschimpfungen, Mobbing oder sexuelle Belästigung. Knapp ein Drittel der befragten Jugendlichen gab an, sehr oft oder oft mit Gewalt im Internet konfrontiert zu sein – Mädchen häufiger als Burschen. Diese traurige Entwicklung bestätigen auch die Mitarbeiter:innen der Kinder- und Jugendhilfe der Stadt. Die Stadt will hier aktiv gegensteuern und startete vor Kurzem eine Anti-Gewaltkampagne. Unter dem Motto #gewaltfreiestadt sollen zunächst vor allem Kinder und Jugendliche angesprochen werden. Eine eigene Hotline wurde eingerichtet, bei der geschulte Sozialarbeiter:innen rund um die Uhr erreichbar sind.

Zukunft und Erwartungen

Die unmittelbare Zukunft sehen die Jugendlichen mit gemischten Gefühlen. 44 Prozent glauben, dass erst im Jahr 2022 eine Rückkehr zur Normalität möglich sein wird, nur 12 Prozent sahen das zum Zeitpunkt der Umfrage noch heuer. Im Gegensatz zu den allgemeinen Entwicklungen schätzen die Teilnehmer:innen ihre persönliche Zukunft vorsichtig optimistischer ein. Die überwiegende Mehrheit (58 Prozent) bewertet die Aussichten als sehr gut bis gut.
„Es ist jetzt wichtig, dass wir den Jugendlichen mitteilen, dass ihre Wünsche gehört werden. Deswegen werden wir einen Jugend-Bürger:innenbeirat einberufen, bei dem Mitsprache und Mitgestaltung bei konkreten Projekten möglich ist. Die aktuelle Studie liefert uns jedenfalls eine wichtige Basis für die zukünftige Arbeit", ist Paul Laireiter überzeugt.

Über die Jugendkoordination der Stadt

Die Jugendkoordination ist Teil des „Team Vielfalt" und unter anderem verantwortlich für die Gestaltung von Freiflächen und Freizeiträumen für Kinder und Jugendliche in der Stadt. Als Jugendbeauftragter ist Paul Laireiter Bindeglied zwischen Stadt und Jugendorganisationen, koordiniert Aktionen und Projekte und kümmert sich um Subventionen. Als Experte für Jugendfragen gibt er Tipps für eine bessere Zusammenarbeit und steht zudem für Beratungen zur Verfügung. Die laufenden Kooperationen mit vielen unterschiedlichen Partnerorganisationen sichern den Erfolg und tragen zur Vernetzung der Jugendarbeit bei.

Alle Ergebnisse im Detail unter https://www.stadt-salzburg.at/jugendstudie



Die Leiden der Leisen

Die österreichische Gesellschaft in der Corona-Pandemie: Rückblick auf ein Krisenjahr

Bernhard Kittel, Professor für Wirtschaftssoziologie an der Universität Wien und Leiter des Austrian Corona Panel Project

Auch wenn es danach aussieht, dass der Sommer 2021 eine gewisse Entspannung in Österreich erwarten lässt, ist die Corona-Pandemie noch nicht vorbei. Zu Beginn des zweiten Sommers unter Pandemie-Bedingungen lassen sich aber einige Beobachtungen zum Effekt der Krise auf die österreichische Gesellschaft machen. Was im März 2020 als eine Art Abenteuer begann, in dem das historische Ereignis zu spüren war, wurde spätestens im Herbst eine Bürde, die mit allgemeiner Erschöpfung einherging. Hinter der generellen Pandemie-Müdigkeit verstecken sich aber sehr unterschiedliche und oft gegensätzliche Lebenswirklichkeiten. Konnten sich die einen in das Homeoffice zurückziehen und von dort alles online bestellen, was für ruhige Tage zu Hause nötig war, waren andere umso mehr im Einsatz, um all die bestellten Waren zu verteilen. Befanden sich die einen in der Sicherheit der eigenen vier Wände, setzten sich andere der Ansteckungsgefahr aus, um Schwererkrankten das Leben zu retten. Ging für die einen die Arbeit normal weiter, wurde anderen gekündigt oder sie konnten sich in die von den Sozialpartnern vereinbarte Kurzarbeit retten. Hatten die einen die Möglichkeit, die Lockdowns in der Natur zu verbringen, wurden andere von den Plätzen der Großstadt verscheucht und für die Nichtbeachtung von Schutzmaßnahmen im öffentlichen Raum gestraft.

Besonders belastete Bevölkerungsgruppen

Betrachtet man die kriseninduzierten Belastungen nach der soziodemografischen Struktur der österreichischen Bevölkerung, so lassen sich drei Gruppen identifizieren, denen die Krise in besonderem Maße zugesetzt hat. Zunächst sind diejenigen zu nennen, deren Arbeit in den Lockdowns zumindest zeitweise obsolet wurde und die infolgedessen arbeitslos geworden sind. Diese Menschen haben nicht nur die materielle Grundlage ihrer Existenz verloren, sondern zeigen auch substanzielle Einbußen des psychischen Wohlbefindens. Der Verlust der sinnstiftenden Tätigkeit der Arbeit wurde durch die Erfordernisse der physischen Distanz verschärft. Ähnliches gilt für die Selbstständigen, die in den persönlichen Dienstleistungen und der Gig Economy des Kulturbereichs tätig sind. Vielfach reichten die Unternehmenshilfen für diese Menschen nur für ein rudimentäres Überleben. Hingegen haben diejenigen, die von der Kurzarbeitsregelung auf-

© Foto: Luzia Puiu

gefangen wurden, im Durchschnitt weder substanzielle materielle Einbußen noch psychische Folgewirkungen hinnehmen müssen.
Die zweite Gruppe, deren Schicksal hervorzuheben ist, sind die Alleinerziehenden, zum Großteil Frauen. Die ohnedies schon prekäre Situation dieser Menschen vor der Krise hat sich vor allem durch die Schließung der Schulen in eine Lage verwandelt, deren Stresspotenzial für diejenigen, die es nicht selbst erleben, kaum vorstellbar ist. Während alle Eltern schulpflichtiger Kinder täglich herausgefordert wurden, neben der Arbeit im Homeoffice und der Aufrechterhaltung des Haushalts auch den an zu vielen Schulen nicht hinreichend funktionierenden Online- und Hybridunterricht zu übernehmen, kam für die Alleinerziehenden die Dauerbelastung der Kinderbetreuung hinzu, zumal die Unterstützung der Großeltern oft ausfiel.
Als dritte Gruppe, die von der Krise schwer getroffen wurde, sind die Jugendlichen zu nennen. In den eineinhalb Jahren des Ausnahmezustandes ist nicht nur viel Unterrichtsstoff verloren gegangen, sondern wurden den jungen Menschen vor allem auch Entwicklungs- und Entfaltungschancen genommen. Der Anteil der 14- bis 25-Jährigen, die in Befragungen angaben, sich nie einsam zu fühlen, ist von 80 Prozent in einem „normalen" Jahr auf unter 30 Prozent in den ersten Monaten des Jahres 2021 gesunken. In diesem Kontext kann die gewaltsame Auflösung von Treffpunkten für Jugendliche im städtischen Raum nur als Hohn wahrgenommen werden.
Die Krise hat also vor allem jene Menschen benachteiligt, die in der Gesellschaft ohnedies marginalisiert sind – die Leisen und diejenigen, die wenig Lobbying betreiben können. Das Wachstum der sich schon vor der Krise vergrößernden Kluft zwischen Reich und Arm hat sich in der Krise beschleunigt.

Wankelnde Solidarität

Aber dies bedeutet nicht, dass die Krise an denjenigen, die nicht zu den besonders getroffenen Gruppen gehören, spurlos vorbeigegangen ist. Während in den ersten Wochen eine Welle der Solidaritätseuphorie durch die Bevölkerung ging, haben die darauffolgenden Monate gezeigt, dass diese vielleicht in der unmittelbaren Nachbarschaft weitergelebt wird, sich jedoch auf Ebene der Gesamtgesellschaft als eine Illusion herausgestellt hat. Zum Beispiel ist die Bereitschaft, sich an Maßnahmen zur Bewältigung der Krise zu beteiligen, wie etwa durch regelmäßige Tests auf das Coronavirus, nur bei einer Minderheit hoch. Auch lässt sich gegenwärtig aus den Befragungsdaten noch nicht ablesen, ob sich letztendlich tatsächlich eine hinreichend große Zahl an Menschen gegen das Virus impfen lassen wird, um ein Wiederaufflammen der Pandemie zu vermeiden. Insgesamt ist das anfangs extrem hohe Vertrauen in die Bundesregierung einer Skepsis gewichen und Verschwörungsmythen verunsichern breite Teile der Bevölkerung, während etwa ein Viertel auch mehr als ein Jahr nach Beginn der Krise meint, die Regierung übertreibe die Gefahren des Virus.
Die Coronakrise hat die Solidarität einer Gesellschaft herausgefordert, deren innerer Zusammenhalt seit den 1980er-Jahren fragil geworden ist. Die Zuspitzung vieler Bereiche zu einem „Winner takes it all"-Wettkampf um Erwerbschancen und Statuspositionen unterminiert die Bereitschaft, auf andere zuzugehen. Das Virus vertieft die Vorsicht gegenüber Unbekannten. Die Maßnahmen zur Abwehr seiner Verbreitung, wie das Halten von Abstand und das Tragen von Masken, verstärken als nichtintendierter Nebeneffekt die soziale Distanz. So wichtig diese Maßnahmen aus epidemiologischer und virologischer Sicht sind, die Auseinandersetzungen um ihre Legitimität treiben den ohnedies schon vorhandenen Spaltungskeil tiefer in die Gesellschaft.
Die Pandemie ist auch eine zumindest indirekte Folge menschlicher Eingriffe in die Natur und ihre gesellschaftliche Bewältigung kann als Generalprobe für die wohl noch größere Herausforderung des menschengemachten Klimawandels betrachtet werden. Der Umgang mit der Krise sowohl auf politischer wie auch auf individueller Ebene stimmt skeptisch, ob die moderne Gesellschaft für diese Herausforderung gerüstet ist.

ACPP

Im Österreichischen Coronapanel (Austrian Corona Panel Project, ACPP) der Universität Wien werden seit Ende März 2020 regelmäßig etwa 1.500 Einwohner:innen Österreichs in einem bevölkerungsrepräsentativen Onlinepanel nach ihren Wahrnehmungen, Einstellungen, Verhaltensweisen, Einschätzungen und Präferenzen befragt. Auf dieser Grundlage ergibt sich ein differenziertes Bild der gesellschaftlichen Auswirkungen der Coronakrise.

Das Projekt wird vom österreichischen Wissenschaftsfonds (FWF) und vom Wiener Wissenschafts- und Technologiefonds (WWTF) gefördert. Seit Beginn der Erhebungen wurden gesellschaftliche Auswirkungen der Krise in mehr als 100 Blogeinträgen beschrieben. Das Projekt ist dem Open-Science-Ansatz verpflichtet.
Die Fragebögen und Daten sind online frei verfügbar.

https://viecer.univie.ac.at/coronapanel/



Wir werden nicht gehört!

Eine SORA-Studie zum Jungsein in der Pandemie

Martina Zandonella, SORA – Institute for Social Research and Consulting

Die Lebensphase von 16 bis 25 ist eine Zeit voller Umbrüche: Junge Menschen stellen die Weichen für ihr künftiges Leben, sie gehen hinaus in die Welt und sind auf der Suche nach ihrem Platz in der Gesellschaft. Seit anderthalb Jahren schiebt die Corona-Pandemie dem einen Riegel vor: Die jungen Menschen waren über weite Strecken an zu Hause und einzelne Kontaktpersonen gebunden, die üblichen Orte der Zusammentreffen waren nicht zugänglich und soziale Zusammenkünfte drastisch eingeschränkt. Was bedeutet Jungsein in der Pandemie? Wie sehen die jungen Menschen ihre Generation und was erwarten sie von Gesellschaft sowie Politik? Im Rahmen von „Generation… Corona!?“ – der zweiten großen Jugendstudie von ORF und Ö3, wissenschaftlich begleitet von SORA – haben im März 2021 14.680 junge Menschen zwischen 16 und 25 Antworten auf diese Fragen gegeben.

Aktuelle Belastungen und Sorgen

Die Einschränkung der sozialen Kontakte und das Schließen zentraler Orte des Zusammenkommens hat die jungen Menschen mit voller Wucht getroffen: Die Hälfte von ihnen berichtet, sehr stark unter den reduzierten sozialen Kontakten zu leiden. Der Leidensdruck hängt dabei in beträchtlichem Ausmaß mit der ökonomischen Situation zusammen. So leiden 46 % der jungen Menschen ohne finanzielle Sorgen sehr stark unter den eingeschränkten Kontakten, jedoch 60 % der jungen Menschen in schwieriger finanzieller Lage. Dies verwundert nicht, hängt an der ökonomischen Lage doch die Verfügbarkeit von Wohnraum, Freiflächen oder digitalen Geräten und die Betroffenheit von Arbeitsplatzverlust. In Ausnahmesituationen wie der Corona-Pandemie vertiefen sich bestehende sozioökonomische Ungleichheiten weiter – dies bestätigt die vorliegende Studie auch für die junge Generation.

Die Kontaktbeschränkungen treffen die jungen Menschen besonders hart, da sie ihnen das genommen haben, was sie in ihrem Leben jedenfalls brauchen: Freund:innen. Für nahezu alle jungen Menschen (92 %) stehen diese an erster Stelle, wenn es darum geht, was es für ein glückliches Leben braucht. Direkt dahinter folgt Musik (90 %), an dritter Stelle das Recht zu wählen (79 %). Politische Mitbestimmung ist dabei nicht nur ein essenzieller Bestandteil in der Vorstellung der jungen Menschen von einem glücklichen Leben. Im Vergleich zur Vorgängerstudie aus dem Jahr 2016 wurde Mitbestimmung für die jungen Menschen auch noch einmal wichtiger (plus 8 Prozentpunkte).

Die größten Sorgen der jungen Menschen drehen sich aktuell um die Umwelt (45 %), die finanzielle Situation (jeweils rund ein Drittel ist besorgt darüber, genug Geld zu haben bzw. im Hinblick auf leistbare Wohnungen) und soziale Unruhen (32 %). Das Ausmaß dieser Sorgen ist dabei zum einen in den sich verändernden gesellschaftlichen Umständen verwurzelt: War 2016 und unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise noch rund ein Drittel der jungen Menschen über Zuwanderung besorgt, gilt dies nunmehr für nur noch 12 % (minus 20 Prozentpunkte). Rund um Fridays for Future hat demgegenüber die Sorge um die Umwelt deutlich zugenommen (plus 13 Pro-

© Foto: Getty Images

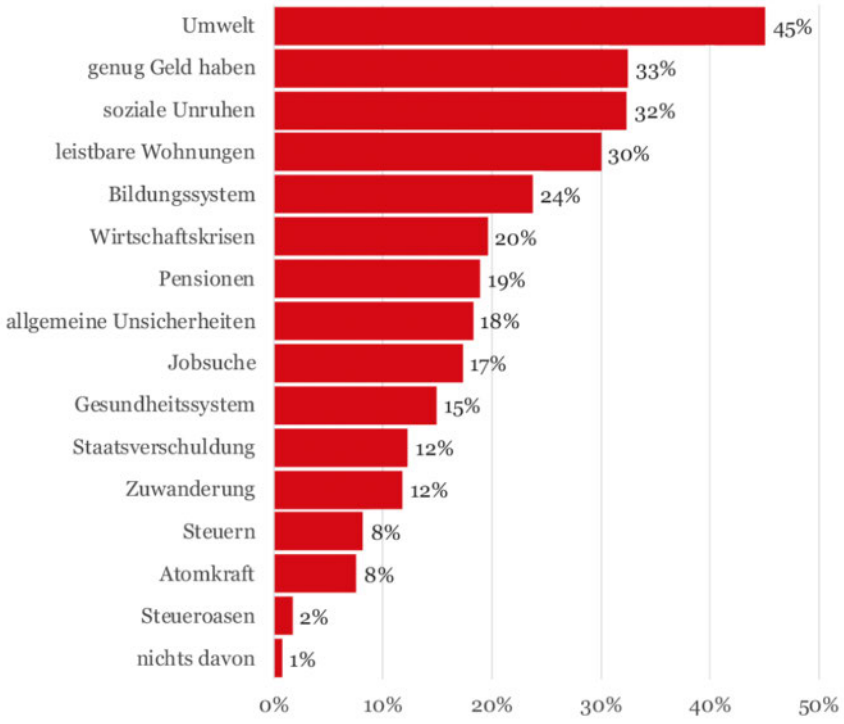
zentpunkte). Die Corona-Pandemie zog wiederum einen Anstieg der Sorgen in Bezug auf Wirtschaftskrisen (plus 9 Prozentpunkte) und das Gesundheitssystem (plus 6 Prozentpunkte) nach sich. Zum anderen ist das Ausmaß der Sorgen in den Lebensrealitäten der jungen Menschen verankert: Während 22 % derjenigen in guter finanzieller Lage darüber besorgt sind, genug Geld zu haben, gilt selbiges für die Hälfte der jungen Menschen in schwieriger finanzieller Lage.

Und die Zukunft?

Was ihre Zukunft angeht, sind die jungen Menschen nach wie vor mehrheitlich positiv gestimmt: Zwei Drittel von ihnen blicken optimistisch in die Zukunft, das sind ebenso viele wie im Jahr 2016. Im Gegensatz dazu ist die Selbstwirksamkeit der jungen Menschen – die Überzeugung, dass sie ihr Leben selbst in der Hand haben – gesunken. Nach einem Jahr Pandemie denken dies 46 %, im Jahr 2016 waren es noch 54 %. Auch einen positiven Blick in die Zukunft muss man sich im wahrsten Sinne des Wortes leisten können: So sind rund vier Fünftel der jungen Menschen ohne finanzielle Sorgen optimistisch, jedoch ist es nur rund die Hälfte der jungen Menschen in schwieriger finanzieller Lage.

Trotz aller Belastungen und Herausforderungen, die die Auswirkungen der Corona-Pandemie gerade für junge Menschen mit sich bringt, lässt sich die Mehrzahl von ihnen von der Gesellschaft nicht abschreiben: 63 % halten es für übertrieben, dass sie immer wieder als „verlorene Generation“ bezeichnet werden. Diese Zuversicht teilen jedoch nicht alle: Jeweils rund die Hälfte der Lehrlinge und der jungen Menschen in schwieriger finanzieller Lage ist davon überzeugt, dass die Zuschreibung „verlorene Generation“ den Tatsachen entspricht. Dies sind jene beiden Gruppen, die im vergangenen Jahr – im Vergleich zu beispielsweise Schüler:innen oder Eltern im Homeoffice – deutlich weniger Aufmerksamkeit in der politischen oder medialen Diskussion erhalten haben. Schwerer wiegt, dass sie auch bei den Unterstützungs- und Abfederungsmaßnahmen kaum berücksichtigt wurden.

Worüber machst du dir am meisten Sorgen?



Die Last gemeinsam tragen

Im Hinblick auf die langfristigen Folgen der Corona-Pandemie für ihre Generation sind die jungen Menschen insgesamt weniger optimistisch. Die Befürchtung, dass sie die mittel- und langfristigen Folgen der Pandemie allein tragen werden müssen, ist weit verbreitet. So denken 72 % der jungen Menschen, dass ihre Generation später einmal den pandemiebedingten Schuldenberg abtragen wird müssen. Daher pochen die jungen Menschen auch auf sozialen Zusammenhalt: Nahezu geschlossen (94 %) sind sie davon überzeugt, dass es ohne Solidarität im Leben nicht geht. Zusammenhalt wird jedoch nicht nur eingefordert, die jungen Menschen leisten hierzu auch einen zentralen Beitrag. Dies wird beispielswiese deutlich, wenn auf die Frage, welche Sozialleistungen übertrieben seien, 68 % der jungen Menschen keine einzige nennen. Die solidarischen Haltungen haben seit 2016 außerdem deutlich zugenommen.

Gehört werden und mitbestimmen

Politische Mitbestimmung gehört zum Selbstverständnis der jungen Menschen und ist für sie zentraler Bestandteil eines glücklichen Lebens.

In letzter Zeit wichtiger geworden ist sie auch deshalb, weil drei Viertel (74 %) von ihnen den Eindruck haben, dass ihre Bedürfnisse und Probleme bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie kaum berücksichtigt wurden. Zwar wurde in den vergangenen Monaten der Pandemie sehr viel über die jungen Menschen gesprochen, jedoch nicht mit ihnen – von der Politik fühlt sich die Mehrzahl im Stich gelassen.

Die hohe Bedeutung von Mitbestimmung gründet außerdem im Bedürfnis der jungen Menschen, es in Zukunft besser machen zu wollen: Rund die Hälfte sieht in der Corona-Pandemie auch eine Chance auf positive Veränderung – nachdem nun zahlreiche Probleme und Herausforderungen offen auf dem Tisch liegen, ist es für die jungen Menschen an der Zeit, diese anzugehen und die Zukunft positiv zu gestalten.

© Grafik: SORA-Institut for Social Research and Consulting



Angebote wie jenes des Familienbads Strebersdorf leisten einen wertvollen Beitrag für die Gesundheitsförderung armutsbetroffener Kinder und Jugendlicher.

Wie Armut Kinder krank macht

Mehr als jedes fünfte Kind ist in Österreich von Kinderarmut betroffen. Dadurch entstehen ihnen gesundheitliche Nachteile – besonders in der COVID-19-Pandemie.

Judith Ranftler und Hanna Lichtenberger, Volkshilfe Österreich

Armut beeinflusst den gesamten Lebensverlauf und jeden Lebensbereich. Und damit auch die Gesundheit und das körperliche und psychische Wohlbefinden. Armutsbetroffene sterben früher und erkranken häufiger. Eine Studie der Wiener Ärztekammer zeigte 2004 auf, dass Frauen im Wiener Bezirk Rudolfsheim-Fünfhaus mit durchschnittlich 78,5 Jahren deutlich früher sterben als Frauen aus der Josefstadt (81 Jahre). Die Gründe dafür sind vielfältig: Neben den Effekten körperlicher Arbeit, der schlechteren Wohnqualität (feuchte, schimmelige, laute Wohnungen, verringerte Luftqualität), fehlender sozialer Netzwerke, Stress und dem beeinträchtigten subjektiven Wohlbefinden zählen etwa die Häufung von Diabetes, depressiver Symptomatik und starkem Übergewicht dazu.

Finanzielle Nachteile trotz Versicherung

Auch wenn die Gesundheitsversorgung in Österreich allen versicherten Menschen einen guten Zugang zu medizinischer Versorgung ermöglicht, stellen kostenpflichtige Behandlungen (z. B. Kosten für div. zahnmedizinische Leistungen), Selbstbehalte bei Heilbehelfen (z. B. Brillen), Therapiekosten oder nicht verschreibungspflichtige Medikamente Belastungen für arme Familien dar und können zu negativen Gesundheitsfolgen führen.

Eine Studie von SORA im Auftrag der Arbeiterkammer zeigt zusätzlich, dass Personen, die sich den „unteren gesellschaftlichen Schichten“ zugehörig fühlen sowie Menschen mit einem zuschreibbaren Migrationshintergrund Benachteiligungen im Gesundheitswesen erleben – zum Beispiel in Form längerer Wartezeiten oder auch fehlender Möglichkeiten, mit den behandelnden Ärztinnen und Ärzten zu kommunizieren.

Auch Kinder betroffen

Den Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheit gibt es nicht nur bei Erwachsenen, sondern auch bei Kindern und Jugendlichen. Dabei geht es nicht nur um ihren objektiven Gesundheitszustand, sondern auch um ihr selbst empfundenes Wohlbefinden. Mehr als 350.000 armuts- und ausgrenzungsgefährdete Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren gibt es in Österreich. Fast jedes vierte Kind. Alleine in Niederösterreich leben fast 30.000 Kinder unter 14 Jahren in Armut und Ausgrenzung. Gäbe es keine Sozialleistungen in Österreich, wären 548.000 Kinder in Österreich armutsgefährdet.

© Foto: MA 44



Städtische Einrichtungen wie Büchereien leisten einen wertvollen Beitrag gegen soziale Ausgrenzung.

Einen besonders auffälligen Zusammenhang zwischen dem Familieneinkommen gibt es mit der Häufung von Unfällen und Verletzungen, einer beeinträchtigten Mund-/Zahngesundheit, geringer Bewegung und Essstörungen und psychischem Wohlbefinden. Armutsbetroffene Kinder sind außerdem häufiger von chronischen Krankheiten betroffen und gehen öfter krank in die Schule. Viele armutsbetroffene Eltern haben zu wenig Informationen über gesundheitliche Versorgung, ihre Rechte im Gesundheitssystem, Fördermöglichkeiten, die gesundheitliche Regelversorgung und entsprechende Anlaufstellen. Gesundheitliche Nachteile, die sich in der Kindheit entwickeln, prägen das Leben der Betroffenen oft ein Leben lang.

Weniger Bewegung, mehr Unfälle, häufiger Schmerzen

Das drückt sich etwa im Ausmaß der Bewegung und der Adipositas-Gefährdung aus. Armutsbetroffene Kinder und Jugendliche machen weniger häufig Sport. 9 Prozent aller Haushalte können sich keine Sport-, Spiel- und Freizeitgeräte für draußen leisten. Bei der Gruppe der Mindestsicherungsbezieher:innen sind es 17 Prozent. Ein Drittel aller Haushalte mit Mindestsicherungsbezug kann sich Freizeitaktivitäten der Kinder, die mit Kosten verbunden sind, nicht leisten. Dazu gehören etwa Schwimmbadausflüge oder die Mitgliedschaft in Sportvereinen. Letztere haben, wie Expert:innen betonen, eine hohe Relevanz in der Prävention kindlicher Adipositas. Auch die Häufigkeit von Unfällen und Schmerzerleben ist bei armutsgefährdeten Kindern und Jugendlichen erhöht. Zahlen aus Deutschland zeigen, dass Kinder und Jugendliche mit niedrigem Sozialstatus seltener frei schwimmen können als Gleichaltrige mit hohem Sozialstatus. Das ist brisant, da jeder siebte tödliche Unfall bei Kindern unter 14 Jahren in Österreich durch Ertrinken passiert. Auch die Häufigkeit von Rückenschmerzen und Schlafstörungen nimmt mit sinkendem Einkommen der Eltern zu.

Kinderarmut und Gesundheit in der Coronakrise

Die Coronakrise verschlimmert den Zusammenhang von Kinderarmut und Gesundheit noch weiter. Am Beispiel der Bewegungsmöglichkeiten im ersten Lockdown zeigt sich: Während vielen Kindern aus bessergestellten Familien eine bewegungsorientierte Freizeitgestaltung im Garten möglich war, traf armutsbetroffene Kinder und Jugendliche die Sperre von Parks und öffentlichen Erholungsräumen besonders. Zahlreiche Studien belegen heute den Einfluss der COVID-19-Krise auf die Essgewohnheiten, die Gewichtsveränderungen und in weiterer Folge auch auf die Essstörungen von Jugendlichen und Kindern. Auch hier sind Kinder aus Haushalten mit niedrigem Einkommen stärker betroffen, ebenso wie von psychosozialen Belastungen. In einer Volkshilfe-Umfrage unter Familien sagen sechs von zehn armutsbetroffenen Eltern, dass ihre Kinder einsamer und trauriger als vor der Krise seien.

Vergleicht man Studienergebnisse, so zeigt sich, dass der Anteil im Segment der Armutsbetroffenen drei Mal so hoch ist.

Ausbau der Infrastruktur und Versorgung dringend nötig

Die Coronakrise hat gezeigt, wie wichtig Investitionen in ein öffentliches Gesundheitssystem für uns alle sind. Armutsbetroffene Kinder und Jugendliche sind aber in noch höherem Maße auf öffentliche Infrastruktur und Versorgung angewiesen, weil ihre Eltern mangelnde Ressourcen des Gesundheits- oder Bildungssystems nicht auf eigene Kosten ausgleichen können.

Städte mit einer ausgebauten Infrastruktur im Bildungs- und Freizeitbereich, etwa Schwimmbäder, Büchereien oder Kultureinrichtungen, tragen nachhaltig zur verbesserten sozialen Teilhabe armutsbetroffener Familien bei, wie auch das große Forschungsprojekt der Volkshilfe Österreich mit Unterstützung des Städtebundes zeigt.

Kostenfreie oder günstige, niederschwellige und mehrsprachige Angebote fehlen insbesondere in ländlichen Regionen Österreichs. Doch gerade diese öffentliche Infrastruktur ist es, die unter den Sparmaßnahmen von Städten und Gemeinden nach der Wirtschaftskrise 2008 besonders litten und leiden. Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise ist zu befürchten, dass es zu einer drastischen Zunahme an armutsbetroffenen Familien kommen könnte. Umso wichtiger ist es, für den Ausbau gesundheitsrelevanter Infrastruktur einzutreten, um allen Kindern in Österreich die besten Möglichkeiten für ein Leben in psychischem und physischem Wohlbefinden zu sichern.

Angebote wie jenes der Bücherei im Bildungszentrum Simmering leisten einen wertvollen Beitrag für das Bildungssystem.

© Foto: PID/Martin Votoava

Die post-pandemische Stadt

Folgt auf die Pandemie-Panik eine urbane Renaissance? Eine Rückkehr zur Normalität ist angesichts des drohenden katastrophalen Klimawandels keine Option. Nach der Krise ist vor der Krise.

Thomas Seifert, Wiener Zeitung



CopaBeach in Wien: konsumfreie Bereiche, Sandstrand, Grünflächen und Sportangebote

© Foto: PID/Christian Fürthner

Die Pandemie-Panik ist überstanden, Impfungen und erste erfolgversprechende Medikamente machen Hoffnung auf eine Beherrschbarkeit des Virus.
COVID-19 stellte die Stadt vor eine schwere Herausforderung: Städte sind Petrischalen der Pandemie. Und: Social Distancing ist die Negation der städtischen Idee.
Gibt es nun Grund zum Aufatmen, kehren wir zur Normalität zurück?
Diana Ürge-Vorsaltz, Professorin an der Central European University, hofft, dass das nicht so sein wird. „Lasst uns nicht zur Normalität zurückkehren, denn diese Normalität hat nicht funktioniert", wird sie im Artikel „Future of Cities Will Shape Post-COVID-19 World" auf der Website der Weltbank zitiert.[1] Die ungarische Klimawissenschaftlerin fordert: „Wir müssen – soweit das möglich ist – in Richtung klimaneutraler Städte gehen."
Denn nach der Krise ist vor der Krise.
Nach dem großen Schock der Pandemie bietet sich nun die Chance auf ein Nachdenken über nachhaltigen Wandel.
Doch wie sieht die Post-COVID-Stadt aus? Digitaler, smarter, flexibler, lebenswerter, aufregender und nachhaltiger.

Digitalisierungsturbo

Die Durchflutung aller Lebensbereiche mit dem Digitalen hat sich in der Pandemie weiter beschleunigt. Die Schlagworte der vergangenen Monate lauteten: Distance Learning. Homeoffice. E-Government. Onlineshopping.
Die Digitalisierung hat in manchen Ländern bei der Pandemie-Bekämpfung eine direkte Rolle gespielt: In Seoul etwa wurden zum Contact Tracing Kreditkarteninformationen, GPS-Daten und U-Bahn-Tickets verknüpft, Überwachungskameras samt Gesichtserkennung spielten ebenfalls eine wichtige Rolle. „Man hat nämlich bei der Kontaktnachverfolgung folgendes Problem: Die Patienten bestreiten oft, an bestimmten Orten gewesen zu sein, und sie bestreiten auch, dass sie mit möglicherweise infizierten Menschen in Kontakt gewesen sind oder dass sie eine Infektion an bestimmte Menschen weitergegeben haben könnten. Die Menschen sagen meist also nicht die Wahrheit", sagte der frühere Direktor der koreanischen Epidemiebekämpfungsbehörde KCDC, Jung Ki-suck, in einem Interview mit der „Wiener Zeitung". In Österreich – und in Europa insgesamt – überwogen Datenschutzbedenken, derart massive Eingriffe in die Persönlichkeits- und Freiheitsrechte waren in europäischen Staaten undenkbar. Big Data spielt aber auch in den Verwaltungsapparaten der EU-Staaten eine immer wichtigere Rolle– die Daten werden freilich in der EU in anonymisierter Form verwendet.
Auch in Österreich hat die Pandemie im öffentlichen Sektor zu einem massiven Digitalisierungsschub beigetragen: Schüler:innen werden – längst überfällig – mit Laptops und Tablets ausgestattet, 150.000 Geräte sollen im Herbst an sie übergeben werden. Bei den Unis und im Gesundheitssektor wurde massiv in IT-Infrastruktur und Softwarelösungen investiert. Die Handysignatur – die zuvor im Dornröschenschlaf lag – wurde zu einer heiß begehrten Applikation, seit von den Bürgerinnen und Bürgern mithilfe dieser Anwendung der Grüne Pass heruntergeladen werden kann.
All diese Neuerungen werden über die Pandemie hinausreichen und zu beträchtlichen Produktivitätszugewinnen und höheren Lernerfolgen beitragen.

Shopping als Erlebnis

Aber werden wegen des Onlineshopping-Booms der vergangenen eineinhalb Jahre die städtischen Einkaufsstraßen veröden? Kommt es zu einem Kollaps beim Wert von Büroimmobilien? Kommt es zu einem Urban Brain Drain, bei dem ein ganzes Spektrum – von Kreativarbeiter:innen bis zu Rechnungsprüfer:innen – seinen Lebensmittelpunkt aufs Land oder gleich auf angenehme Erholungsorte auf den Balearen, Kanaren oder Kvarner Inseln verlegt?
Eintönige Einkaufsstraßen ohne Flair werden es tatsächlich schwer haben – Konsument:innen suchen nach der Pandemie umso mehr nach Inspiration, Vielfalt, Originalität und Erlebnis-Shopping. Für Städte bietet sich sogar die Möglichkeit, Konsument:innen von den Shoppingcentern in der Peripherie zurück in die Innenstädte zu locken. Beispiel USA: Dort ist seit einiger Zeit das Phänomen der „Dead Malls" (also „toter" Shoppingcenter) zu beobachten – bei einem gleichzeitigen Revival innerstädtischer Shoppingstraßen.
Der Mediterranisierungs-Trend in den Städten wurde ebenfalls in der Pandemie beschleunigt – und dieser Trend wird die Innenstädte beleben: Der Wunsch, in Restaurants unter freiem Himmel zu essen und zu trinken, hat dazu geführt, dass Städte mehr Flächen für das Gastgewerbe zur Verfügung gestellt haben. Von Kleinstädten bis hin zu den großen Metropolen Europas. Mitte Juni wurde etwa bekannt, dass Paris die in der Pandemie erlassene – in Wien würde man sagen – „Schanigartenverordnung" auch nach dem Sieg über COVID-19 beibehalten will. 9.800 Cafés, Bars und Restaurants erhalten dadurch die Möglichkeit, ihre Tische auf ehemalige Parkplätze zu stellen (bis zu drei Parkplätze darf jeder Betrieb in der französischen Hauptstadt beanspruchen). Nach der Überwindung der Pandemie wird das öffentliche Leben in den Städten quirliger und lebhafter sein denn je.

Zukunft der Arbeit

Und wie ist es um die Zukunft von Büroimmobilien bestellt? Es hat sich gezeigt, dass sich für viele Unternehmen die Frage stellt, wie man in Zukunft zusammenarbeiten will: Teleworking wird nach dem Sieg über die Pandemie nicht verschwinden – zu deutlich sind die klaren Vorteile für Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen hervorgetreten. Gleichzeitig ist vielen Unternehmen in der Pandemie bewusst geworden, dass es für das Funktionieren einer Organisation Vertrauen braucht. Und dieses Vertrauen ist über Skype, Zoom oder Microsoft Teams nicht herstellbar. Und während tägliche Verfahrensabläufe gut mit Teleworking zu bewerkstelligen sind, sieht es bei der Erarbeitung neuer Prozesse, beim Anstoßen neuer Projekte, beim Onboarding neuer Mitarbeiter:innen oder beim gemeinsamen Brainstorming schon wieder anders aus. Organisationen werden noch mehr Wert darauf legen, dass Sitzungs- oder Gemeinschaftsräume Möglichkeiten zur sozialen Interaktion



Straßenfest in der Grazer Afritschgasse

der Mitarbeiter:innen bieten und damit den Teamgeist stärken. Flexible Büros ohne fixen Arbeitsplatz (Desksharing) werden sich mehr und mehr durchsetzen, und damit wird die Nachfrage nach Büroimmobilienfläche letztlich sinken. Gleichzeitig ist denkbar, dass Menschen, die in Bürojobs arbeiten, mehr Platz für ihr Homeoffice bei der Wahl ihrer Wohnimmobilie einplanen und Miete und Kosten für diese Fläche in Zukunft vom Arbeitgeber bzw. von Arbeitgeberinnen auch remuneriert werden. Aber ist eine Flächenneuverteilung zwischen Wohnbezirken und Büroquartieren für Städte nicht eine Chance für stärkere Funktions-Durchmischung im städtischen Raumangebot? Und nehmen flexiblere Arbeitsformen nicht Druck weg von der Mobilitätsinfrastruktur – eben weil à la longue weniger Mitarbeiter:innen zwischen Arbeitsplatz und Wohnung pendeln werden?

Die erweiterte Möglichkeit zum Teleworking wird tatsächlich dazu führen, dass nicht mehr alle Büro-Arbeitnehmer:innen in der Nähe des Firmensitzes leben müssen. Selbstständige brauchen sich nicht mehr in unmittelbarer räumlicher Nähe ihrer Kund:innen ansiedeln und Verwaltungsorgane können dezentraler strukturiert werden. Gleichzeitig: Teneriffa war beispielsweise einer jener Orte, der vom Urban Brain Drain profitieren konnte. Vor allem junge Menschen aus der EU und Großbritannien siedelten sich dort für einige Wochen und Monate an, um von einer Unterkunft in Strandnähe aus zu arbeiten und dort den Lockdown zu überdauern. Hotel- statt Homeoffice. Doch auf der Insel boomten gleichzeitig Coworking-Spaces – eben weil Menschen auch – und vielleicht gerade beim – Teleworking Anschluss und Gemeinschaft suchen.

Die Idee der Stadt – Gemeinschaft, Zusammenarbeit, Kommunikation – lebt.

Es gibt Alternativen

Seit Jahrhunderten haben Gesundheitskrisen die Entwicklung von Städten vorangetrieben: Nach der Entdeckung, dass Cholera durch verseuchtes Trinkwasser verursacht wird (1854 durch den englischen Arzt John Snow), investierten Städte weltweit in verbesserte Trinkwasserversorgung und Kanalnetze. Die Folgen waren eine höhere Lebenserwartung und eine höhere Lebensqualität für Stadtbewohner:innen. So haben Epidemien Städte paradoxerweise lebenswerter gemacht.

Nach der Krise ist vor der Krise: Die Politik hat in den vergangenen eineinhalb Jahren Handlungsfähigkeit bewiesen. Zuvor lautete das Schlagwort allzu oft: T.I.N.A. – there is no alternative.

Und dann? Kam die Pandemie.

Flugzeuge blieben am Boden, Verordnungen wurden im Stundentakt erlassen und Politik und Gesellschaft schalteten in den Krisenmodus um. Und haben bewiesen: Wir schaffen das. Das Gesundheitssystem ist nicht zusammengebrochen, die Bürgerinnen und Bürger haben harte Einschränkungen erstaunlich diszipliniert mitgetragen und mussten flexibel auf ständig neue Herausforderungen reagieren.

Darauf kann man nun aufbauen: Denn die drohende Klimakatastrophe verlangt – so wie COVID-19 – schnelles, konsequentes und entschlossenes Handeln. Bei der Bekämpfung des Klimawandels spielen Städte eine herausragende Rolle: Über 55 Prozent der Weltbevölkerung leben in Städten (Österreich 58 Prozent, Deutschland 77 Prozent, Schweiz 74 Prozent, Tschechien 74 Prozent). Städte machen nur drei Prozent der Landfläche aus, sind aber laut einem Report der EU-Kommission für 72 Prozent der Treibhausgase verantwortlich. Und sie wachsen schnell: Schätzungen gehen davon aus, dass bis zum Jahr 2050 fast 85 Prozent der Europäer:innen in Städten leben werden.

Städte sind Innovationstreiberinnen und Experimentierfelder. Die bessere Verflechtung zwischen Massentransportsystemen und Individualverkehr ist in Städten viel leichter zu bewerkstelligen als in dünn besiedelten Gebieten. Plus: Urbane Regionen sind aufgrund ihrer höheren Bebauungsdichte energieeffizienter als ländliche Regionen.

Die größte Herausforderung für die Planer:innen ist und bleibt: Mobilität.

Eine Idee, die von Stadtplaner:innen und Architekt:innen schon vor der Pandemie ventiliert wurde – die 15-Minuten-Stadt –, wurde zuletzt lebhaft diskutiert. Die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo verfolgt dieses Konzept konsequent.[2]

Eine Zurückdrängung des Automobils bei gleichzeitigem graduellem Umstieg des Fuhrparks auf Elektroautos hilft nicht nur dem Klima: Ein neuer Modal Split, in dem das Automobil eine geringere Rolle spielt, verbessert die Lebensqualität in Städten. Beinahe lautlos werden in Zukunft Elektroautos und E-Bikes durch die Straßen surren, neue Verkehrssysteme wie Carsharing bieten eine Chance auf mehr Freiflächen und Grünraum in der Stadt. Städte und Kommunen werden im Kampf gegen den Klimawandel eine herausragende Rolle spielen.

1 www.worldbank.org/en/news/feature/2021/03/02/future-of-cities-will-shape-post-covid-19-world

2 www.wienerzeitung.at/nachrichten/chronik/wien-chronik/2100757-Eine-Stadt-ohne-Autos-mehr-als-Utopie.html

© Foto: Martin Zettel

FAUN
AUSTRIA

FAHREN MIT STROM

Die **FAUN FULL ELEKTRO LKWs** fahren ausschließlich mit Strom aus großzügig dimensionierten Batteriepaketen. Die verschiedenen Batteriegrößen und E-Motorleistungen werden jeweils auf den Einsatz optimal abgestimmt. Mittels **Rekuperation der Bremsenergie** hat der Antrieb einen Wirkungsgrad von bis zu **92%**. Steile Bergfahrten und größere Reichweiten stellen kein Problem dar. Die Aufbaufunktionen sind FAUN-typisch optimal mit den Antrieben abgestimmt, sodass langes und vor allem **EMISSIONSFREIES Fahren** ermöglicht wird.





FULL ELEKTRO
oder
BLUEPOWER

FAHREN MIT WASSERSTOFF

Der **FAUN BLUEPOWER** Wasserstoffantrieb ist im Wesentlichen ein Elektroantrieb mit dem Vorteil, dass mit Wasserstoff die zusätzliche benötigte Energie mittels Brennstoffzellen „ON BOARD" erzeugt werden kann, Reichweitendiskussion ist da kein Thema mehr.

Für die Stromproduktion stehen wahlweise bis zu drei Brennstoffzellen, sowie bis zu vier Wasserstofftanks zur Verfügung. Der **FAUN BLUEPOWER** hat immer nur genau das „On Board" was er braucht, aber schleppt nie zu viel Ballast mit und vereint ein Maximum an Ökologie und Ökonomie.



www.FAUN-AUSTRIA.com

Mehr Infos:
FAUN Austria GmbH | Flagastraße 1 | 2100 Leobendorf Tel.: +43 2262 71808-0 Mail: Info@FAUN-AUSTRIA.com

Wohnen in der Krise

Die Frage des Wohnens stand für Menschen schon immer an zentraler Stelle. In den letzten 15 Monaten gewann das Thema durch die Konzentration des Lebens auf das eigene Zuhause nochmals an Bedeutung.

David W. Schiestl, Institut für Wirtschaftssoziologie, Universität Wien

Die Daten des Austrian Corona Panel Project (ACPP, siehe S. 21), im Zuge dessen regelmäßige Befragungen zu Lebensumständen, Einstellungen, Gefühlen und Verhalten in der Coronakrise durchgeführt werden, belegen den Bedeutungszuwachs. Die Befragten sind dabei nach soziodemografischen Merkmalen repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ausgewählt. In diesem Beitrag wollen wir einen Blick auf die Verteilung verschiedener Wohnformen werfen und deren Zusammenhänge mit dem Wohlfühlen in den eigenen vier Wänden, Einsamkeitsgefühlen und der allgemeinen Lebenszufriedenheit im Kontext der Coronakrise etwas genauer betrachten.

Verschiedene Wohnformen

Nach Angaben der Statistik Austria betrug in Österreich der Anteil von Familienhaushalten im Jahr 2020 60 %, den Rest teilen sich Einzelhaushalte (38 %) und verschiedene Formen von Wohngemeinschaften (2 %). In 55 % der Einpersonen-Haushalte leben Frauen. Die Daten des ACPP zeigen weiters, dass 88 % über Zugang zu einer Freifläche, also Balkon, Terrasse oder Garten, verfügen. 57 % sind Eigentümer:innen ihres Hauses oder ihrer Wohnung und 12 % verfügen über eine Ferienwohnung oder ein Wochenendhaus. 39 % wohnen mit minderjährigen Kindern zusammen, und 7 % jener, die Kinder haben, sind alleinerziehend – großteils Frauen.

Betrachten wir die Verbundenheit, die mit dem eigenen Wohnort angegeben wurde, zeigen sich einige Unterschiede zwischen den Gruppen: So fühlen sich Männer tendenziell etwas stärker mit ihrem Wohnort verbunden als Frauen. Ältere und einkommensstärkere Personen verspüren diese Verbundenheit häufiger, höher Gebildete sowie Menschen mit Migrationshintergrund dagegen seltener.

Wohlfühlen zu Hause

Seit Beginn der Pandemie wird viel über verschiedene Wohnverhältnisse und ihre Auswirkungen auf den Alltag in dieser Ausnahmesituation gesprochen – manche haben es zu Hause einfacher, andere schwerer. Insgesamt zeigt sich in den Umfragen des ACPP zwar nach wie vor ein hohes Niveau an Zufriedenheit mit den eigenen Wohnverhältnissen: Auf einer Skala von 0 („fühle mich vollkommen unwohl“) bis 10 („fühle mich vollkommen wohl“) ordneten sich im März 2021 mehr als drei Viertel der Befragten in den obersten vier Skalenwerten ein, wenngleich diese Zufriedenheit im Mai 2020 noch etwas höher lag. Allerdings befinden sich einige Gruppen in weniger angenehmen Wohnsituationen: Hier sei zunächst auf die schwierige Lage alleinerziehender Mütter verwiesen, die in den Phasen der Schulschließungen oftmals Erwerbsarbeit und Homeschooling unter einen Hut bringen mussten, und zusätzlich wohnen Alleinerziehende verhältnismäßig öfter in beengten Wohnverhältnissen. Aber auch Menschen, die Angehörige pflegen, und alleine lebende Personen haben es nicht leicht. Erschwert werden diese Umstände noch, wenn die Wohnung klein ist, keine Freiflächen verfügbar sind oder Partnerin bzw. Partner nicht im selben Haushalt leben: In diesen Fällen fühlen sich die Befragten in ihrer Wohnsituation signifikant weniger wohl als andere. Je größer dagegen die Wohnfläche ist und je höher das Haushaltseinkommen ausfällt, desto wohler fühlen sich die Befragten in ihren Wohnverhältnissen. Auch Homeoffice wirkt sich positiv auf das Wohlfühlen aus, während sich arbeitslose Personen wiederum weniger wohlfühlen. Hier könnten auch die vielerorts steigenden Preise für Wohnungen und Häuser eine Rolle spielen, was sich durch die Krise am Arbeitsmarkt noch verschärft.

Wohnformen und Einsamkeit

Diese Frage des Wohlfühlens zu Hause hängt dabei signifikant mit Einsamkeitsgefühlen zusammen – und es sind dieselben Gruppen, die sich häufiger einsam fühlen. Abbildung 1 illustriert dies für vier exemplarische Zeitpunkte – im ersten Lockdown im März 2020, im Juli 2020, im zweiten Lockdown im Dezember 2020 sowie im Mai 2021 – am Beispiel der Ein- und Mehrpersonenhaushalte. Deren jeweilige Bewohner:innen verspürten im Verlauf der Pandemie stets unterschiedliche Grade von Einsamkeit. Hier lässt sich außerdem erkennen, wie die Lockerungen im Sommer 2020 und die damit einhergehende Rückkehr des gesellschaftlichen Lebens die Einsamkeit zurückdrängten – eine Entwicklung, die sich aktuell zu wiederholen scheint.

Als nächstes vergleichen wir die Situationen von Befragten mit und ohne ältere Familienmitglieder im selben Haushalt. Abbildung 2 zeigt die Mittelwerte der Einsamkeitsgefühle für diese Gruppen zu den

vier Zeitpunkten. Hier wird deutlich, dass zu jedem Zeitpunkt erhebliche Unterschiede bestanden: Wer mit älteren Angehörigen wohnt, fühlt sich weit häufiger einsam. Es lässt sich vermuten, dass diese Personen oftmals pflegerische Aufgaben übernehmen, was zu gesteigerter Belastung führen kann. Auch eine stärkere Einschränkung der Sozialkontakte aus Rücksicht auf ältere Mitbewohner:innen, die ja oft zur Risikogruppe zählen, wäre als Erklärung denkbar.

Wohnformen und Lebenszufriedenheit

Zuletzt wenden wir uns der allgemeinen Lebenszufriedenheit zu, die während der Pandemie insgesamt geringer ausfällt als zuvor. Auch in dieser Frage zeigt sich, dass die oben genannten Gruppen stärker leiden als andere. Vergleicht man Ein- und Mehrpersonen-Haushalte zu den vier Zeitpunkten, wird deutlich, dass Menschen, die allein leben, in der Coronakrise generell eine geringere Lebenszufriedenheit aufweisen – wobei diese Unterschiede im Juni 2020 und im Mai 2021 statistisch nicht signifikant sind. Am stärksten war dieses Zufriedenheitsgefälle kurz nachdem Anfang November der zweite Lockdown begonnen hatte. Tendenziell zufriedener als andere fühlen sich Befragte in kleineren Gemeinden und mit Zugang zu privaten Freiflächen, wobei diese beiden Aspekte oft zusammenhängen. Auch Menschen mit einem Wochenendhaus bzw. einer Ferienwohnung geben höhere Lebenszufriedenheit als andere an – immerhin hatten diese Personen die Möglichkeit, den Lockdowns in den Städten zu entfliehen und sie konnten die Situation teilweise im Grünen aussitzen.

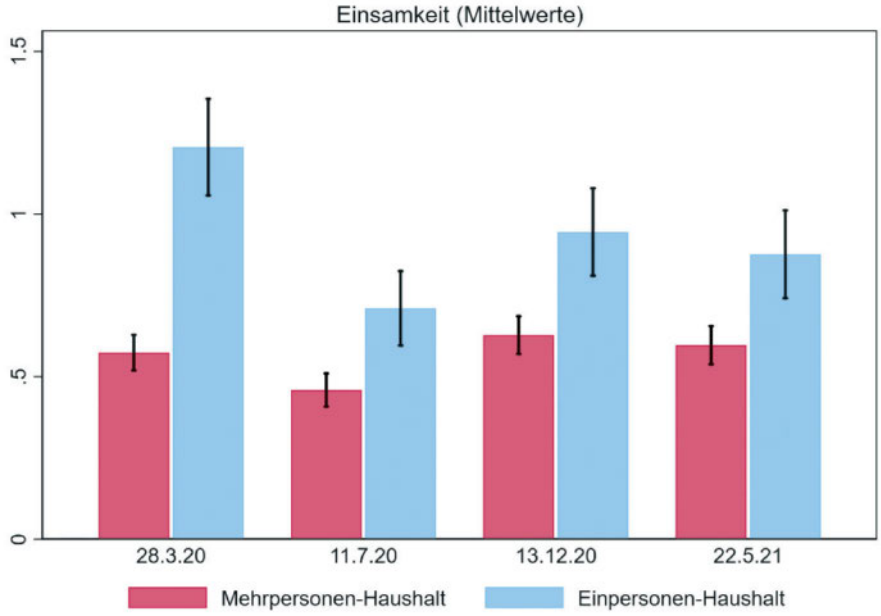


Abb. 1: Mittelwerte der Einsamkeit zu vier exemplarischen Zeitpunkten, für Personen in Ein- und Mehrpersonen-Haushalten.

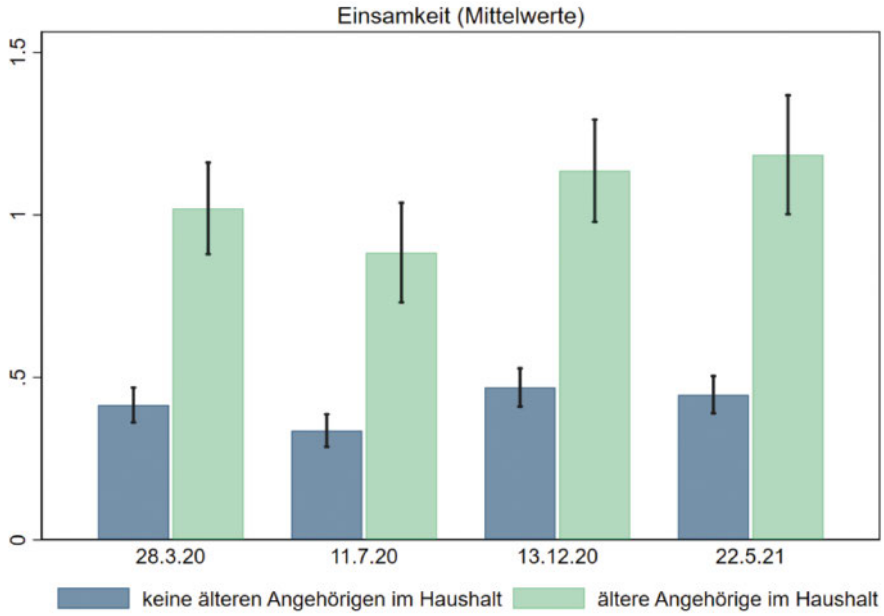


Abb. 2: Mittelwerte der Einsamkeit zu vier exemplarischen Zeitpunkten, für Personen mit und ohne ältere Angehörige im Haushalt.

Fazit

Menschen wohnen nicht nur verschieden, sie fühlen sich dabei auch unterschiedlich – und in der Coronakrise treten manche dieser Unterschiede verstärkt ans Tageslicht. Alleinerziehende und allein lebende Personen, jene mit älteren Familienmitgliedern im Haushalt und Menschen, die wenig Platz zur Verfügung haben oder deren Partner:in nicht im selben Haushalt wohnt, verspüren in der Pandemie häufiger Einsamkeitsgefühle, weisen eine geringere Lebenszufriedenheit auf und fühlen sich auch in ihrer Wohnsituation weniger wohl. Steigende Preise für Wohnungen und Häuser stellen dabei gerade für von Arbeitslosigkeit betroffene Personen noch zusätzliche Hürden für eine Verbesserung der Situation dar. Die sich zuletzt entspannenden Inzidenzen, die daraus abgeleiteten Lockerungen und die einsetzende Erholung des Arbeitsmarkts lassen jedoch die Hoffnung zu, dass Einsamkeitsgefühle wieder nachlassen und sich die Lebenszufriedenheit wieder nachhaltig erhöht.

© Grafik: ACPP

Stadt.Land.COVID

Ein räumlich differenzierter Blick auf das Pandemiegeschehen

Selim Banabak, Robert Kalasek, Florian Pühringer, Johannes Suitner, Yanli Zhang,
Stadt- und Regionalforschung, Institut für Raumplanung, TU Wien

Die mediale Berichterstattung der vergangenen eineinhalb Jahre hat uns gelehrt, dass „nackte Zahlen“ – also tagesaktuelle Daten – und deren fundierte Analyse eine wichtige Informationsquelle und Entscheidungsgrundlage sind. Meldungen zu Neuinfektionen und Hospitalisierungen sind seit Beginn der Pandemie fester Bestandteil der Nachrichten. Gleichzeitig wurde auch die eine oder andere weniger fundierte räumliche Zuschreibung befördert, etwa, dass Städte (anfangs vor allem Wien) besondere Treiber des Infektionsgeschehens seien.

Es wurde über Jugendgruppen an der Linzer Donaulände diskutiert und ob man es verantworten könne, wegen der schmalen Eingangssituation die Wiener Bundesgärten (und dazu zählen mit Schönbrunn und Augarten bedeutende innerstädtische Naherholungsgebiete) zu öffnen. Gerade zu Beginn der Pandemie wurden im Abstand von Halbtagen inhaltlich wenig differenzierte und reflektierte Meldungen veröffentlicht. Den Höhepunkt bildete die Kommunikation der Entwicklung positiver Testergebnisse je Bezirk ohne Bezug zur Anzahl der Getesteten und zur Gesamtbevölkerung.

Zwar ist die Diskussion aufgrund der entspannteren epidemiologischen Lage abgeflaut. Dennoch hat sie einige grundsätzliche städtische Qualitäten wie Dichte, Vielfalt und Interaktion in Frage gestellt. Eine wissenschaftlich fundierte Betrachtung des Pandemiegeschehens für spezifische Agglomerationstypen von urban bis rural abseits der bekannten Verwaltungsgrenzen gibt es bislang jedoch nicht.

COVID-19 und Raumstrukturen

Die sachlichen Defizite in der räumlichen Betrachtung der Pandemie wurden am Forschungsbereich Stadt- und Regionalforschung des Instituts für Raumplanung der TU Wien bereits im Frühjahr 2020 kritisch diskutiert. Allerdings konnten eigene Analysen erst auf Grundlage räumlich differenzierter Daten zum Infektionsgeschehen durchgeführt werden. Im Zentrum des Interesses stand dabei die Frage, ob Städte tatsächlich eine überproportionale Rolle im Infektionsgeschehen spielen – also ob das Ausmaß der Urbanisierung und das Niveau der Infektionszahlen überhaupt in Zusammenhang stehen.

Hierfür bedarf es einer räumlichen Typologie, die sowohl siedlungsstrukturelle Unterschiede als auch verschieden stark ausgeprägte räumliche Verflechtungen und Funktionen von österreichischen Agglomerationen einbezieht und so zwischen urbanen und ruralen Raumtypen unterscheidet.

Eine einfache Betrachtung räumlicher Einheiten nach Größenklassen (z. B. „über 5.000 Einwohner:innen“) erschien nicht sinnvoll, da diese weitgehend von administrativen Einheiten abhängig sind. Die „Urban-Rural-Typologie“ der Statistik Austria erfüllt hingegen obige Anforderungen.

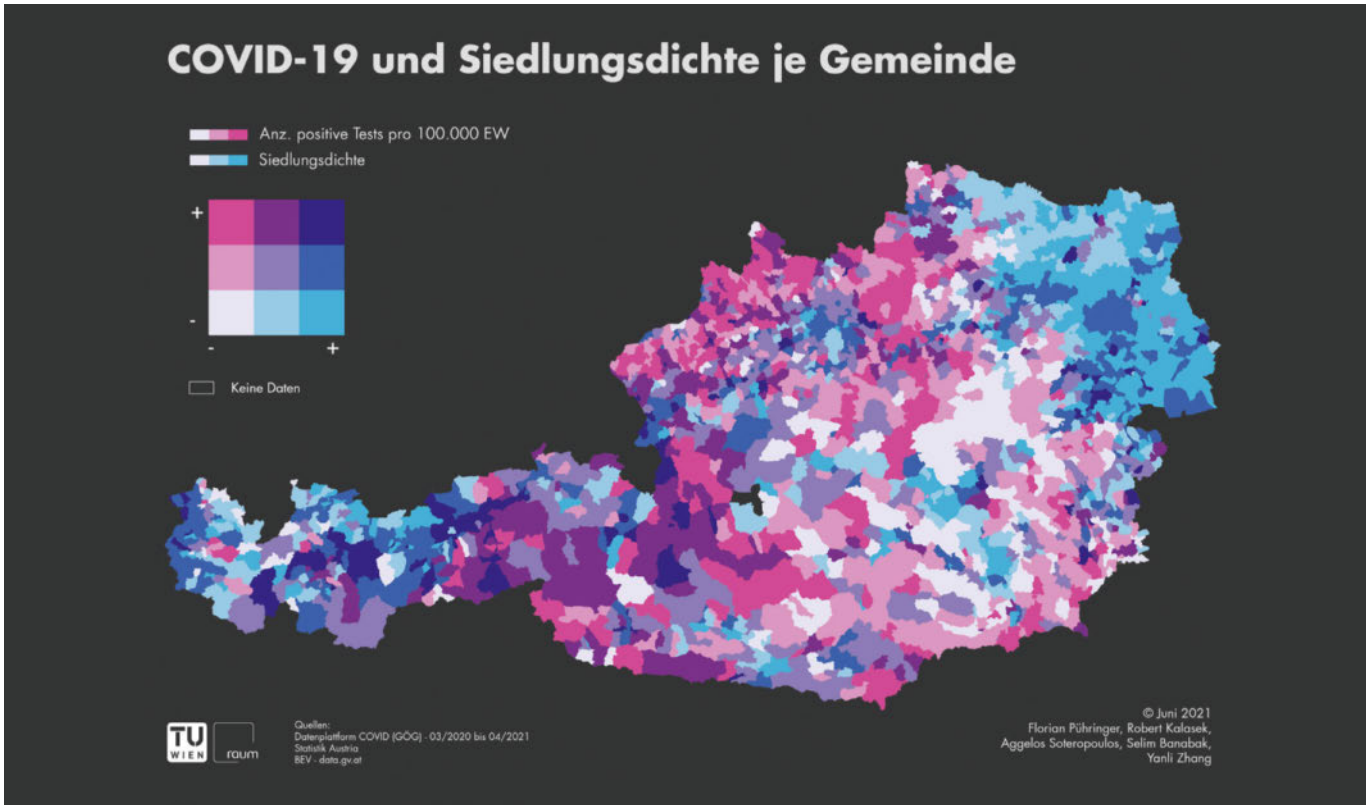
Auf Basis von Kriterien wie dem Maß an Zentralität, der Zahl an Arbeitsplätzen und Infrastruktureinrichtungen, dem Bevölkerungspotenzial und den andernorts definierten Stadtregionen werden hier vier Raumtypen mit Subtypen definiert, denen alle österreichischen Gemeinden zugeordnet werden können:

- Urbane Zentren, wie beispielsweise Wien, Graz, Leoben, Linz, Klagenfurt oder Dornbirn
- Regionale Zentren, wie zum Beispiel Zwettl, Liezen, Landeck oder Völkermarkt
- Ländlicher Raum im Umland von Zentren, wie zum Beispiel Gerasdorf bei Wien, Engerwitzdorf bei Linz oder Koppl bei Salzburg
- Ländlicher Raum und damit Gemeinden wie beispielsweise Mariazell, Admont, Bad Gastein oder Kals am Großglockner

Auf der epidemiologischen Seite wurde uns von der GÖG (Gesundheit Österreich GmbH) ein Paneldatensatz zur Verfügung gestellt, der für den Zeitraum seit Beginn der Pandemie bis zum 7. April 2021 die wöchentliche Anzahl der neu entdeckten COVID-19-Fälle sowie die Anzahl hospitalisierter Menschen für alle österreichischen Gemeinden ausweist. Während bei Ersterem ein starker Zusammenhang mit der Testaktivität und der Testbereitschaft der Bevölkerung besteht und damit datentechnische Verzerrungen auftreten, spiegeln Letztere die tatsächliche virale Ausbreitung gut wider. Nicht berücksichtigt werden aber räumliche Unterschiede in der Risikoanfälligkeit der Bevölkerung – z. B. hinsichtlich Demografie und Alter. Daher wurden bei allen Analysen stets beide Kennzahlen betrachtet.

Räumlich differenzierte Ergebnisse

Betrachtet man nun das COVID-19-Infektionsgeschehen in Österreich anhand dieser vier Raumtypen, wird deutlich, dass Gemeinden des ländlichen Raumes



COVID-19 und Siedlungsdichte je Gemeinde

© Grafik: Florian Pühringer, Robert Kalasek, Aggelos Soteropoulos, Selim Banabak, Yanki Zhang, Juni 2021

während der großen Infektionswelle im Herbst die höchsten Werte aufweisen. Im Frühjahr und Winter (Weihnachten) liegen die regionalen Zentren an der Spitze, gefolgt von den Gemeinden des ländlichen Raumes. Demgegenüber zeigt sich in den urbanen Zentren bereits Ende August ein beginnender Aufwärtstrend, der im Vergleich zu den übrigen Raumtypen hier deutlich früher einsetzt. Während in der darauffolgenden dynamischen Phase die Entwicklung in allen Raumtypen weitgehend parallel verläuft, liegt der Höchstwert in den urbanen Zentren letztlich deutlich unter jenen der übrigen Kategorien. Bereits in der ersten Welle im März 2020 war dieses Phänomen zu erkennen. Am Höhepunkt dieser Phase waren die Werte im ländlichen Raum doppelt so hoch wie in den urbanen Zentren.

In der dritten Welle im Frühjahr 2021 waren die urbanen Zentren gemeinsam mit dem ländlichen Raum an der Spitze der detektierten Fallzahlen. Nicht so aber bei den Hospitalisierungen. Hier zeigte sich das bereits aus den anderen Phasen gewohnte Bild.

COVID-19 und Siedlungsdichte

Dieses Bild bestätigt sich auch im direkten Vergleich von Infektionsgeschehen und Siedlungsdichte anschaulich.

Für diese Analyse wird die Siedlungsdichte als räumliche Konzentration der Bevölkerung innerhalb des tatsächlich besiedelten Raums verstanden und liefert damit letztlich eine Maßzahl für den sich aus der Zahl der Einwohner:innen in Kombination mit der jeweils bestehenden Siedlungsstruktur ergebenden „Abstand" zwischen den Bewohner:innen. Stellt man diese „effektive" Siedlungsdichte der Summe der positiven Fallzahlen gegenüber, bestätigt sich der vermutete positive Zusammenhang zwischen der Siedlungsdichte und der Zahl der Neuinfektionen nicht.

Den hohen absoluten Fallzahlen in Ballungszentren wie Linz, Salzburg und Wien stehen überproportional höhere absolute Bevölkerungszahlen gegenüber. Auch in großen Teilen Niederösterreichs und des Burgenlandes mit ihren klar abgegrenzten, kompakten und verhältnismäßig dichten Ortschaften lag das Infektionsgeschehen insgesamt unterhalb des Durchschnitts.

Demgegenüber weisen viele Gemeinden Oberösterreichs, aber auch der Steiermark und Kärntens aufgrund der vorherrschenden Siedlungsstruktur zwar eine geringe Siedlungsdichte auf, liegen aber beim Infektionsgeschehen auf hohem Niveau.

Stadt.Land.COVID – Ein Fazit

Die Analysen haben räumliche Unterschiede im Infektionsgeschehen gezeigt – und zwar sowohl hinsichtlich der Charakteristik des jeweiligen Raums als auch in regionaler Perspektive.

Auch wenn die dahinterliegenden Gründe (beispielsweise sozioökonomische Faktoren) in dieser Arbeit nicht beleuchtet werden konnten, zeigte sich doch deutlich, dass die räumliche Charakteristik Österreichs im Pandemiegeschehen von Relevanz ist und aus diesem Grund auch bei zukünftigen Entscheidungen stärker berücksichtigt werden sollte.

Geklärt: Coronaviren im Abwasser

Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie wird weltweit fieberhaft an Methoden gearbeitet, um das COVID-19-Virus einzudämmen und lokale Cluster möglichst rasch zu entdecken. Im Projekt Coron-A haben österreichische Expert:innen aus unterschiedlichen Institutionen, koordiniert vom Umweltbundesamt, noch im Frühjahr 2020 ein eigenes Analyseverfahren für den Nachweis von Corona entwickelt. Damit zählen sie zu den Pionier:innen bei der Spurensuche nach dem Virus.

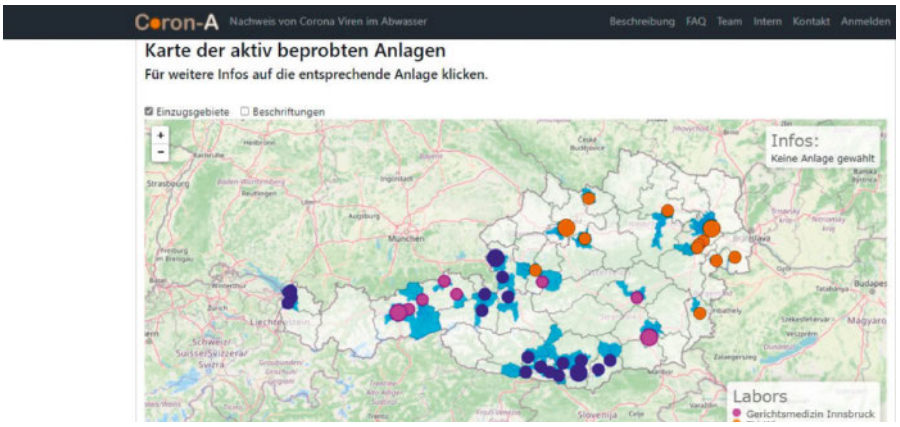
Robert Konecny, Umweltbundesamt

Seit dem Frühjahr 2020 haben Expert:innen der Universität Innsbruck, der Medizinischen Universität Innsbruck, der Technischen Universität Wien, der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) und des Umweltbundesamtes knapp 3.000 Abwasserproben von 41 Messstellen in ganz Österreich analysiert. Ziel der Untersuchungen ist, das COVID-Virus im Abwasser frühzeitig zu entdecken und dessen Verlauf besser nachzuvollziehen, einzuschätzen und entsprechend zu prognostizieren. Denn die Hälfte aller Infizierten scheidet Virenpartikel mit dem Stuhl aus. Die darin enthaltenen Erbinformationen können, selbst wenn sie nur in kleinsten Konzentrationen vorliegen, auch im Abwasser noch nachgewiesen werden. Die Analyse des Abwassers ermöglicht, die Ausbreitung des Coronavirus im ganzen Land zu verfolgen und dient als Entscheidungsgrundlage und zum Nachweis der Wirksamkeit von Maßnahmen für Politik und Verwaltung.

Frühwarnsystem für Pandemien

Die Reinigungsleistung der Kläranlagen in Österreich ist, auch im internationalen Vergleich, top. Was in der Toilette oder im Abfluss landet, durchläuft mehrere aufwendige Reinigungsstufen, in denen viele, aber eben nicht alle Schadstoffe herausgefiltert werden können. Auch verschiedene Viren können gut durch die österreichischen Kläranlagen entfernt werden. Der Gehalt an Spurenstoffen von Arzneimitteln, Industriechemikalien oder auch Zuckerersatzstoffen im Abwasser liegt in Österreich zwar unter den zulässigen Emissionsgrenzwerten, die Substanzen sind im Promillebereich nachweisbar. Im Projekt Coron-A nutzen die Expert:innen die bewährten Instrumente aus der Abwasserforschung, um das Coronavirus zu erkennen und seine Ausbreitung zu überwachen.

Die letzten Monate haben gezeigt, dass das Abwasser-Monitoring einen entscheidenden Vorteil in der Bekämpfung der Pandemie hat und damit eine sehr gute Ergänzung zu den nationalen COVID-19-Überwachungen, wie beispielsweise dem Testen von Personen mit Symptomen, darstellt: Im Abwasser waren die Neuinfektionen 3–7 Tage früher als in der klinischen Diagnostik beziehungsweise in den gemeldeten Zahlen zu sehen. Auf Basis dieser Erkenntnisse arbeiten die Expert:innen auf Hochtouren an einem Konzept zur Nutzung der abwasserepidemiologischen Daten für ein Frühwarn- und Entwarnungssystem.



Dashboard mit Anlageninformationen

Ergebnisse im Klick

Das Dashboard auf der Projekt-Website www.coron-a.at gibt einen Überblick über den aktuellen Stand der Unter-

© Abbildung: Basemap.at/hitGIS hydro-IT

suchung. Ein Dashboard zeigt, in welchen Kläranlagen die rund 3.000 bisher analysierten Proben gezogen wurden. Die Heatmap illustriert die COVID-19-Lage seit Juli 2020 und macht deutlich, wie sich die Virenkonzentration im Zulauf der Kläranlagen über die Zeit verändert hat.

Probe(n)weg: von der Kläranlage ins Labor

Österreich hat mit der Entwicklung des Coron-A-Analyseverfahrens internationale Pionierarbeit geleistet. Im Auftrag von Bund, Ländern und Städtebund wurde eine einheitliche und verlässliche Vorgangsweise für Probenahme, Lagerung, Transport, Aufbereitung und Analyse der Proben aus den Kläranlagen entwickelt und etabliert. In der Praxis entnimmt eine Fachkraft in der Kläranlage im ersten Schritt eine Abwasserprobe noch bevor diese gereinigt wird. Diese Probe wird dann im nächsten Schritt gekühlt ins Labor transportiert. Dort wird das genetische Material, die Ribonukleinsäure, des Coronavirus aus der Abwasserprobe isoliert. Dann wird eine molekulare Nachweismethode namens PCR mit dem isolierten genetischen Material durchgeführt. Durch den Vergleich der Resultate mit einer vordefinierten Menge von Viruspartikeln ist es zudem möglich, die Anzahl der Coronaviruspartikel zu bestimmen.
Die Expert:innen liefern auf diese Weise aber nicht nur den verlässlichen Nachweis des Erregers, sondern erforschen auch das Verhalten der Viren im Abwasser. Damit die Ergebnisse möglichst gut zu nutzen sind, arbeiten sie gleichzeitig an EDV-Lösungen für die rasche Auswertung und Aufbereitung der Daten zu brauchbaren Informationen für die zuständigen Behörden. Damit werden wichtige Grundlagen für ein nationales Abwassermonitoring geschaffen, das die Überwachung der gegenwärtigen und zukünftigen Pandemien unterstützen kann.

Fließende Weiterentwicklung

So wie sich das COVID-19-Virus weiterentwickelt und immer neue Mutationen entdeckt werden, so entwickeln auch die Expert:innen von Coron-A die Abwasseranalysen weiter. In Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Molekulare Medizin der Österreichischen Akademie der Wissenschaften konnte gezeigt werden, dass das Sequenzieren des gesamten genetischen Codes des COVID-19-Erregers, und damit eine Mutationsanalyse, auch in Abwasserproben möglich ist. Der Vorteil der Abwasserprobe, den Querschnitt der Bevölkerung im Einzugsgebiet mit einer einzelnen Probe darzustellen, kann größtenteils auch auf Sequenzdaten umgelegt werden.
Durch die Bereitstellung von aufbereiteten Abwasserproben kann das Coron-A-Projekt einen wichtigen Beitrag zur österreichweiten Sequenzier-Strategie, auf der Suche nach neuen Mutationen bzw. Virus-Linien und deren Ausbreitung, leisten. Dafür können Forscher:innen die Erkenntnisse des Coron-A-Netzwerkes und dessen Infrastruktur nutzen.

A+ für Analytik made in Austria

Abwasserforschung wird in zahlreichen Ländern der Welt betrieben, aus nur wenigen Ländern sind jedoch Berichte über ein reguläres Abwassermonitoring bekannt. So betreiben zum Beispiel in den Niederlanden das RIVM (National Institute for Public Health and the Environment) und das KWR Water Research Institute schon seit Längerem Abwasserforschung in den Kläranlagen. Die Daten werden über das Coronavirus-Dashboard der niederländischen Regierung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Um das Monitoring in Österreich kontinuierlich zu verbessern und damit einen entscheidenden Beitrag zum Schutz von Mensch und Umwelt zu leisten, steht das Coron-A-Projektteam mit internationalen Forscher:innen im regen Austausch. Neue Verfahren garantieren, dass auch weiterhin Stoffe wie Arzneimittel, Chemikalien, Mikroplastik, Nanomaterialien und Krankheitserreger aus dem Abwasser entfernt werden. So wird eine geeignete Infrastruktur für die gegenwärtigen, aber auch zukünftigen Herausforderungen gesichert, die der nächsten Generation noch nützt.

CORON-A

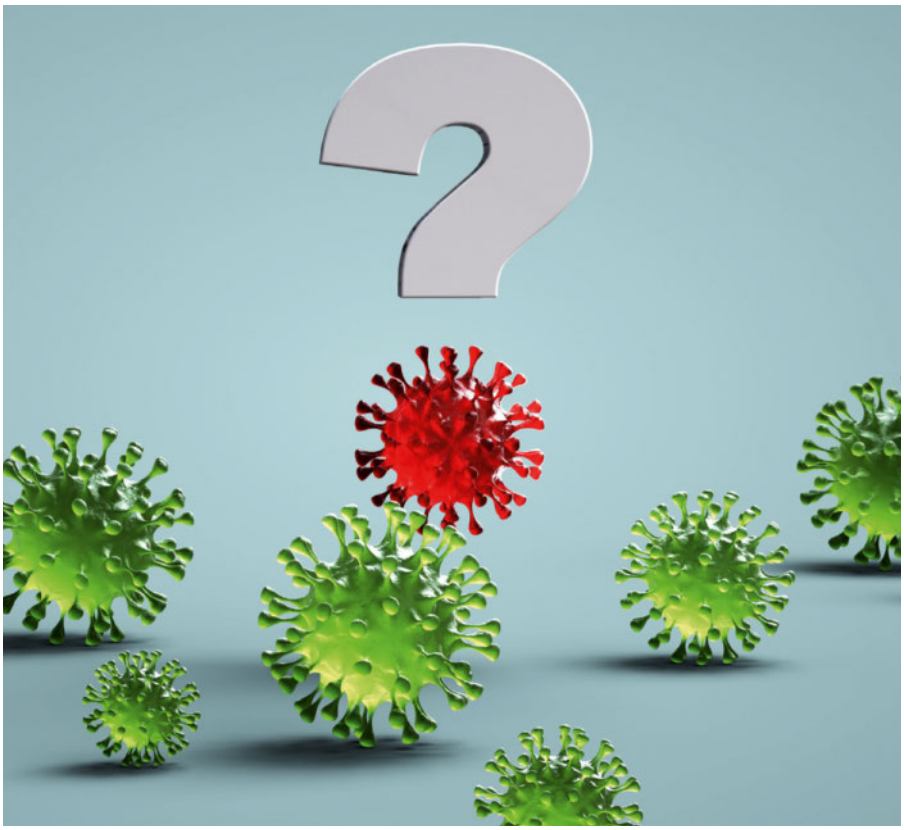
Das Forschungsprojekt Coron-A bündelt die österreichische Expertise aus Abwasserepidemiologie, -mikrobiologie und -molekularbiologie. Ermöglicht wird das Forschungsvorhaben, das vom Umweltbundesamt koordiniert wird, durch finanzielle Mittel des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus und des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung und durch finanzielle Beteiligung der Bundesländer Burgenland, Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark, Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg sowie des Österreichischen Städtebundes. Forschungspartner sind die Universität Innsbruck, die Medizinische Universität Innsbruck, die Technische Universität Wien und die AGES – Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit. Technisch umgesetzt wurde das Projekt durch den IT-Partner hydro-IT.

Die Coronakrise in den Gemeinden

Die Ergebnisse der Städtebund-Mitgliederbefragung 2020

Christoph Hofinger, David Laumer, SORA – Institute for Social Research and Consulting

Die Corona-Pandemie brachte und bringt für die österreichischen Städte ausgesprochen herausfordernde Zeiten. Um ein genaueres Bild der Stimmung und Erfahrungen der Gemeinden in dieser Krisenzeit zu bekommen, wurde zwischen Oktober und Dezember 2020 eine Befragung unter Bürgermeister:innen und hohen Beamt:innen der rund 260 Mitgliedsgemeinden des Städtebundes durchgeführt, an der 104 Personen teilgenommen haben.
Zur Erarbeitung des Fragebogens wurden im Vorfeld Fokusinterviews mit fünf Fachleuten aus dem kommunalpolitischen Kontext durchgeführt. Folgende zentrale Ergebnisse zeigt die Mitgliederbefragung des Städtebundes 2020:



Unterbrechung der positiven Entwicklung

Während sich die Gemeinden bis zum Ausbruch der Pandemie im Großen und Ganzen gut entwickelt hatten, zeigte sich seither ein getrübtes Bild.

- Eine überwältigende Mehrheit von 92 % der Befragten befand, dass sich ihre Gemeinde in den fünf Jahren vor der Corona-Pandemie alles in allem positiv entwickelt hatte.
- Es konnte zum Befragungszeitpunkt eine geteilte Grundstimmung festgestellt werden: Acht von zehn Befragten (79 %) beurteilten ihre eigene derzeitige Grundstimmung sehr oder eher positiv. Die Grundstimmung in der Gemeindebevölkerung wurde allerdings von weniger als der Hälfte (44 %) positiv bewertet.
- Die Auswirkungen der Pandemie auf die Gemeinden beurteilten acht von zehn Befragten (80 %) alles in allem ziemlich oder sehr negativ.

Erfolge & Aufholbedarf

- Das Funktionieren jener Bereiche, die vor allem in Krisenzeiten zu den Kernaufgaben der Gemeinden zählen, wurde mehrheitlich positiv bewertet. Demnach hatte die Kritische Infrastruktur bzw. Daseinsvorsorge (97 %), das Umschalten beim Lockdown, die Arbeitsabläufe in der Stadtverwaltung (jeweils 96 %) sowie das Bürger:innenservice (94 %) seit Beginn der Pandemie sehr oder eher gut funktioniert.
- Demzufolge befanden beinahe alle Befragten, dass die Bediensteten ihrer Gemeinde eine hervorragende Arbeit leisten (97 % stimmen sehr oder ziemlich zu). 89 % waren zudem der Meinung, dass Österreich mit seinem funktionierenden Sozialstaat besser durch derartige Krisen kommt als andere Länder. 83 % meinten, dass die Stadtgemeinden gut für

© Foto: Getty Images

unvorhersehbare Krisen wie diese gerüstet sind.

- Jene beiden Bereiche im Aufgabenfeld der Gemeinden, in denen die Pandemie zum Teil noch Aufholbedarf aufzeigte, sind das Homeoffice der Gemeindebediensteten (16 % „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“), sowie die IT-Infrastruktur (13 %). Knapp ein Drittel der Befragten (31 %) stimmte der Aussage wenig oder gar nicht zu, dass die Digitalisierung in der Gemeinde einen nachhaltigen Schub erfahren hat. 88 % fanden, dass Digitalisierung die Arbeitsabläufe in der Gemeinde erleichtert.

Mehr Wertschätzung, weniger Fehlertoleranz

Das Stimmungsbild in der Bevölkerung war aus Sicht der Gemeinden ambivalent. Einerseits stieg die Wertschätzung für die Arbeit der Gemeinden und für die kritische Infrastruktur, andererseits wurde aber auch eine zunehmend negative Stimmung festgestellt.

• Jeweils drei Viertel der Befragten stimmten den Aussagen sehr oder ziemlich zu, dass die Wertschätzung für die Beschäftigten in systemrelevanten Berufen (79 %), die Zufriedenheit mit der städtischen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge (76 %) sowie der Zusammenhalt in der Gemeinde (75 %) zugenommen haben.

• Dem entgegen steht die Stimmungseinschätzung, wenn es um die Pandemie an sich geht. Die Mehrheit der Befragten stimmte sehr oder ziemlich zu, dass die Menschen die Pandemie im Vergleich zum Beginn nicht mehr ernst genug nehmen (75 %), dass das Verständnis für Fehler der Politik und Verwaltung gesunken ist (56 %) und dass Homeoffice auf Dauer mehr Belastung als Erleichterung für die Betroffenen darstellt (50 %). Auch Falschinformationen bzw. Verschwörungsmythen erschwerten die Arbeit der Gemeinden (46 % stimmen sehr oder ziemlich zu).

Kritik an Arbeitsweise des Bundes

Die Zusammenarbeit der Verwaltungsebenen, der in Ausnahmesituationen ein besonderer Stellenwert zukommt, funktionierte nicht mit allen Akteur:innen gleich gut. Wenig zufrieden war man speziell mit der Kooperation mit dem Bund bzw. mit seiner Performance generell.

- Weniger als die Hälfte der Befragten (48 %) war der Meinung, dass Österreich insgesamt die Krise bisweilen sehr oder ziemlich gut bewältigt hatte. Die Krisenbewältigung des betreffenden Bundeslandes wurde schon besser eingeschätzt (75 % sehr oder ziemlich gut), am besten schnitten hier allerdings die Gemeinden selbst ab (97 %).
- Für drei Viertel der Befragten (74 %) traf es sehr oder ziemlich zu, dass der

Bundesministerium
Europäische und internationale
Angelegenheiten

DEINE VOR DER REISE, FÜR DIE REISE-APP.

Du fährst weg, wir informieren. Jetzt kostenlos und bequem über den QR-Code oder den App-Store die Auslandsservice-App downloaden und gut vorbereitet ins Ausland fahren. Registriere Dich vor Deiner Reise für Deine Reise. Wir informieren Dich über die aktuelle Lage in dem Land, in dem Du Dich aufhältst und helfen, solltest Du Unterstützung brauchen.
– Dein Außenministerium



JETZT BEI Google Play
Laden im App Store
24/7

Erfahrungsaustausch mit anderen Gemeinden zur Krisenbewältigung wichtig war. Deutlich kleiner war der Anteil derer, für die es sehr oder eher zutrifft, dass Vorgaben klar und verständlich waren (38 %), zeitnah bei den Gemeinden eingetroffen sind (31 %) und dass die aktuelle finanzielle Situation der Gemeinde vom Bund ernstgenommen wird (22 %).

- Auf lokaler Ebene funktionierte das Zusammenspiel durchwegs gut. Die überwiegende Mehrheit gab an, dass die Zusammenarbeit mit Einsatzorganisationen (96 %), mit Vereinen in der Gemeinde (92 %), mit Personalvertretungen und mit anderen Gemeinden (jeweils 90 %) in den vorangegangenen Monaten sehr oder eher gut funktioniere. Die Zusammenarbeit mit dem Land (69 % sehr oder eher gut) und vor allem mit dem Bund (35 %) wurde hingegen deutlich schlechter gesehen.
- Das zeigte sich auch in der Beurteilung der Kommunikation: Ein Fünftel (19 %) sagte, dass sich die Kommunikation ihrer Gemeinde mit anderen Gemeinden im Verlauf der Pandemie verbessert hatte (6% geben eine Verschlechterung an). Dieser Ansicht waren bei der Kommunikation mit dem Bund nur 4 % (18 % Verschlechterung).
- Dieses Bild bestätigte sich außerdem, wenn es um die Beurteilung der Umsetzung der „Corona-Ampel“ in der Praxis geht. 78 % der Befragten waren der Meinung, dass diese eher oder sehr schlecht funktioniert.

Regionale Wirtschaft und Gemeindefinanzen

Die Pandemie traf die einzelnen Betriebe in den Gemeinden je nach Bereich unterschiedlich stark.

- Während bei Banken und Versicherungen (84 % sehr oder eher zuversichtlich) und der Bauwirtschaft (81 %) die Zuversicht dominierte, brachten die Befragten bei der Kultur (79% sehr oder eher besorgt), der Gastronomie (77 %) und der Hotellerie (75 %) ihre Besorgnis zum Ausdruck. Es kann angenommen werden, dass sich die Sorgen in diesen Bereichen aufgrund der Entwicklung in den letzten Monaten weiter verschärft haben.
- Der Großteil der Befragten (79 %) konnte eine Schätzung über die Höhe der Kosten abgeben, die die Krise für ihre Gemeinde (durch Einnahmenwegfall, zusätzliche Ausgaben etc.) verursacht. Eine Hochrechnung dieser Angaben ergibt, dass die Corona-Pandemie die 2.094 Gemeinden in Österreich (ohne Wien) insgesamt 1,15 bis 1,25 Mrd. Euro kosten wird.
- Bei zwei Drittel der Befragten (68 %) hatte die Gemeinde zum Befragungszeitpunkt bereits einen Antrag auf Gewährung des Investitionszuschusses für (ein) Investitionsprojekt(e) gestellt. Davon wiederum musste knapp die Hälfte (47 %) ein Darlehen aufnehmen, um die erforderliche Co-Finanzierung aufbringen zu können.

Herausforderungen & Chancen

- Die Corona-Pandemie wird – so die Einschätzung der Befragten – bei einigen Bevölkerungsgruppen zu mehr Ungleichheit zwischen den Menschen führen: zwischen Wohlhabenden und weniger Wohlhabenden (73 % glaubten, dass es zu „mehr Ungleichheit“ kommt), zwischen Menschen mit und ohne Arbeitsverhältnissen (68 %), zwischen Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft (55 %), zwischen verschiedenen Berufsgruppen (45 %) und zwischen Frauen und Männern (34 %).
- Gleichzeitig wird die Entwicklung der Gemeinden durch die Pandemie dauerhaft vor große Herausforderungen gestellt. Jeweils eine Mehrheit der Befragten glaubte, dass die wirtschaftliche Entwicklung allgemein (61 %), die Zahl der Nächtigungen (51 %) und die Chancen der jungen Generation (42 %) in ihrer Gemeinde auf lange Sicht etwas oder stark abnehmen würden.
- Neben den vielen negativen Effekten, die die Pandemie mit sich bringt, wurden auch vereinzelte positive Auswirkungen auf die Gesellschaft gesehen. Bei „Wertschöpfungsverlagerung in die Region“ (48 %), „Zusammenhalt der Menschen“ (43 %), „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ (34 %) und „Klimaschutz-Bemühungen“ (33 %) gingen jeweils mehr Befragte von einer Zunahme als von einer Abnahme aus, während zwischen einem Drittel und der Hälfte der Meinung war, dass sie sich nicht verändern werden.
- Vor allem der Klimaschutz verliert trotz Dominanz des Corona-Themas nicht an Bedeutung. Ein überwältigend großer Anteil (97 %) war der Meinung, die Coronakrise habe aufgezeigt, dass auf Regionalität gesetzt und die Abhängigkeit vom globalen Markt reduziert werden muss sowie, dass der Schutz des Lebens unsere wichtigste Aufgabe ist (95 %). Drei von vier Befragten (76 %) hielten aktive Klimapolitik angesichts der Krise für sehr oder eher dringend notwendig.
- Dennoch zeigt sich auch eine breite Zustimmung zu der Aussage, dass Klimaschutz-Maßnahmen nach der Coronakrise mangels Budget schwieriger umzusetzen sein werden (67 %).

Unterstützung und Strukturreformen notwendig

- Die Corona-Pandemie machte in einigen Bereichen einen Handlungsbedarf sichtbar: Mehr als die Hälfte der Befragten war jeweils der Meinung, dass die Corona-Pandemie die Notwendigkeit einer Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung (81 % stimmen sehr oder ziemlich zu), eines neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells (67 %), neuer Krisenpläne (64 %) sowie einer Neuaufstellung der Gesundheitsverwaltung (61 %) aufzeige.
- Im Hinblick auf ihre Gemeinden wünschten sich die Befragten vor allem einen eigenen Krisenfonds für die Kommunen (95 % „sehr dringend“ oder „eher dringend“), einen Ausbau des Pflegebereichs (92 %), Unterstützung für Gastronomie und Tourismus (92 %) sowie eine Reform des Finanzausgleichs (89 %).





#BUSINESSAMSPIELBERG











SPIELEND ZUM ERFOLG

AM SCHÖNSTEN SPIELPLATZ ÖSTERREICHS

EVENTS, MEETINGS, INCENTIVES, TAGUNGEN, SEMINARE, TEAMBUILDINGS u.v.m.

KONTAKTIEREN SIE UNS UNTER:
ANFRAGE@PROJEKT-SPIELBERG.COM

PROJEKT-SPIELBERG.COM

RedBull RING AM SPIELBERG



Wien und die Welt

Antworten auf die COVID-19-Krise im Mobilitätsbereich

Ulrich Leth, Barbara Laa, Harald Frey· Forschungsbereich für Verkehrsplanung und Verkehrstechnik, TU Wien

Die COVID-19-Krise hat unser Mobilitätsverhalten verändert. Der Forschungsbereich für Verkehrsplanung und Verkehrstechnik hat im Rahmen einer Studie ermittelt, wie Städte international durch ihre Maßnahmen darauf reagiert bzw. dazu beigetragen haben und wie die temporären Begegnungszonen und Pop-up-Radwege in Wien umgesetzt und angenommen wurden.[1]

An dieser Stelle (ÖGZ 7–8/2020) haben wir im Sommer 2020 die Auswirkungen der verhängten Lockdown-Maßnahmen auf das Verkehrsverhalten präsentiert. Seither hat sich das Mobilitätsverhalten auf einem neuen Niveau eingependelt. Wie nachhaltig diese Änderungen sind, ist noch schwer absehbar und wird auch von zukünftigen Rahmenbedingungen abhängen. Ein Vergleich des Modal Splits in Wien der Jahre 2019 und 2020 veranschaulicht die Verhaltensänderungen, die aufgrund der Corona-Maßnahmen stattgefunden haben. Beim Fuß- und Radverkehr hat es deutliche Steigerungen von 28 % auf 38 % bzw. von 7 % auf 9 % gegeben, während der Anteil der Wege im öffentlichen Verkehr von 38 % auf 27 % abgenommen hat. Der Anteil der Kfz-Wege ist mit 27 % gleich geblieben – wie übrigens seit fast zehn Jahren.

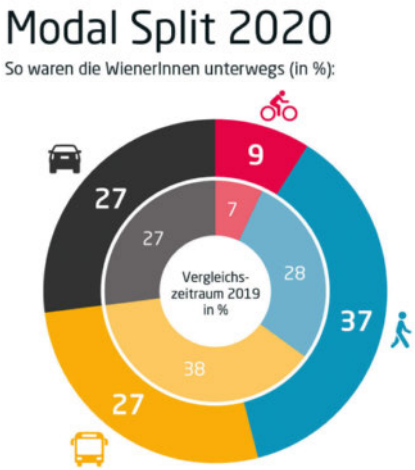
Die Ursachen für die Modal-Split-Änderungen im Corona-Jahr sind vielfältig und überlagern einander:

- Aufgrund von Homeoffice, Homeschooling, Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit wurden insgesamt weniger Arbeits- und Ausbildungswege zurückgelegt[2],
- gleichzeitig wurden deutlich mehr Freizeitwege beobachtet,
- Einkaufswege wurden vermutlich in räumlicher Nähe und vermehrt zu Fuß bzw. mit dem Rad zurückgelegt,
- Online-Bestellungen führten zu einer Zunahme von Liefervorgängen (z. B. Amazon, aber auch Essenszustellungen von Lieferando, Foodora etc.).
- Im öffentlichen Verkehr sind die Fahrgastzahlen der Wiener Linien um durchschnittlich 40 % gesunken, im 1. Lockdown sogar um bis zu 80 %[4].
- Der Radverkehr hat im Mittel über alle Wiener Zählstellen im Jahr 2020 um 12 % gegenüber dem Vorjahr zugenommen, an Zählstellen mit überwiegend Freizeitverkehr sogar zwischen 30 % und 50 %[5].
- Der Kfz-Verkehr hatte sich in kurzer Zeit wieder dem Niveau vor dem Lockdown angenähert[6].

Internationale Vorreiter

Weltweit reagierten Städte unterschiedlich auf die geänderten Rahmenbedingungen und Mobilitätsmuster. Um dem gestiegenen Bedarf nach Flächen für Fuß- und Radverkehr sowie für Aufenthalt im öffentlichen Raum nachzukommen, wur-

© Foto: PID/Alexandra Kromus



Modal Split: Änderung von 2019 auf 2020[3]

Quelle: Wiener Linien

den vielerorts kurzfristige temporäre Maßnahmen – wie sogenannte „Pop-up Bikelanes", breitere Gehsteige oder temporäre Begegnungszonen, sogenannte „Light Individual Transport (LIT)"-Infrastruktur[7] u. v. m.[8] – ergriffen.

Brüssel erklärte seinen Innenstadtbereich, das sogenannte „Pentagone", mit 11. Mai 2020 flächendeckend zur Begegnungszone mit 20 km/h Höchstgeschwindigkeit[9]. Berlin hatte innerhalb kurzer Zeit 21,5 km Pop-up-Radwege umgesetzt, die nun Zug um Zug verstetigt werden, und veröffentlichte nicht einmal einen Monat nach Beginn der Pandemie „Regelpläne zur temporären Einrichtung und Erweiterung von Radverkehrsanlagen"[10]. Paris hatte angekündigt, zum Ende des Lockdowns Anfang Mai 2020 zusätzlich 650 Kilometer an Radwegen zur Verfügung zu stellen[11].

Die Pop-up-Radinfrastruktur war ein durchschlagender Erfolg: Der Radverkehr ist während der Coronakrise in Städten, die Pop-up-Radinfrastruktur errichtet haben, um bis zu 48 % stärker gestiegen als in Städten, die keine Maßnahmen gesetzt haben[12]. Eine Pariser Untersuchung hat gezeigt, dass fast 60 % der jetzt angetroffenen Radfahrenden vor Errichtung der (temporären) Radinfrastruktur dort nicht unterwegs waren[13].

Umsetzungen in Wien[14]

Wien reagierte in jeder Hinsicht zögerlich. Erste temporäre Begegnungszonen wurden ab Mitte April 2020 umgesetzt, insgesamt 25. Die bei der Auswahl der Straßenabschnitte anzuwendenden Kriterien orientierten sich aber primär an der schnellen Umsetzbarkeit und Nicht-Behinderung des Kfz-Verkehrs – essenzielle Umsetzungsempfehlungen lt. RVS Arbeitspapier 27 „Einsatzkriterien für Begegnungszonen" (u. a. notwendige Fußgänger:innenfrequenz, Reduzierung der Kfz-Verkehrsmengen, Gestaltung) blieben unberücksichtigt.

Entsprechend gering fiel die Nutzung aus: Zwischen 0 % und 30 % der Fußgänger:innen nutzten die Fahrbahn. Die Höchstwerte entstanden an Wochenenden in Straßen, wo geringes Kfz-Aufkommen herrschte, wo bereits höhere Qualitäten für den Fußverkehr vorherrschten (z. B. Allee), wo geringere Barrierewirkungen durch parkende Pkws oder sensibilisierte Anrainer:innen (z. B. aufgrund ähnlicher Aktionen in Vorjahren) vorzufinden waren.

Die Wiener Pop-up-Radwege bzw. -Radfahrstreifen beschränkten sich auf vier Stellen mit einer Gesamtlänge von 2,4 Kilometern, entstanden ab Mai/Juni 2020 und wurden im September bzw. Oktober wieder rückgebaut. Sie dienten zur Entlastung bestehender, schmaler Radinfrastruktur, zur Trennung von Fuß- und Radverkehr auf stark belasteten gemischten Verkehrsflächen und zur Schaffung neuer, sicherer Radverbindungen. Trotz teilweise ungenügender Umsetzung (u. a. Unterschreitung der Mindestbreiten laut Richtlinien, fehlender Schutz in den Kreuzungsbereichen) wurde die Pop-up-Radinfrastruktur sehr gut angenommen und erfüllte die intendierten Wirkungen. Aufgrund fehlender Vorher-Untersuchungen war keine Aussage über eine mögliche radverkehrsinduzierende Wirkung möglich.

Fazit

Während Städte weltweit mit temporären Maßnahmen schnell und unkompliziert Platz für den Fuß- und Radverkehr geschaffen haben, konnten insbesondere die temporären Begegnungszonen in Wien aufgrund der mangelhaften Umsetzung ihr Potenzial nicht entfalten. Gleichzeitig wurde die erfolgreiche Pop-up-Radinfrastruktur nicht fortgeführt. Damit fehlt der Stadt Wien nun ein wichtiges Werkzeug zur schnellen Flächenumverteilung. Dabei ist Tactical urbanism, also das Ausprobieren von neuer Verkehrsorganisation oder die Gestaltung mit temporären Mitteln, ein wesentlicher Baustein zukunftsweisender Verkehrspolitik. Spätestens seit der Umgestaltung der Mariahilfer Straße und den Befragungen vor und nach der Umsetzung ist bekannt, dass Menschen erst nach der baulichen Umgestaltung den Mehrwert einschätzen und bewerten können. Man sollte sich deshalb wieder an internationalen Vorreiter:innen orientieren: Der Bedarf für temporäre Begegnungszonen und Pop-up-Radinfrastruktur ist ungebrochen.

1 Die Untersuchung (H. Frey, B. Laa, U. Leth, F. Kratochwil, P. Schober (2020) Mobilität in Wien unter COVID19. Begleituntersuchung Temporäre Begegnungszonen und Pop-Up Radinfrastruktur.) wurde im Rahmen einer Studie für die Mobilitätsagentur Wien durchgeführt und von dieser finanziert.

2 https://ivtmobis.ethz.ch/mobis/covid19/reports/latest

3 www.fahrradwien.at/2021/02/18/mobilitaet-2020-wienerinnen-und-wiener-legen-fast-jeden-2-weg-mit-dem-rad-oder-zu-fuss-zurueck/

4 www.wienerlinien.at/web/wiener-linien/r%C3%BCckblick-2020-ausblick-2021

5 https://www.fahrradwien.at/radfahren-in-zahlen/radzahlen-2020/

6 https://kurier.at/chronik/oesterreich/einmal-noch-vollgas-die-renaissance-des-autos/400933343

7 https://www.itf-oecd.org/sites/default/files/respacing-cities-resilience-covid-19.pdf

8 https://nacto.org/wp-content/uploads/2020/09/Streets_for_Pandemic_Response_Recovery_Full_20-09-24.pdf

9 https://www.standaard.be/cnt/dmf20200716_94641957

10 www.berlin.de/sen/uvk/_assets/verkehr/verkehrsplanung/radverkehr/regelplaene_radverkehrsanlagen.pdf

11 www.forbes.com/sites/carltonreid/2020/04/22/paris-to-create-650-kilometers-of-pop-up-corona-cycleways-for-post-lockdown-travel/#14f0f46854d4

12 Provisional COVID-19 infrastructure induces large, rapid increases in cycling. Proceedings of the National Academy of Sciences Apr 2021, 118 (15) e2024399118; DOI: 10.1073/pnas.2024399118.

13 www.driea.ile-de-france.developpement-durable.gouvfr/IMG/pdf/po_3185_pj_rapport_bilan_pistes_cyclables_provisoires_v2bis.pdf

14 https://blog.fvv.tuwien.ac.at/2021/04/wiener-pop-up-radwege-waren-ein-erfolg/



Städtische Finanzen in der Krise?

Seit Beginn der Pandemie mussten Städte flexibel auf die veränderten Rahmenbedingungen reagieren. Das KDZ hat im 2. Quartal 2021 mehrere Städte befragt, wie sich deren Einnahmen- und Ausgabensituation und deren Investitionen und Verschuldung 2020 verändert haben und welche Perspektive sich daraus für 2021 ergibt.

Karoline Mitterer, Nikola Hochholdinger, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

Im April und Mai dieses Jahres hat das KDZ im Auftrag des Österreichischen Städtebundes eine Abfrage ausgewählter Kenngrößen der Gemeindehaushalte für die Jahre 2020 und 2021 bei den Mitgliedern der Finanzkommission durchgeführt. Dies ermöglicht einen ersten Einblick in die Auswirkungen der Coronakrise auf die städtischen Finanzen auf Basis von insgesamt 19 teilnehmenden Städten.

Einerseits eröffnet diese Abfrage die Möglichkeit, Aussagen zu den tatsächlichen Auswirkungen der Coronakrise auf die städtischen Finanzen im Jahr 2020 zu treffen, da bereits die Rechnungsabschlüsse 2020 vorliegen. Andererseits kam es durch das zweite Gemeindepaket im Jänner 2021 zu einer Stärkung der Liquidität der Städte, weshalb die Voranschläge 2021 überarbeitet werden mussten. Dementsprechend wurde hier die Gelegenheit genutzt, die aktuellen Planwerte 2021 abzufragen, welche das zweite Gemeindepaket bereits beinhalten.

Negative Salden vermieden

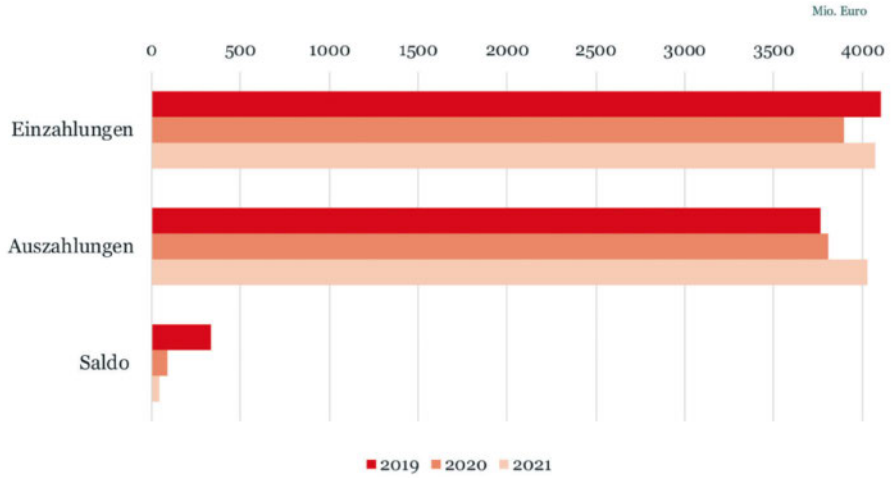
Von 2019 auf 2020 sind die Einnahmen in den teilnehmenden 19 Städten durchschnittlich um 5,8 Prozent zurückgegangen. In drei Städten lagen die Einbußen 2020 bei über 10 Prozent, bei sieben Städten zwischen 5 und 10 Prozent. In drei Städten gab es sogar Zuwächse. Erfreulich ist, dass die Kommunalsteuer mit durchschnittlich -5,8 Prozent weniger stark eingebrochen ist als befürchtet.

Für 2021 wird dank des 2. Gemeindepaketes gegenüber 2020 wieder mit einem Anstieg der Einzahlungen gerechnet. Die meisten Städte gehen von Steigerungsraten von bis zu 5 Prozent aus. Insgesamt ergibt sich, dass nur in 6 der 19 Städte die Einzahlungen 2021 die Werte aus 2019 übersteigen dürften. Im Durchschnitt wird 2021 von einem um

© Foto: Getty Images

3,6 Prozent niedrigeren Wert als 2019 ausgegangen.
Demgegenüber zeigt sich bei den Auszahlungen der operativen Gebarung der teilnehmenden Städte eine vergleichsweise stabile Entwicklung. In 8 der 19 Städte stiegen die Auszahlungen 2020 gegenüber 2019 an (zwischen 0,4 und 10,4 Prozent). In den restlichen 11 Städten kam es hingegen zu einem Rückgang bei den Auszahlungen (zwischen 0,2 und 9,7 Prozent). Für 2021 gehen aber fast alle Städte wieder von Steigerungen im Bereich der Auszahlungen aus.
Insgesamt zeigt sich eine deutliche Reduktion der finanziellen Spielräume (Saldo) in der laufenden/operativen Gebarung. Diese reduzierte sich in den teilnehmenden Städten insgesamt von 2019 auf 2020 um rund drei Viertel. Für 2021 wird aufgrund der erwarteten Ausgabensteigerungen eine weitere Reduktion trotz zweitem Gemeindepaket erwartet. 2020 mussten vier Städte mit einem negativen Saldo der operativen Gebarung abschließen, 2021 rechnen fünf Städte mit einem negativen Ergebnis.

Entwicklung der laufenden/operativen Gebarung von 19 teilnehmenden Städten, 2019–2021



Investitionen verstärken oder zurückfahren?

Ein zentraler Indikator zur finanziellen Gesundheit von Städten ist auch die Frage, inwieweit pandemiebedingt Investitionen zurückgefahren wurden oder ob an den bisherigen Investitionsplänen festgehalten wurde. Hier zeigt sich in den befragten Städten ein heterogenes Bild. In nur 7 der 19 Städte kam es zu einem Anstieg der Investitionen. In einzelnen sehr großen Städten wurden bereits seit Langem vorbereitete Investitionsvorhaben (etwa im öffentlichen Verkehr) wie geplant umgesetzt. In den weiteren Städten wurden 2020 hingegen die Investitionen um 3 bis 40 Prozent zurückgefahren.
Vergleicht man das Jahr 2021 mit dem Jahr 2019, zeigt sich durchwegs ein deutlicher Anstieg der geplanten Investitionstätigkeit. Nur eine einzige Stadt geht 2021 von niedrigeren Investitionen als 2019 aus, eine weitere Stadt liegt nahe null. Diese Ergebnisse lassen hoffen, bestehen doch vor allem in den Städten sehr hohe Investitionsbedarfe, etwa in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Bildung und Klimaschutz. Positive Wirkung dürfte hierbei das kommunale Investitionsprogramm (KIP 2020) zeigen, welches den Städten eine Ko-Finanzierungsrate von zumindest 50 Prozent garantiert. Traditionell werden Städte bei der Vergabe der Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel benachteiligt. So standen den Investitionen 2019 nur 17 Prozent an Finanzierungszuschüssen durch gegenüber. 2021 sollte sich dieser Anteil auf 24 Prozent deutlich erhöhen.

Städte auf stabile Beine stellen

Bei einer näheren Betrachtung der einzelnen Städte zeigt sich, dass diese sehr unterschiedlich mit der Pandemie umgehen. Differierende Ausgangsbedingungen (Bundesland, Verflechtungen, Leistungsangebote) oder verschiedene Bedarfe bei Investitionen in die Zukunft (etwa öffentlicher Verkehr, Bildung) erfordern auch ein individuelles Reagieren und Handeln. Während manche Städte jetzt investieren – etwa, weil komplexe Investitionen seit Langem vorbereitet sind oder weil infolge des Bevölkerungswachstums hohe Bedarfe bestehen –, steigen andere Städte auf die Bremse.
Die bereits vor der Pandemie zunehmend enger werdenden finanziellen Spielräume für Städte kommen nun verstärkt zum Tragen. Es braucht daher geeignete Handlungsspielräume für die Städte. Dies betrifft etwa mehr Flexibilität im Bereich der Verschuldung, aber vor allem auch eine Reduktion der Abhängigkeit der Gemeindefinanzen vom Bund und/oder den Ländern.
Allen voran wäre eine Entflechtung und deutliche Reduktion der Transferbeziehungen zwischen Ländern und Gemeinden vorzunehmen. Auch die Umsetzung der längst fälligen Grundsteuerreform wäre ein wichtiger Beitrag für langfristig stabile und gesunde Gemeindefinanzen. Ein aufgabenorientierter Finanzausgleich könnte die Effizienz im Finanzausgleich heben und dazu beitragen, die längst fällige Verknüpfung von unterschiedlichen Aufgabenbedarfen und Mittelzuteilungen herzustellen. Die Zeit bis zu den nächsten Finanzausgleichsverhandlungen Ende 2023 sollte jedenfalls nicht ungenutzt bleiben, um diese wichtigen Reformvorhaben endlich voranzutreiben.

Aus Krisen lernen

Die Coronakrise hat gezeigt, wie verwundbar die Städte sind. Ohne die Hilfspakete des Bundes 2020 und 2021 wären Leistungs- und Personalkürzungen wohl nicht vermeidbar gewesen, die kommunalen Investitionen wären nachhaltig eingebrochen. Offensichtlich wurden die Folgen der Finanzkrise 2009 noch zu wenig aufgearbeitet, sodass die aktuelle Wirtschaftskrise die Gemeinden erneut unvorbereitet getroffen hat. Für die Zukunft wäre es daher wichtig, nun die Lehren aus den bisherigen Krisen zu ziehen und die Resilienz der Gemeindefinanzen zu erhöhen.

Quelle: KDZ im Auftrag des ÖSTB: Online-Befragung der Mitgliedsgemeinden der Finanzkommission, eigene Berechnungen 2021.
Anmerkung: Abfragezeitpunkt April/Mai 2021.

KDZ-Gemeindefinanz-prognose: sichtbare Erholung, aber ungewisse Zukunft

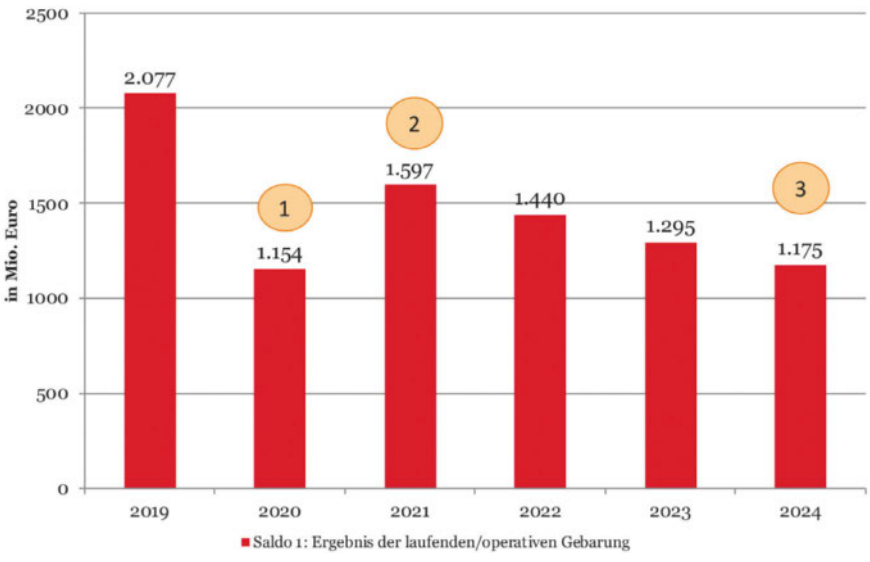
Obwohl es zwei Hilfspakete des Bundes zur Stützung der Gemeindefinanzen gibt, zeigt sich bis 2024 eine kritische Perspektive der Gemeindefinanzen. Daseinsvorsorge und Zukunftsinvestitionen stehen damit erneut vor großen Herausforderungen, wenn nicht entsprechend gegengesteuert wird.

Peter Biwald, Karoline Mitterer, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

Das KDZ hat im Auftrag des Österreichischen Städtebundes eine Prognose zur Entwicklung der Gemeindefinanzen bis zum Jahr 2024 erstellt. Die Hilfspakete des Bundes haben dazu beigetragen, dass die Liquiditätsprobleme für 2021 und teils auch noch 2022 abgewendet werden konnten. Wenn nicht gegengesteuert wird, schmelzen bis zum Jahr 2024 jedoch die finanziellen Spielräume und erreichen erneut ein kritisches Niveau.

Eine wesentliche Ursache für diese Entwicklung liegt an der Form der Bundeszuschüsse: Von insgesamt 1,5 Mrd. Euro an zusätzlichen Mitteln für die Gemeinden müssen die Gemeinden in den nächsten Jahren wieder 1 Mrd. Euro zurückzahlen. Der Vorteil des Modells ist, dass für das Jahr 2021 massive Liquiditätsprobleme für Städte und Gemeinden behoben sind. In den Folgejahren können die vereinbarten Steigerungen der Ertragsanteile jedoch nicht mit den Ausgaben mithalten. So werden die Ertragsanteile der Gemeinden von 2019 auf 2024 um nur insgesamt 7 Prozent steigen (durchschn. 1,1 % p. a.), was deutlich unter der prognostizierten Inflationsentwicklung (1,7 %–1,8 %) oder der Umlagenentwicklung (4,3 % p. a.) liegt.

Abbildung 1: Überschuss der laufenden/operativen Gebarung in Mio. Euro, 2019–2024

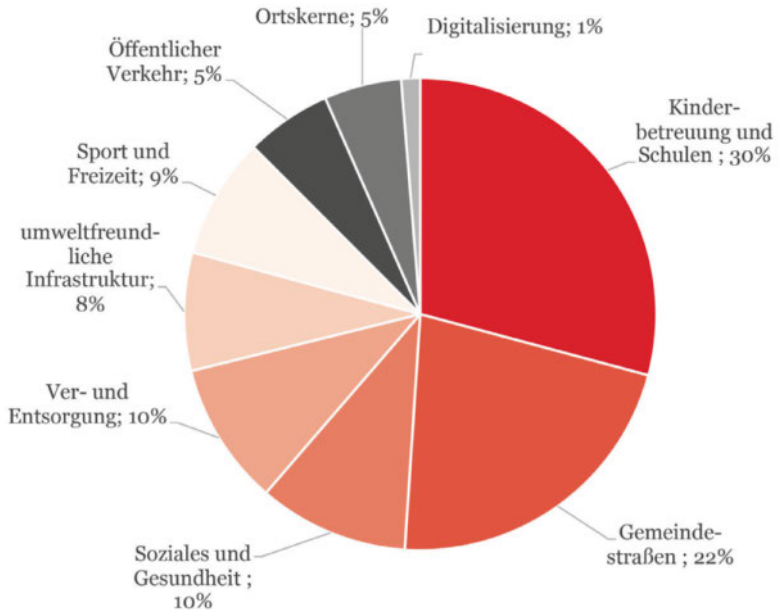


Quelle: KDZ; eigene Berechnungen, Gemeindefinanzprognose – Stand Juni 2021

Die KDZ-Prognose[1] geht davon aus, dass die laufenden Einnahmen bis 2024 weniger stark steigen als die laufenden Ausgaben, womit der Überschuss der operativen Gebarung bei 1,2 bis 1,6 Mrd. Euro liegen wird. Damit stehen jährlich um 25 bis 40 Prozent weniger Mittel für Investitionen bis 2024 zur Verfügung (z. B. in den öffentlichen Nahverkehr, in Bildung oder soziale Einrichtungen). In Folge steigt bis 2024 erneut das Risiko einer steigenden Anzahl an Abgangsgemeinden sowie eines Investitionsrückstaus.

Abbildung 1 zeigt die erwartete Entwicklung des Überschusses aus der laufenden/operativen Gebarung bis zum Jahr 2024. Im Jahr 2020 (1) ist von einem

Abbildung 2: Ausbezahlte Zuschüsse aus dem KIP nach Aufgaben



Rückgang von 2,1 auf 1,2 Mrd. Euro zu rechnen. Dies entspricht einer Reduktion des Spielraums für Investitionen um 45 Prozent. 2021 (2) ist eine kurzfristige Verbesserung aufgrund des 2. Gemeinde-Hilfspaketes des Bundes zu erwarten. In den folgenden Jahren sinkt der Spielraum jedoch wieder ab und liegt gemäß Prognose 2024 (3) wieder auf einem ähnlichen Niveau wie 2020.

2020 ohne Leistungskürzungen

Auch wenn die Daten der Rechnungsabschlüsse 2020 der Gemeinden noch nicht vollständig vorliegen, hat das KDZ bereits Einblick in eine hohe Anzahl an Rechnungsabschlüssen über die Transparenzplattform www.offenerhaushalt.at. Diese Zahlen zeigen, dass der starke Einbruch bei den Ertragsanteilen von rund 9 Prozent verkraftet werden musste. Hohe Einnahmenrückgänge zeigen sich auch bei der Kommunalsteuer und weiteren gemeindeeigenen Abgaben. Zusätzlich kam es in einzelnen Bundesländern bereits zu deutlichen Steigerungen im Umlagenbereich.

Die so entstandenen Mindereinnahmen konnten durch gestiegene laufende Transferzahlungen der Länder zum Haushaltsausgleich nur teilweise ausgeglichen werden. Vonseiten des Bundes gab es für 2020 noch kein Hilfspaket für den laufenden Bereich. Insgesamt dürfte sich der Überschuss aus der laufenden/operativen Gebarung im Jahr 2020 um 45 Prozent verringert haben. Dies führt zu einem Anstieg an Abgangsgemeinden und schmälert die Finanzierungsspielräume für Investitionen. Finale Daten werden voraussichtlich erst Ende 2021 vorliegen.

Zwei Gemeindepakete

Seit Beginn der Pandemie wurden zwei Gemeindepakete geschnürt: Mitte 2020 wurde das kommunale Investitionspaket mit 1 Mrd. Euro primär für 2020/21 fixiert, mit Jänner 2021 folgte ein zweites Gemeindepaket auf Bundesebene in Höhe von 1,5 Mrd. Euro für das Jahr 2021.

Beim kommunalen Investitionsprogramm werden vom Bund Mittel mit einer 50-prozentigen Förderquote zur Verfügung gestellt. Die verbleibenden 50 Prozent sind teils durch Länder- oder EU-Mittel, teils durch Eigenmittel der Gemeinden zu decken.

Das zweite Gemeindepaket besteht zum einen aus 500 Mio. Euro zusätzlichen Hilfen 2021 (400 Mio. Euro Aufstockung der Ertragsanteile, 100 Mio. Euro Strukturfonds). Zum anderen enthält es eine Milliarde an Vorschüssen auf künftige Ertragsanteile. Die Vorschüsse müssen allerdings voraussichtlich ab 2023 wieder zurückgezahlt werden.

Fokus auf kommunale Investitionen

Nach wie vor sehr genau zu beobachten ist die Entwicklung der kommunalen Investitionen. Bei jenen Gemeinden, zu welchen dem KDZ Informationen vorliegen, sank das Investitionsvolumen 2020 um rund 10 Prozent. Dennoch hat das Kommunale Investitionsprogramm eine stabilisierende Wirkung gezeigt, ein Einbruch der kommunalen Investitionen konnte jedoch nicht zur Gänze verhindert werden.

Mit Stand Juni 2021 waren erst 740 Mio. Euro von den insgesamt 1 Mrd. Euro ausgeschöpft. Ein möglicher Grund könnte darin liegen, dass die Baubranche derzeit überhitzt ist und keine Aufträge annehmen kann bzw. dass Projekte deutlich überteuert durchgeführt werden müssten. Andere Gründe müssten noch näher betrachtet werden.

30 Prozent der Mittel (Abbildung 2) sind bisher in den Bereich Kinderbetreuung und Schulen geflossen, 22 Prozent der Mittel wurden für Gemeindestraßen aufgewendet. Die restliche Hälfte der Mittel floss primär in den Bereich Soziales und Gesundheit, die Ver- und Entsorgung, umweltfreundliche Infrastruktur sowie in den Bereich Sport und Freizeit.

In Summe weiterhin kritische Perspektive

Insgesamt kommt es 2021 dank der beiden Hilfspakete des Bundes und der Unterstützungsmaßnahmen der Länder zu einer Stabilisierung der Gemeindefinanzen. Mittelfristig sinken die finanziellen Spielräume wieder und könnten bis 2024 erneut ein kritisches Niveau erreichen.

Welche weiteren Schritte nun sinnvoll bzw. notwendig wären, um die Gemeindefinanzen mittelfristig zu stabilisieren, kann in der nächsten Ausgabe (9/21) nachgelesen werden.

1 Berücksichtigt sind bisherige Bundes- und Ländermaßnahmen (Konjunkturstärkungsgesetz, Kommunales Investitionsprogramm, 2. Gemeindepaket). Die Prognosewerte basieren weitgehend auf Prognosen von WIFO und Fiskalrat sowie auf einer Länderauskunft im Bereich der Umlagenentwicklung. Das Jahr 2020 basiert auf KDZ-Erhebungen und Daten gemäß www.offenerhaushalt.at.

Quelle: KDZ; eigene Darstellung, auf Basis: BMF: Presseinformation vom 14. Juli 2021; Werte sind Stand Juni 2021.



Die resiliente Stadt

Die Coronakrise hat einmal mehr die Vulnerabilität und die zentrale Bedeutung funktionsfähiger kommunaler Systeme vor Augen geführt. Wie können sich Städte und Gemeinden für zukünftige Krisen erfolgreich wappnen?

Nikola Hochholdinger, Alexandra Schantl, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

Die Widerstandsfähigkeit der österreichischen Städte und Gemeinden ist zunehmend ins Zentrum des politischen und gesellschaftlichen Diskurses gerückt. Welche Eigenschaften zeichnen eine resiliente Stadt, eine resiliente Gemeinde aus? Welche Ansätze gibt es, um die kommunale Resilienz zu stärken?

Robust und anpassungsfähig

Resilienz beschreibt im Allgemeinen die Widerstandskraft, d. h. die Stärke, mit Krisensituationen fertig zu werden. Der Begriff stammt ursprünglich aus der Physik bzw. der Werkstoffkunde und beschreibt die Beschaffenheit von bestimmten Elementen, die auch nach extremen Außeneinwirkungen in ihre Ausgangsform zurückspringen.[1]

Resiliente Städte und Gemeinden verfügen über die Fähigkeit, schockartige Ereignisse zu bewältigen, sich rasch wieder zu erholen und sich möglichst gut auf künftige Krisensituationen vorzubereiten.

Kernkompetenzen von Resilienz sind die Robustheit und die Anpassungsfähigkeit. Die Robustheit der kommunalen Strukturen[2] wird gefördert durch hohe Diversität (z. B. Vielfalt an verschiedenen Wirtschaftsbranchen), Redundanz (z. B. Back-up-Systeme, die den Ausfall einer Anlage kompensieren können), Multifunktionalität und Erholungsfähigkeit.[3] Die Anpassungsfähigkeit wird neben der Reaktionsfähigkeit auch wesentlich durch die Innovationskompetenz und die Umsetzungskompetenz der Gemeinde bestimmt. Prämisse dabei ist der Ausgleich und die Abminderung von negativen Effekten auf die Bevölkerung und die kommunalen Systeme.

Bedrohungen kennen

Um die städtischen Systeme widerstandsfähiger zu gestalten, ist zunächst eine grundlegende Kenntnis über die potenziellen aktuellen und künftigen Bedro-

Konzept der Resilienz für den Stresstest Stadt



© Foto: Getty Images
Grafik: Deutsches Bundesamt für Bauwesen, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR): Stresstest Stadt – wie resilient sind unsere Städte? Unsicherheiten der Stadtentwicklung identifizieren, analysieren und bewerten. Bonn 2018.

Der Zyklus im Resilienzmanagement



Quelle: empirica/gaiac/Universität Bonn verändert nach Jakubowski (2013) zitiert nach Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2018) Stresstest Stadt – wie resilient sind unsere Städte?, Bonn, 2018, S. 14.

hungen erforderlich. Das Konzept der Resilienz basiert auf unterschiedlichen exogenen Bedrohungen und unerwartet auftretenden Ereignissen, die das Funktionieren des städtischen Systems gefährden.[4] Diese störenden Ereignisse können plötzlich als shocks[5] auftreten oder als sich sukzessive entwickelnde Bedrohungen – sogenannte stresses[6] –, welche die Leistungsfähigkeit des Stadtsystems untergraben. Im globalen Risikobericht[7] werden insbesondere Bedrohungsszenarien im Zusammenhang mit dem Klimawandel[8] und Umweltschäden[9] sowie im Bereich der technischen Infrastrukturen[10] als besonders wahrscheinlich und folgenschwer eingestuft. Der „Stresstest Stadt" – ein vom deutschen Bundesamt für Bauwesen entwickeltes Testinstrument für die Stadtentwicklung – definiert neben dem Klimawandel, den demografischen Wandel inklusive Migration, die Digitalisierung, Konjunktureinbrüche, Branchenwandel und die gesellschaftliche Polarisierung als wahrscheinliche Bedrohungsszenarien.

Kommunale Resilienz

Krisenfeste Gemeinden und Städte sind adaptiv, robust, redundant, flexibel, innovativ und inklusiv.[11] Kommunale Resilienz ist folglich eine multidimensionale Aufgabe, die einen ganzheitlichen, ebenen- und fachbereichsübergreifenden Ansatz erfordert. Das Resilienzmanagement umfasst konsequenterweise neben der Governance auch weitere Disziplinen (z. B. Infrastruktur und Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft etc.), um die technische, ökonomische, ökologische und soziale Resilienz zu gewährleisten. Ausgangspunkt dafür bildet die Resilienzstrategie, die speziell auch die verschiedenen Krisenphasen und unterschiedlichen Gesellschafts- und Akteursebenen adressieren sollte.[12]

Auf internationaler Ebene unterstützen insbesondere die seit 2013 bestehende „100 Resilient Cities"-Netzwerkinitiative[13] und die OECD[14] mit eigenen Programmen, Modellen und Tools die Städte bei der Erstellung von Resilienz-Strategien, der Bestellung von Resilienz-Beauftragten und der Umsetzung von Projekten.

Städte und Gemeinden als lokale Verwaltungsbehörde vor Ort stehen auch im Krisen- und Katastrophenfall an vorderster Front. Als Krisenmanager müssen sie schnell auf das Ereignis reagieren, mit adäquaten Maßnahmen die negativen Auswirkungen abmindern, die Bevölkerung schützen und das Funktionieren der (Versorgungs-)Systeme gewährleisten. Im Wesentlichen umfassen die kommunalen Aufgaben im akuten Krisenfall

- das Krisenmanagement, Koordination und Planung,
- Sofort-Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und Nachsorge – Aufbau von Hilfssystemen und Sicherstellung der zentralen Infrastrukturen (Ver- und Entsorgung, Verkehr, Kommunikation) sowie
- die nachhaltige Gewährleistung der Daseinsvorsorge.

Voraussetzung für die Bewältigung jeder Krise ist somit die Handlungsfähigkeit der lokalen Verwaltung (Stichwort: organisationale Resilienz). Um diese zu gewährleisten, bedarf es vorausschauender Krisenprävention. Gemäß dem Resilienz-Zyklus (reagieren – regenerieren – vorbereiten, vorsorgen und schützen) sollte dafür die Widerstandsfähigkeit der eigenen Stadt analysiert und bewertet werden und in Folge die Anpassungsfähigkeit und Robustheit (z. B. Notfallstrukturen, Schutzmaßnahmen, Ausgleichsmechanismen etc.) erhöht werden.

Weitere Informationen zur resilienten Stadt finden Sie im KDZ-Forschungspapier „Die resiliente Stadt – State of the art" unter www.kdz.eu/de/wissen/studien/die-resiliente-stadt-state-art.

1 www.resilienz-akademie.com/resilienz/#Resilienz_Definition_in_der_VUCA-Welt

2 Baulichen, institutionelle und sozioökonomische Strukturen

3 Deutsches Bundesamt für Bauwesen, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR): Stresstest Stadt – wie resilient sind unsere Städte? Unsicherheiten der Stadtentwicklung identifizieren, analysieren und bewerten. Bonn 2018.

4 Vgl. urban_innovation_vienna: Resilient Cities 2018, Studie im Auftrag der Stadt Wien MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung, Wien 2018.

5 Z. B. Epidemien, Flut, Wind, Landrutsch, Trockenheit, Erdbeben, plötzliche Konflikte oder starke ökonomische Volatilität, Blackout etc.

6 Z. B. Mangel an Ressourcen, demografische Veränderungen, Klimawandel, Digitalisierung, politische Instabilität etc.

7 World Economic Forum: The Global Risks Report 2020, 15th Edition, 2020.

8 Z. B. Extremwetterereignisse, Hitzewellen etc.

9 Z. B. Umweltkatastrophen, Abnahme der Biodiversität etc.

10 Z. B. Cyberattacken, Blackouts etc.

11 OECD: Better Policies for better Lives: Resilient cities; https://www.oecd.org/regional/resilient-cities.htm

12 Vgl. Bertelsmann Stiftung (2017) Ökonomische Resilienz, Schlüsselbegriff für ein neues wirtschaftspolitisches Leitbild?, S. 14

13 https://resilientcitiesnetwork.org

14 www.oecd.org/cfe/regionaldevelopment/resilient-cities.htm

13 Millionen für Lehrlinge

Über 4.000 junge WienerInnen sind auf der Suche nach einer Lehrstelle. Das ist in Zeiten der Corona-Krise eine besondere Herausforderung. Daher hat die Stadt im vergangenen Jahr ein eigenes Corona-Ausbildungspaket in der Höhe von 17 Millionen Euro geschnürt. Heuer nimmt die Stadt weitere 13 Millionen Euro dafür in die Hand. Ziel ist es, jungen Menschen eine gute Ausbildung und somit Jobchancen zu ermöglichen. Außerdem hilft die Stadt damit den Wiener Unternehmen, ihre Fachkräfte auch für die Zukunft zu sichern.

Das durch Lockdowns erzwungene Distance Learning hat bei vielen zu teils einschneidenden Lerndefiziten geführt. Diese sollen durch zusätzliche und kostenlose Lernangebote ausgeglichen werden. Dafür gibt es ein neues Förderangebot, das über die Lehrlingsstellen der Wirtschaftskammer abgewickelt wird. Lehrlinge können pro Jahr bis zu drei Kurse besuchen, um ihre Kompetenzen zu erweitern. Sie erhalten Kosten bis zu 500 Euro ersetzt. Die Stadt erweitert über den Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds dieses Angebot: Die Fördersumme wird auf 1.000 Euro verdoppelt. Außerdem gibt es bis zu 3.000 Euro Lehrausbildungsbonus für von der Pandemie besonders negativ betroffene Branchen wie die Tourismus- und Freizeitwirtschaft. Wird ein neuer Lehrling aufgenommen, übernimmt die Stadt über die bestehende Bundesförderung hinaus die gesamten Kosten für das Lehrlingseinkommen im 1. Lehrjahr. Das soll Unternehmen motivieren, auch in der Krise wieder neue Lehrlinge aufzunehmen.

Infos
wirtschaft.wien.gv.at



Die Stadt Wien tut alles, damit junge Menschen eine gute Ausbildung für ihre berufliche Zukunft erhalten.

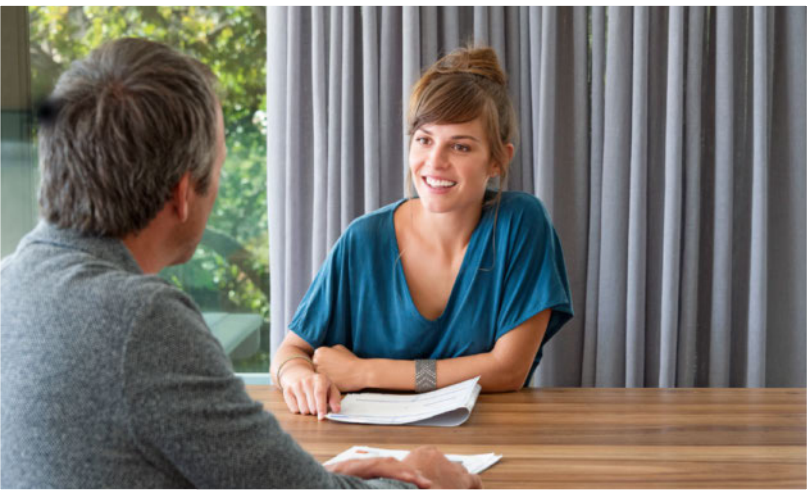
© Getty Images (3), Shutterstock



Eigenes Ausbildungszentrum

Wien errichtet bis 2028 ein modernes Berufsschulzentrum in der Seestadt. Sieben Berufsschulen, darunter die Branchen Handel und Baugewerbe, werden vereint. Rund 7.500 SchülerInnen, 300 PädagogInnen und 50 andere Beschäftigte werden in die neue Schule einziehen. Am Standort haben die Berufsschulen die Chance, sich zu vernetzen und Kooperationen einzugehen. Manche Fächer können so spartenübergreifend unterrichtet werden. Das erleichtert die Zusammenarbeit.

Infos
bildung.wien.gv.at



Sprechtage für KMUs

In vier Magistratischen Bezirksämtern finden monatlich Termine für Projektsprechtage statt. Dabei können sich Klein- und Mittelbetriebe zu konkreten Projekten zur Errichtung oder Veränderung von Betriebsanlagen von Fachleuten beraten lassen.
Als AnsprechpartnerInnen stehen JuristInnen des Bezirksamtes, MitarbeiterInnen der Abteilung Gewerbetechnik, Feuerpolizei und Veranstaltungen (MA 36), der Wirtschaftskammer, des Arbeitsinspektorates und der Wirtschaftsagentur Wien Rede und Antwort. Eine telefonische Anmeldung beim für Bezirk zuständigen Bezirksamt ist notwendig.

Infos
wien.gv.at/mba/projekt.html



Aktuelle Corona-Infos für Wien

Die Stadt unternimmt alles, um die Bevölkerung weiter vor COVID-19 zu schützen. Gegen die Verbreitung der wesentlich ansteckenderen Delta-Variante des Corona-Virus helfen nur das Testen, die Impfung und konsequentes Contact Tracing. Der beste Weg, um eine weitere Corona-Welle im Herbst auszuschließen, ist, weiterhin auf Sicherheit zu setzen.
Solange nicht ausreichend Personen vollständig geimpft sind, müssen möglichst viele Infektionsketten durchbrochen werden. Daher setzt die Stadt im Kampf gegen die Ausbreitung des COVID-Virus auf PCR-Tests. Damit lassen sich auch asymptomatisch Infizierte finden. Wien stellt dafür in der ganzen Stadt verteilt zahlreiche Teststraßen bereit. Noch bequemer ist das kostenlose Gurgeltest-Angebot. Das sind PCR-Tests für zu Hause und in nur wenigen Minuten erledigbar. Das Ergebnis des Tests gibt es innerhalb von rund 24 Stunden. Mit einem negativen Ergebnis erhält man derzeit etwa Zutritt zu Musikevents, Theater, Freibad oder Gastronomie.
Die Webseite „Infos zum Coronavirus" enthält gesicherte Fakten zu den wichtigsten Corona-Fragen. Wie schütze ich mich am besten? Wo kann ich mich gratis testen lassen? Wie komme ich schnell und unkompliziert zur Schutzimpfung? Brauche ich dafür eine Anmeldung? wien.gv.at/coronavirus informiert stets aktuell zur Situation in Wien und außerdem zu Regelungen, Hilfsangeboten und Hotline-Nummern. Jetzt gleich nutzen!

Infos
wien.gv.at/coronavirus, allesgurgelt.at



Jetzt impfen!

Für alle WienerInnen ist die Corona-Schutzimpfung freiwillig und auch kostenlos. Für einen vollständigen Schutz vor dem Virus sind derzeit zwei Teilimpfungen notwendig. (Nur bei Johnson & Johnson reicht ein Stich.) Die Schutzimpfung ist einfach und geht schnell. Dafür kann man sich online und per Telefon anmelden. Über den Impftermin wird man elektronisch oder telefonisch verständigt. Wien bietet aber auch ein Impfangebot ganz ohne Terminvereinbarung. Zum Beispiel in Impfboxen, im Impfboot an der Alten Donau und ab August im Stephansdom und Stadionbad.

Infos
Telefon 1450, impfservice.wien

Schritte zu einer fairen Arbeitswelt

Wie Städte und Gemeinden wichtige Pioniere bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen sind. Und warum dabei wirklich alle gewinnen, zeigt das Projekt Step by Step II in der Steiermark.

Friedrich Ruhm, Essl Foundation

Carina Wiedner möchte selbst Geld verdienen, sich eine Wohnung leisten können und sie arbeitet am liebsten mit Kindern. Keine außergewöhnlichen Wünsche für eine 24-Jährige. Trotzdem war Carina der Weg dazu verwehrt. Aufgrund ihrer Behinderung ist sie nur „teilarbeitsfähig", und das bedeutet im Regelfall Taschengeld statt Gehalt und Sozialhilfe statt Anstellung.



Über Step By Step II kam Carina Wiedner zu ihrem Traumberuf und arbeitet im Pfarrkindergarten in Fernitz bei Graz.

Das Projekt Step by Step II zeigt, dass es auch anders geht und wie Menschen mit Behinderungen erfolgreich am ersten Arbeitsmarkt integriert werden können.

Pionierarbeit in Graz

Realisiert wurde Step by Step II im Auftrag des Landes Steiermark, des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort und der Stadt Graz. Die Umsetzung übernahm die Lebenshilfe.

Dem Projekt vorangegangen war Step by Step, ein Projekt, das von 2005 bis 2007 im Rahmen des EU-Programms EQUAL 2 erfolgte und ebenfalls zum Ziel hatte, Menschen mit Behinderungen schrittweise zu einer sozialversicherungsrechtlichen Anstellung am allgemeinen Arbeitsmarkt zu führen. Die Stadt Graz als Projektpartner stellte dazu vier Arbeitsplätze zur Verfügung. Aufgrund der positiven Erfahrungen wurden alle vier Projektteilnehmenden 2007 in den regulären Betrieb übernommen und sind bis heute im Haus Graz beschäftigt. „Damals war das Projekt bahnbrechend. Daher freut es mich, dass auch die Neuauflage in Graz ein voller Erfolg ist", berichtet der Grazer Sozialstadtrat Kurt Hohensinner.

Zu dieser Neuauflage kam es 2017 mit Step by Step II und mit 13 teilnehmenden Personen. Die Stadt Graz stellte fünf Projektarbeitsplätze im Haus Graz zur Verfügung, einen die Gemeinde Köflach und für die restlichen konnten private Unternehmen gewonnen werden. „Ich glaube, die Vorreiterrolle der Stadt Graz durch das erste Projekt war hier sehr wichtig. Dadurch gab es Erfahrungswerte, und das Projekt war bereits erprobt", so Hohensinner, der ausgebildeter Behindertenpädagoge ist.

Was es braucht und was nicht

Voraussetzung für die teilnehmenden Personen ist ein gültiger Bescheid zur „Teilhabe an der Beschäftigung in der Arbeitswelt" (TaB). Das Matching mit den angebotenen Jobs erfolgt auf Basis eines Fähigkeitsprofils der Kandidat:innen.

Die Teilnehmer:innen von Step by Step II sind bei der Lebenshilfe angestellt, die Entlohnungsbasis beträgt 1.500 Euro brutto monatlich bei Vollzeitanstellung.

Die Lebenshilfe begleitet das Projekt zudem durch Betreuer:innen, die sowohl die Arbeitnehmer:innen mit Behinderungen als auch die Arbeitgebenden unterstützen.

Die Betriebe zahlen für die Mitarbeit bei einer Anstellung von 50 Prozent einen Beitrag von 300 Euro monatlich und stellen eine/-n innerbetriebliche/-n Mentor:in zur Verfügung. Diese haben eine zentrale Funktion, wie Manuela Jessner, Leiterin von Step by Step II bei der Lebenshilfe, erklärt: „Es ist wichtig, über das klassische Jobcoaching hinaus in den Betrieben Ansprechpartner zu haben, die als Brückenbauer zwischen Projektteilnehmenden und Belegschaft fungieren." Was solche Menschen mitbringen sollten, sind für sie „Herzblut, ein gutes Gespür für Menschen und im Idealfall ein gutes Standing bei den Kolleg:innen."

© Foto: Lebenshilfe Soziale Dienste



V. l.: Sozialstadtrat Kurt Hohensinner mit Donat Schöffmann (Lebenshilfe), Sozial-landesrätin Doris Kampus, Rudolf Rux (Lebenshilfe), Peter Zöhrer (Projektteilneh-mer), Elisabeth Rainer (Lebenshilfe) bei der Präsentation von Step by Step II

Was jedenfalls nicht gebraucht wird, ist Angst. Jessner: „Viele Firmen schrecken vor einer Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen zurück, weil sie nicht wissen, ob und wie man über eine Behinderung redet." Am besten „ganz normal". Das bestätigt auch Carina, die es bevorzugt, wenn Kolleg:innen und Chefs Dinge offen und direkt ansprechen.
Und auch davor, dass Menschen mit Behinderungen unkündbar wären, brauche sich keiner zu fürchten, ergänzt Jessner: „Das ist ein Gerücht, das sich leider hartnäckig hält." Ihre Einladung an interessierte Betriebe: „Die niedrigschwelligsten Angebote, sich dem Thema zu nähern, sind unverbindliche Infogespräche. Darüber hinaus hat sich der Erfahrungsaustausch mit Betrieben, in denen berufliche Inklusion bereits gelebt wird, bewährt."

Win-win für Mensch und Gemeinde

Dass eine Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen den Betrieben Vorteile bringt, spricht sich zunehmend herum. Nicht nur werden Diversität und Kreativität gefördert, auch das Betriebsklima und die Motivation aller Beschäftigten verbessern sich nachhaltig, wie immer mehr Firmen berichten – unter anderem im Rahmen der von der Essl Foundation regelmäßig und österreichweit organisierten Zero Project Unternehmensdialoge.
Auch Jessner kann bestätigen, dass Menschen mit Behinderungen in der Regel besonders engagierte Mitarbeiter:innen sind: „Sehr viele waren zeitlebens damit konfrontiert, was nicht geht. Daher habe ich die Erfahrung gemacht, dass insbesondere Menschen mit Behinderungen der Arbeit einen enormen Wert beimessen."
Umso wichtiger sind Gemeinden und öffentliche Einrichtungen, die als Vorreiter gleich mehrfach Verantwortung nehmen – für die Gemeinschaft und für alle ihre Bürger:innen. Hohensinner: „Es braucht solche Projekte, um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und zu zeigen, dass Menschen mit Behinderungen vollwertige Mitglieder in unserer Gesellschaft sind und auch am ersten Arbeitsmarkt Leistungen in ihrem jeweiligen Leistungsspektrum und Stärken erbringen können."
Der Erfolg von Step by Step II gibt ihm recht. Alle fünf im Haus Graz beschäftigten Personen wurden in Regelbeschäftigungsverhältnisse übernommen. Zwei weitere Personen, darunter auch Carina, konnten in der Privatwirtschaft eine Anstellung finden. Jessner: „Erfreulicherweise haben wir die Zusage, dass das Projekt weitergeführt wird."

ARBEITEN LIEBER ALS URLAUB

Carina Wiedner hat ADHS und tut sich „beim Rechnen und mit der Uhr etwas schwer", sagt sie. Nach der Hauptschule absolvierte sie eine Teilqualifizierungslehre im Bereich Hauswirtschaft, danach wurde sie Projektteilnehmerin im Famoos, einem Betrieb der Lebenshilfe, wo Menschen mit und ohne Behinderungen zusammenarbeiten: „Zuerst war ich in der Backstube, dann im Service, was mir mehr Spaß gemacht hat." Noch lieber arbeitet sie mit Kindern und als Angestellte. Warum? „Ich möchte mir selbst was aufbauen, eine eigene Wohnung haben, und das geht nur mit Arbeit", so Carina.

Trotzdem für sie die Aussicht, als Kinderbetreuerin arbeiten zu können, „schwierig bis unmöglich" war, gelang es ihr, über Step by Step II ein Praktikum im Pfarrkindergarten in Fernitz bei Graz zu bekommen. Und sie hat überzeugt. Mittlerweile ist sie als Projektteilnehmerin regulär über die Lebenshilfen Soziale Dienste GmbH angestellt und arbeitet im Kindergarten bei der Verpflegung und in der Betreuung mit. Carina: „Es gibt schon Tage, wo es anstrengend ist und man ziemliche Nerven braucht. Aber wenn ich Urlaub nehmen muss, bin ich ganz unglücklich, weil ich lieber arbeite."

LINKS

graz.at

lebenshilfen-sd.at

zeroproject.org/austria/

© Foto: Stadt Graz/Fischer



Michaela Kauer, Leiterin des Verbindungsbüros, Altbürgermeister und Ehrenpräsident Michael Häupl sowie Ursula Magnes, Musikchefin Radio Klassik

Das kleine Wiener Rathaus in Brüssel

Das Verbindungsbüro der Stadt Wien steht seit einem Vierteljahrhundert für konsequente Interessenvertretung in Richtung EU.

Michaela Kauer, Leiterin des Verbindungsbüros der Stadt Wien zur EU

Das kleine Wiener Rathaus in Brüssel“, so bezeichnete Bürgermeister Michael Ludwig in seinem Grußwort zum 25-Jahre-Jubiläum das Verbindungsbüro der Stadt Wien zur EU und meinte damit mehr als nur das Gebäude in der Avenue de Tervueren 58 in der belgischen Hauptstadt. Damit beschrieb er vielmehr die Tatsache, dass das Haus täglich eng an die Stadt angebunden ist und ein breites Aufgabenspektrum erledigt – denn jedes kommunale Thema, das in Wien wichtig ist, hat auch eine europäische Dimension. Neben der klassischen kommunalpolitischen Interessenvertretung in Richtung der EU-Institutionen ist das Wien-Haus seit vielen Jahren ein Ort kultureller Ereignisse, gesellschaftspolitischer Diskussionen und persönlicher Begegnungen von Menschen mit verschiedenen Hintergründen.

Wie alles begann

Die Einrichtung eines Büros in Brüssel kurz nach dem EU-Beitritt Österreichs war ein wichtiger Schritt, um frühzeitig Kontakte zu knüpfen, Brücken zu bauen und letztlich der Erweiterung des politisch-administrativen Systems um die europäische Dimension, in dem die Stadt Wien agiert, Rechnung zu tragen. Von Anfang an war klar, dass Städte und Regionen stärker in die EU-Politikentwicklung eingebunden werden müssen. In den vergangenen 25 Jahren wurden dazu immer wieder zentrale Entwicklungen in die richtige Richtung gesetzt – etwa durch den Vertrag von Lissabon 2009 mit der Stärkung des Subsidiaritätsprinzips sowie des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Parlaments oder den Pakt von Amsterdam 2016, der die Grundlagen der Städteagenda für die EU legte. Dies waren Erfolge für mehr Mitsprache der Kommunen auf der insti-

© Alle Fotos: Wien-Haus

tutionellen Ebene. Auf der anderen Seite standen in den vergangenen 25 Jahren viele Aktivitäten im Mittelpunkt, die darauf abzielten, urbane Anliegen in die EU-Politikentwicklung einzubringen, sei es beim öffentlichen Personennahverkehr, bei der Wasserversorgung, in Fragen der Regionalpolitik oder in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales.
Die Stadtregierung hatte 1995 also ein klares Ziel vor Augen, wie es der damalige Magistratsdirektor Ernst Theimer formuliert: „Nachdem die Städte in der EU eine eher untergeordnete Rolle spielen, war es unser Wunsch, uns in Brüssel zu etablieren. Das Wien-Haus sollte ein Treffpunkt für politische, aber auch für kulturelle Aktivitäten werden." Die EU mit Wien und Wien mit der EU zu verbinden stand von Anfang an auf der To-do-Liste des Wiener Gemeinderats, wie sich Elisabeth Vitouch, langjährige Vertreterin Wiens im Ausschuss der Regionen, erinnert: „Wir haben die frühere gemeinderätliche Europakommission in einen echten Ausschuss für europäische und internationale Angelegenheiten umgewandelt und den Abgeordneten des Europäischen Parlaments als erstes Bundesland ein Rederecht im Wiener Landtag und Gemeinderat gegeben."
Das war ein logischer Schritt. Lag der Schwerpunkt der Anfangsjahre noch sehr auf der Arbeit mit der Europäischen Kommission, so hat sich dies in der Halbzeit, 2009, deutlich verlagert. Daher haben sich auch die Anforderungen an die „Wiener Botschaft in Brüssel" im Laufe der Jahre gewandelt. Heute leistet das Wien-Haus einen nicht mehr wegzudenkenden Beitrag zur raschen und starken Positionierung der Wiener Interessen in allen Phasen des EU-Entscheidungsprozesses. Die Taktzahl hat sich im Vergleich zu 1996 ganz klar erhöht; Informationen frühzeitig zu erhalten oder einzuspielen, und zwar exakt dann, wenn es im „policy cycle" der EU passt, ist das tägliche Brot der Mitarbeiter:innen, von denen vier aus der Stadt und je eine Vertreterin aus Wirtschaftsagentur Wien und den Wiener Stadtwerken kommen. Sie decken eine breite Themenpalette ab – das funktioniert nur, weil sie gut ins Räderwerk der Stadt eingebunden sind.



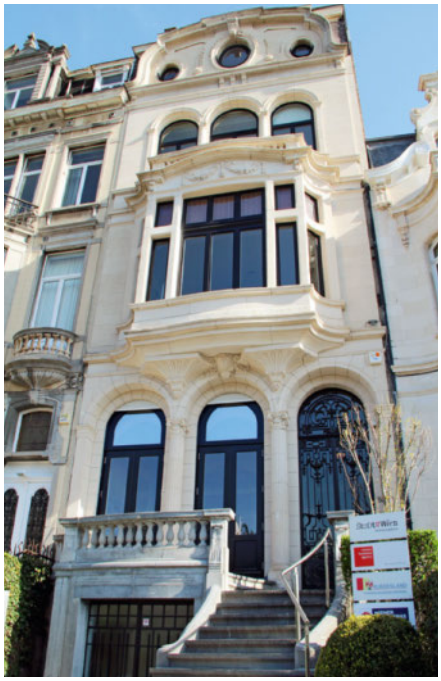
Michaela Kauer, Renate Brauner, MD Erich Hechtner, Martina Schmied und Wolfgang Zerobin

Breites Aufgabenspektrum

Bei allen Themen hat das Verbindungsbüro die Stadt als ehrlichen Makler für eine urbane Politik, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt, positioniert. Das gilt in Richtung der EU-Institutionen genauso wie im dichten Netzwerk der in Brüssel vertretenen Städte und Regionen. Hier besteht eine besonders enge Kooperationsachse mit den Verbindungsbüros der anderen österreichischen Bundesländer und den Vertreterinnen des Städte- und Gemeindebunds, aber auch mit Städte- und Regionalbüros aus verschiedenen EU-Mitgliedstaaten. Diese enge Vernetzung erlaubt es, eben eine der Hauptaufgaben des Hauses – die rasche und gezielte Informationsbeschaffung – effizient zu erledigen. Sie ermöglicht aber auch, ebenso zügig und punktgenau die eigenen Anliegen und Positionen ins EU-Institutionengefüge einzuspielen. Vom Wien-Haus aus wird die Mitwirkung der Stadt im Europäischen Ausschuss der Regionen sowie im Netzwerk der großen Städte, Eurocities, koordiniert und es arbeitet mit dem Brüsseler Sekretariat des Rats der Gemeinden und Regionen Europas zusammen. Immer wieder ist das Thema: Wie kann die EU urbaner werden, sowohl institutionell als auch in den verschiedenen Politikfeldern?
EU-Budgetkommissar Johannes Hahn verbindet mit dem Brüsseler Wien-Büro vor allem das engagierte Eintreten und gemeinsame Netzwerken für eine echte europäische Städtepolitik, die er als Regionalkommissar von 2010 bis 2014 immer als Priorität gesehen hat. „Ich erinnere mich noch lebhaft an den ersten EU-Hauptstädtegipfel, der ein großer Erfolg war und viele grenzüberschreitende Initiativen ins Rollen gebracht hat", so Hahn. „Ich habe meine politische Karriere als Stadtpolitiker begonnen, die Städte – und besonders natürlich Wien – werden mir immer ein Anliegen bleiben."
Hahn erinnerte daran, dass seine Heimatstadt Wien ihn stets aktiv bei seinen europäischen Anliegen als Regionalkommissar unterstützt hat; von der Donauraum-Strategie über das Beibehalten der Förderungen für alle europäischen Regionen bis zu einer „Städtischen Agenda für die EU". In deren Rahmen hat das Wien-Haus dann auch die Koordination einer der 14 thematischen Partnerschaften übernommen – nicht von ungefähr jene zum Thema leistbares Wohnen.

Wegweiser durch den EU-Förderdschungel

Von Anfang an waren die Wirtschaftsagentur Wien und die Stadt eng mit dem Wien-Haus verbunden, und das ist bis heute so geblieben.
Die erste Leiterin des Büros des damaligen „Wiener Wirtschaftsförderungsfonds", Monika Unterholzner, erinnert sich gerne an die Präsentation des ersten



Das Wien-Haus in Brüssel



Elisabeth Vitouch, Monika Vana, Michael Luwig, Michaela Kauer

FAKTENCHECK

Das Wien-Haus hat in den 25 Jahren seines Bestehens insgesamt rund 300 Fach- und Kulturveranstaltungen, darunter 23 Wiener Vorlesungen, regelmäßige Urban Debates, Buchpräsentationen, Lesungen, Konzerte, Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag, die Wiener Kriminacht in Brüssel u. v. m. abgehalten, Ausstellungen ins Europäische Parlament gebracht. 109 Praktikant:innen, Kolleg:innen aus der Stadt Wien, kamen für einen längeren Arbeits- und Lernaufenthalt nach Brüssel und wurden vom Team beherbergt und betreut. Hinzu kamen etwa 500 Besuche von Gruppen aus Wien, v. a. aus Schulen, Universitäten, anderen Organisationen und EU-Projekttreffen, etwa den von Wien verwalteten Interreg-Programmen.

EU-Förderhandbuchs mit Wirtschaftsstadträtin Brigitte Ederer und EU-Kommissar Franz Fischler. Für ihre Nachfolgerin Susanne Strohm ist es nicht nur wichtig, am Ball zu sein, wenn es um europäische Fördermöglichkeiten geht, sondern auch, spannende Projekte sowie Wiener Unternehmen in Brüssel vor den Vorhang zu holen. Denn: Die Wiener Wirtschaft, der Wiener Arbeitsmarkt und die Wiener Bevölkerung haben von der EU profitiert. Die Stadt konnte seit dem EU-Beitritt Österreichs eine deutliche Steigerung der Betriebsansiedlungen verzeichnen. Waren es im Jahr 1994 noch 11 internationale Betriebe, die nach Wien gekommen waren, so waren es 2020 trotz der massiven Einschränkungen infolge der Pandemie mehr als 200. Wien ist ein Top-Standort in den Schwerpunktbereichen wie Life Sciences/Medizin, Informations- und Kommunikationstechnologien, Medien und Creative Industries; viele Wiener Unternehmen sind Innovations-Spitzenreiter.

Kulturelle Begegnungen zwischen Brüssel und Wien

Wiener Kultur, vor allem im Rahmen von vielen Abenden mit prominenten Denker:innen, Künstler:innen aus Wien, nach Brüssel zu holen, hatte von Anfang an einen hohen Stellenwert, wie sich Eva Pretscher, langjährige Leiterin des Verbindungsbüros, erinnert: „Auftritte von Wolf Haas, Kathrin Röggla, Franzobel, Elisabeth Orth, Anton Zeilinger und vielen mehr zeigten die Vielfalt Wiens, wie es sich für eine Weltstadt gehört."
Ein Fixpunkt im Kulturprogramm waren von 1998 bis 2017 die Wiener Vorlesungen, die Christian Ehalt gemeinsam mit Oskar Wawra 23 Mal nach Brüssel brachte. „In Österreich gibt es viele Entwicklungen zur Stärkung einer offenen Gesellschaft, die auch wesentlich der EU zu verdanken sind", so Ehalt. Wesentliche Unterstützung für viele der Kulturveranstaltungen im Wien-Haus kamen vom Österreichischen Kulturforum und von der Österreich-Werbung. Seit 2009 ist auch die „Wiener Kriminacht in Brüssel" ein fixer Bestandteil des Kulturprogramms.

Die Veranstaltung „25 Jahre Wien-Haus in Brüssel" ist auf Youtube abrufbar: https://youtu.be/g-P11areKBM

Taskforce Pflege

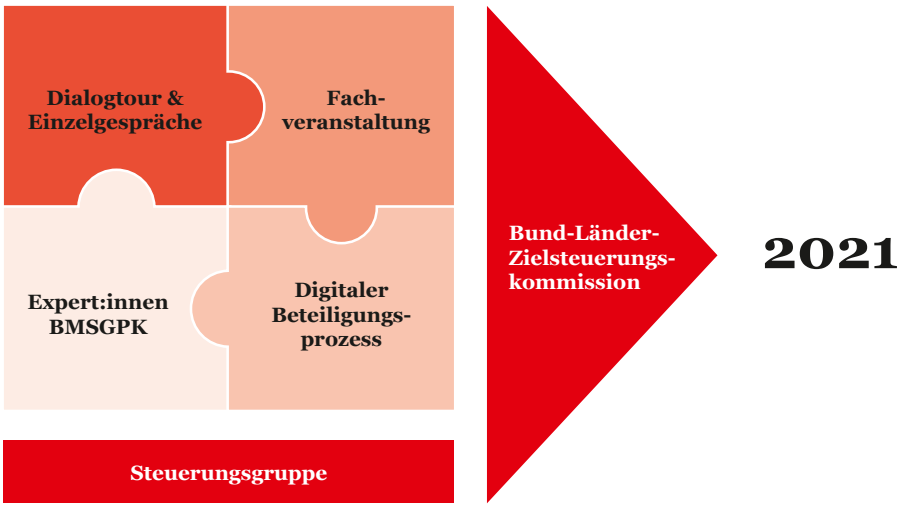
Ein Ergebnisbericht der Taskforce Pflege aus Sicht der Städte und Gemeinden

Kevin Muik, Österreichischer Städtebund

Bereits im aktuellen Regierungsprogramm wird die Zielsetzung formuliert, die qualitätsvolle Pflege für die Zukunft zu sichern.[1] Aufgrund demografischer und gesellschaftspolitischer Veränderungen sind Reformen – wie zahlreiche Studien aus den vergangenen Jahren aufzeigen[2] – dringend geboten. So wird es nicht nur zu einem Anstieg der betreuungsbedürftigen Personen kommen, sondern auch zu einem Anstieg der Betreuungsintensität und zu einer Reduktion der informellen Pflege durch Angehörige. Der bereits jetzt spürbare Mangel an Pflege- und Betreuungspersonal wird sich, bedingt durch diese Entwicklungen, ohne ein entschlossenes Gegensteuern noch weiter verschärfen.[3]

Um den vielfältigen Herausforderungen im äußerst zersplittert organisierten österreichischen Pflegesystem gerecht zu werden, wurde vom damaligen Pflegeminister Rudolf Anschober eine Taskforce Pflege einberufen, der auch der Österreichische Städtebund angehört. Neben einigen persönlichen Sitzungen und einem Stellungnahmeverfahren wurde auch eine öffentlich zugängliche Online-Befragung durchgeführt, im Rahmen derer 3.344 Rückmeldungen eingingen.[4]

Der Ergebnisbericht der Taskforce Pflege wurde schließlich im Jänner 2021 veröffentlicht. Der 50 Seiten lange Bericht definiert 17 Ziele, die wiederum insgesamt 63 Einzelmaßnahmen beinhalten. Der Bericht wurde auf kommunaler Ebene grundsätzlich sehr positiv aufgenommen, wenn auch einige Verbesserungsvorschläge und Kritikpunkte geäußert wurden. So wurde in der Stellungnahme des Österreichischen Städtebundes zum Ergebnisbericht etwa ausgeführt, dass beim wohl nicht unwesentlichen Thema der zukünftigen Finanzierung der Pflege und Betreuung lediglich auf den nächsten Finanzausgleich verwiesen wird.



Bedingt durch die epidemiologisch problematische Lage im Frühjahr sowie durch den Ministerwechsel im zuständigen BMSGPK geriet der Umsetzungsprozess unserer Wahrnehmung nach zuletzt ins Stocken. Aufgrund der großen Relevanz der Thematik wird der Österreichische Städtebund auf eine rasche Wiederaufnahme der Gespräche zur Umsetzung der 63 Maßnahmen drängen. Angemerkt wird, dass diesbezüglich nicht nur das fachlich zuständige BMSGPK, sondern auch die kompetenzrechtlich für zahlreiche relevante Bereiche zuständigen Länder sowie das BMF in die Pflicht zu nehmen sind. Denn eines ist klar: Die Umsetzung vieler sinnvoller Maßnahmen, die im Ergebnisbericht dargestellt sind, wird auch davon abhängen, wie viel mehr finanzielle Mittel künftig in das System fließen werden. Ein Ausbau des Pflegesystems auf Kosten der bereits jetzt schon schwer belasteten Städte und Gemeinden ist jedenfalls abzulehnen.

Den Ergebnisbericht der Taskforce Pflege finden Sie auf der Website des BMSGPK www.sozialministerium.at/Services/News-und-Events/Achiv-2021/Februar-2021/Taskforce-Pflege--Ergebnisbericht.html sowie auf der Website der Gesundheit Österreich GmbH https://goeg.at/taskforce_pflege.

1 Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020–2024, S. 172 ff.

2 Stellvertretend für viele: Pflegepersonal-Bedarfsprognose für Österreich 2019, Gesundheit Österreich im Auftrag des BMASGK.

3 Rappold/Juraszovich/Weißenhofer/Edtmayer, Taskforce Pflege, Begleitung des Prozesses zur Erarbeitung von Zielsetzungen, Maßnahmen und Strukturen. Gesundheit Österreich (2021).

4 Eine Zusammenfassung der Rückmeldungen dieser Online-Konsultation finden Sie auf der Website der Gesundheit Österreich GmbH (https://goeg.at/taskforce_pflege).

5 Bei einer gesamthaften Betrachtung der Netto-Belastung in der Pflege verteilt sich diese folgendermaßen: 53,4 % Bund, 22,5 % Länder, 24,1 % Gemeinden. Die kommunalen Ausgaben in den Bereichen soziale Wohlfahrt und Gesundheit stiegen von 2008 bis 2017 um 49 bzw. 52 %; siehe diesbezüglich Biwald/Mitterer/Seisenbacher, Fact-Sheets: Sozialhilfe- und Pflegefinanzierung (2019), S. 14, sowie Mitterer/Biwald/Seisenbacher, Österreichische Gemeindefinanzen 2019 – Entwicklungen 2008 bis 2022, Österreichischer Städtebund (Hrsg), S. 19.

© Grafik: Sozialministerium

Kommunale PionierInnen

Ernestine Schötz

Die erste Bürgermeisterin des Burgenlandes

(23. Jänner 1925–28. März 2003)

Es war nur eine kleine Meldung am 30. Oktober 1985 in der Burgenländischen Freiheit, dem Wochenblatt der burgenländischen Sozialdemokraten, und doch eine kleine politische Sensation: „Seit Montag abend agiert im Burgenland erstmals eine Frau als Gemeindeoberhaupt."

In Bruckneudorf hatte die bisherige Vizebürgermeisterin Ernestine Schötz die Nachfolge von Bürgermeister Ferdinand Bauer angetreten. Es war die Zeit, als Bundeskanzler Fred Sinowatz bereits „Mehr Frauen in die Politik!" forderte. Die Großgemeinde im Bezirk Neusiedl am See galt als fortschrittlich, 4 von 16 Gemeinderatsmandaten waren von Frauen besetzt, und nun war hier die erste „Frau Bürgermeister" im Amt.

Erste Ortschefin

Ernestine Schötz kam am 23. Jänner 1925 in Winden am See zur Welt. Nach der Handelsschule war sie ab 1941 als Kanzleikraft in ihrer Heimatgemeinde Winden tätig, danach in Wallern und Parndorf. 1950 wechselte sie als Gemeindesekretärin und Standesbeamtin nach Bruckneudorf und war somit an der Wiedererrichtung der Gemeinde, die bis dahin Teil von Bruck an der Leitha war, beteiligt. In einem Interview erinnerte sich die langjährige Gemeindebedienstete: „Auf einmal war die Bezirkshauptmannschaft in Neusiedl, die Landesregierung in Eisenstadt – kein Wunder, dass die Leute mit jeder Kleinigkeit zu uns aufs Gemeindeamt kamen. Da bekommt man halt wirklich enge Kontakte – so soll es auch sein." Hier lernte Ernestine Schötz die Kommunalpolitik von der Pieke auf.

1982 wurde Ernestine Schötz in den Gemeinderat gewählt, 1983 zur Vizebürgermeisterin gekürt. Bei der entscheidenden Wahl im Herbst 1985 war die Zustimmung überwältigend: mit 14 Ja-Stimmen, vier Enthaltungen und einer Gegenstimme wurde Ernestine Schötz die erste Bürgermeisterin des Burgenlandes.

Dennoch wurde die „Frau Bürgermeister" bereits zwei Jahre später wieder von einem Mann abgelöst, da die damals 62-Jährige von der Partei nicht mehr als Spitzenkandidatin für die Gemeinderatswahl 1987 aufgestellt wurde.

Ein Verwaltungsmensch

Auf die Frage, ob es einen Unterschied zwischen „männlicher" und „weiblicher Kommunalpolitik gäbe, meinte sie in einem Interview anlässlich ihrer Angelobung: „Das würde ich nicht sagen. Eine Frau muss die Gemeinde ebenso verwalten wie ein Mann. Und ich bin halt ein Verwaltungsmensch, das war ja auch mein Beruf. Der einzige Unterschied wäre vielleicht, dass man sich mit einer Frau ‚leichter redet', dass da vielleicht doch eine unterschiedliche Vertrauensbasis vorhanden ist." Ihr größter Wunsch bei Amtsantritt war, dass die Stimmung und die Zusammenarbeit im Gemeinderat weiterhin so gut bleibt wie bisher.

Ernestine Schötz war eine fleißige und engagierte Arbeiterin, eine mutige und couragierte Frau, der das Gemeinwohl sehr am Herzen lag. Sie galt als beliebt, verantwortungsbewusst und hilfsbereit. Sie starb am 28. März 2003 im 79. Lebensjahr in Winden am See und wurde unter großer Anteilahme der Bevölkerung verabschiedet.



Ernestine Schötz wurde 1985 die erste Gemeindechefin im Burgenland.

© Foto: Bgld. Landesarchiv-BF-Fotosammlung_Sign. 1104BF

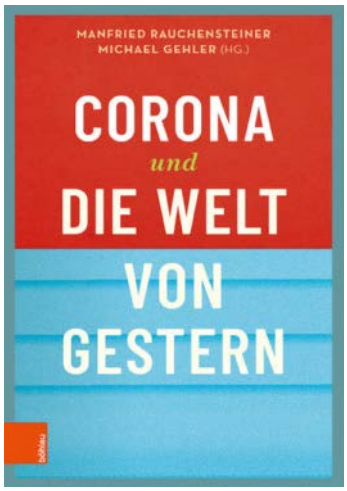


Kommunalsteuer-Praxiswissen

Was als Ersatz für die pandemiebedingt entfallenen Präsenzseminare konzipiert wurde, erweist sich nun als aktuelles und praktisches Nachschlagewerk zur Kommunalsteuer. Städtebund-Konsulent Dr. Peter Mühlberger bringt in diesem Band aktuelle Kommunalsteuerthemen in Konnex mit Rechtsprechung, Auswirkungen und Lösungsansätzen für die Gemeindepraxis. Dabei geht es um Fragen wie Betriebsstätten: Wann begründet Homeoffice eine Betriebsstätte? Oder Bemessungsgrundlagen: Ist die Kurzarbeitsunterstützung abgabepflichtig? Ein aktueller, fachlicher und kompakter Überblick zu allen in den letzten Jahren besonders relevanten Kommunalsteuerfällen für Städte und Gemeinden, unter Einbeziehung des Abgabenverfahrensrechtes sowie der daraus resultierenden Auswirkungen und Lösungsansätze. Zahlreiche Fundstellen und Hinweise zu weiterführender Literatur und Rechtsprechung machen aus dem Buch ein praktisches Nachschlagewerk für die tägliche Praxis und die weitere Vertiefung.

Kommunalsteuer konkret

OSR Dr. Peter Mühlberger | KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung, 6/2021 | ISBN: 978-3-200-07574-0 | € 75,00 (für KDZ-Mitglieder € 65,00) | 288 Seiten | www.kdz.eu/de/node/524



Corona, historisch gesehen

War die Pandemie absehbar? Erleben wir gerade eine welthistorische Zäsur? Seit Ausbruch der Pandemie berichten die Medien nahezu rund um die Uhr über das Infektionsgeschehen, Fachzeitschriften diskutieren medizinische und juridische Aspekte. Dieses Buch versucht nun auch eine historische Einbettung. Der renommierte Wiener Historiker Manfried Rauchensteiner hat führende Intellektuelle unterschiedlicher Disziplinen versammelt, die jene Veränderungen analysieren, mit denen uns Corona tagtäglich konfrontiert. Die Perspektiven reichen von der Geschichte über Wirtschaftswissenschaften und Philosophie bis hin zur Literatur. Autorinnen und Autoren sind Christoph Badelt, Wolfgang Brandstetter, Herwig Czech, Markku Datler, Michael Gehler, Martin Jäggle, Michael Köhlmeier, Berthold Molden, Lydia Novoszel, Robert Pfaller, Christian Prosl, Manfried Rauchensteiner, Kurt Scholz, Klemens Tockner und Tina Wakolbinger. Fundiert, aber auch sehr anschaulich, hilft uns dieser Essayband, die Bedeutung von Corona für unsere Zeit und unsere Gesellschaft zu verstehen und einzuordnen.

Corona und die Welt von gestern

Manfried Rauchensteiner, Michael Gehler (Hg.) | Böhlau Verlag Wien, 2021 | ISBN: 978-3-205-21258-4 | € 29,00 | 300 Seiten | Gebunden



DSGVO, kompakt

In diesem Kommentar hat Dr. Edmund Primosch, Leiter des Verfassungsdienstes im Amt der Kärntner Landesregierung und Interessierten aus den Städtebund-DSGVO-Veranstaltungen sicher bereits bekannt, den Wortlaut der Datenschutz-Grundverordnung mit einer artikelweisen Sammlung von ausgewählten Leitsätzen aus der schon reichhaltigen Spruchpraxis kombiniert. Primär wird die österreichische Rechtsprechung aufbereitet, insbesondere die Spruchpraxis der Datenschutzbehörde als nationale Aufsichtsbehörde, des Bundesverwaltungsgerichts, des Verwaltungsgerichtshofes sowie des Obersten Gerichtshofes. Ergänzt wird die Darstellung um wichtige Aussagen des Europäischen Gerichtshofes oder seiner Generalanwälte zur neuen Rechtslage. Soweit österreichische Spruchpraxis noch nicht ausgebildet ist, wurde hilfsweise vor allem auf die deutsche Rechtsprechung zurückgegriffen. Im Anschluss an jeden Artikel findet sich ein Hinweis auf die für die Auslegung und Anwendung der Verordnung jeweils relevanten Erwägungsgründe.

Datenschutz-Grundverordnung
Ausgewählte Leitsätze der Spruchpraxis

Dr. Edmund Primosch | proLIBRIS Verlag, 2021 | ISBN 978-3-99099-232-6 | € 32,00 | 231 Seiten | Broschiert



Vergabefreier Mietvertrag oder doch Bauauftrag?

Der EuGH klärt auf.

Gerhard Pöschmann, Experte für Vergabe- und Beihilfenrechtsmanagement im Wiener Gesundheitsverbund

Mietverträge unterliegen nicht dem Vergaberecht. Diese Erkenntnis ist nicht neu, ist sie doch seit vielen Jahren geltendes Recht[1]. Doch machte bereits die Stadt Köln im Jahr 2009 bei der Errichtung ihrer Messehalle die Erfahrung, dass es mit der Abgrenzung nicht immer ganz so einfach ist, wenn das anzumietende Bauwerk erst errichtet wird. Die Stadt hatte den Oppenheim-Esch-Fonds mit der Errichtung der Halle nach ihren Plänen beauftragt, um sie im Anschluss um 20 Millionen Euro an die Stadt zu vermieten. Der EuGH erkannte hier einen verdeckten Bauauftrag, der europaweit hätte ausgeschrieben gehört[2].

Drei Jahre später war Wiener Wohnen auf der Suche nach einer Unternehmenszentrale für an die 750 Mitarbeiter:innen und ließ dazu eine Standortanalyse des Wiener Büromarkts erstellen. Aufgrund der Ergebnisse der Analyse fiel die Wahl auf ein noch in der Planungsphase befindliches Gebäude. Mietgegenstand waren zwei Bauteile (A und B), vom Erdgeschoß bis zum 5. Obergeschoß. Außerdem ließ sich Wiener Wohnen die Option einräumen, zusätzlich zu den ersten fünf Geschoßen, die von Anfang an Mietgegenstand waren, auch die Obergeschoße 6 bis 8 im Bauteil B anzumieten. Mit Nachtrag zum Mietvertrag nahm Wiener Wohnen diese Option wahr.

Nach dem Einzug von Wiener Wohnen untervermietete sie ihrerseits Büroflächen an die 100-prozentige Tochtergesellschaft Wiener Wohnen Haus- und

© Foto: Getty Images

Außenbetreuung GmbH. Zusätzlich richtete „younion – Die Daseinsgewerkschaft“ dort ein Infocenter ein.

Die Kommission sah Ausschreibungspflicht

Im Jahr 2016 richtete die Europäische Kommission ein Aufforderungsschreiben an die Republik Österreich, in dem sie einen Verstoß gegen die europäische Vergaberichtlinie rügte, weil Wiener Wohnen den Mietvertrag direkt, ohne vorangegangenes Vergabeverfahren, abgeschlossen hätte.

Wenngleich das Bundeskanzleramt entsprechend der bisherigen Linie des EuGH ebenfalls einen Verstoß gegen das europäische Vergaberecht witterte, konnte der Vertrag angesichts einer eingeschränkten Kündigungsmöglichkeit durch Wiener Wohnen nicht aufgelöst werden.

Nach erneuter Aufforderung, den vermeintlichen Vergaberechtsverstoß zu beseitigen, erhob die Kommission schließlich Klage beim Europäischen Gerichtshof und stützte den mutmaßlichen Vergaberechtsverstoß auf ein weiteres EuGH-Urteil[3] und wies darauf hin, dass die Frage, ob ein Auftrag als öffentlicher Bauauftrag anzusehen sei, in den Bereich des Unionsrechts falle und dass, wenn ein Gebäude zur Vermietung angeboten werde, bevor die Errichtung des Gebäudes begonnen habe, der Hauptgegenstand des Auftrags in der Errichtung liege.

Die Kommission leitete aus der dem Mietvertrag beigelegten Bau- und Ausstattungsbeschreibung und der Ergänzung dazu ab, dass Wiener Wohnen sehr spezifische Anforderungen an das Mietobjekt vorgab, die weit über das hinausgingen, was üblicherweise mit einem Mieter vereinbart werde, und dass Wiener Wohnen in beträchtlichem Umfang die technischen Lösungen für die endgültige Gestaltung der Immobilie ausgewählt habe. Auch wenn einige Spezifikationen auf ÖNORMEN verwiesen, handle es sich bei diesen Normen lediglich um Empfehlungen, die nur verbindlich würden, wenn der Vertrag dies vorsehe. Normalerweise interessiere sich ein Mieter nicht dafür, welche Verlegungsart gewählt werde und in welchen Rohren die Abwasserleitungen für Unterputzinstallationen ausgeführt werden.

Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs

Im darauf ergangenen Urteil wiederholte der EuGH die bisherige Linie und hob hervor, dass im Fall von Wiener Wohnen die Errichtung eines Bauwerks noch nicht begonnen hatte und daher das unmittelbare Ziel nicht unmittelbar die Immobilienvermietung sein konnte.[4] Gleichzeitig führte er aus, dass die vergaberechtliche Ausnahme für den Kauf oder die Miete von Immobilien[5] auch für noch nicht errichtete Gebäude gilt, solange diese nicht aufgrund spezifischer vom öffentlichen Auftraggeber festgelegter Erfordernisse errichtet werden.

Allerdings entnahm der Gerichtshof im konkreten Fall der Standortanalyse und einer in etwa zum selben Zeitpunkt erstellten Bebauungsstudie, dass die Grundzüge der Immobilie bereits festgelegt waren.

Nach Ansicht der Kommission hatte Wiener Wohnen einen Einfluss auf die Gestaltung der Immobilie ausgeübt, indem sie sich vertraglich das Recht einräumen hatte lassen, auch die Obergeschoße 6 bis 8 anzumieten, die aber – sollte Wiener Wohnen davon keinen Gebrauch machen – von der Vermieterin nicht errichtet werden müssten. Diesem Argument vermochte der EuGH allerdings nicht zu folgen und stellte fest, dass die Errichtung der Geschoße bereits sowohl in der Bebauungsstudie als auch in der Standortanalyse vorgesehen war.

Zum Vorbringen der Kommission, dass Wiener Wohnen die Ausführung des Bauvorhabens wie ein Bauherr kontrollieren ließ, führte der EuGH aus, dass es nicht unüblich ist, dass ein Mieter Maßnahmen ergreift, um sich zu vergewissern, dass der Einzug in die Räumlichkeiten zum vorgesehenen Zeitpunkt stattfinden kann.

Hinsichtlich der von Wiener Wohnen in der Bau- und Ausstattungsbeschreibung festgelegten Spezifikationen hielt der EuGH fest, diese gingen nicht über das hinaus, was der Mieter eines solchen Gebäudes üblicherweise verlangen kann, da es sich um Standards handelte, mit denen Ziele im Hinblick auf die Verringerung des ökologischen Fußabdrucks dieses Gebäudes erreicht werden sollten[6].

Aus diesen Gründen kam der EuGH zum Ergebnis, dass kein über das Ausmaß des Üblichen hinausgehender Einfluss auf die Errichtung des Gebäudes ausgeübt worden war und daher kein ausschreibungspflichtiger Bauauftrag vorlag.

Mit dieser Entscheidung gibt der EuGH Leitlinien vor, wann ein „entscheidender Einfluss“ auf die Errichtung eines Bauwerks vorliegt; insofern ist für das Vorliegen eines Bauauftrags maßgeblich, ob der Mieter

- auf die architektonische Struktur (z. B. Größe, Wände etc.) Einfluss nimmt oder
- Anforderungen an die Gebäudeeinteilung stellt, die über das hinausgehen, was ein Mieter üblicherweise bei einem vergleichbaren Objekt verlangen würde.

Insoweit führt die Entscheidung zu einem Mehr an Rechtssicherheit auch für Gemeinden für die häufig gestellte Frage, wie weit auf die Gestaltung eines Gebäudes Einfluss genommen werden kann, ohne mit dem Vergaberecht in Konflikt zu geraten.

1 Art. 16 Buchst. a RL 2004/18/EG (bis 17. 4. 2016), Art. 10 Buchst. a RL 2014/24/EU (ab 25. 4. 2014), § 10 Z. 8 BVergG 2006 (bis 20. 8. 2018), § 9 Abs. 1 Z. 10 BVergG 2018 (ab 21. 8. 2018)

2 EuGH C-536/07, Urteil vom 29. 10. 2009 („Kommission/Deutschland“); auch in einer weiteren Rechtssache hatte der EuGH einen Vertrag, der die Miete eines noch zu errichtenden Bauwerks zum Inhalt hatte, als Bauauftrag qualifiziert (EuGH C-213/13, Urteil vom 10. 7. 2014, „Impresa Pizzarotti“)

3 EuGH C-213/13, Urteil vom 10. 4. 2014 „Impresa Pizzarotti“,

4 EuGH, Urteil vom 22. 4. 2021, C-537/19, Rz 47

5 Artikel 16 Buchst. a RL 2004/18/EG

6 EuGH, Urteil vom 22. 4. 2021, C-537/19, Rz 84



Deutsches Bundesverfassungsgericht

Die Übertragung neuer Aufgaben an die Kommunen kann Recht auf Selbstverwaltung verletzen.

Kevin Muik, Österreichischer Städtebund

Im Juli des vergangenen Jahres fasste das deutsche Bundesverfassungsgericht (BVerfG) mit seinem Beschluss 2 BvR 696/12 eine Entscheidung, der aus kommunaler Perspektive grundsätzliche Bedeutung zuzumessen ist. Klargestellt wurde, dass das grundrechtlich verankerte kommunale Recht auf Selbstverwaltung nicht nur vor einer unverhältnismäßigen Entziehung von Aufgaben, sondern auch vor einer dementsprechenden Aufgabenzuweisung schützt.

Anlass der Entscheidung war die Beschwerde der kreisfreien Städte des Landes Nordrhein-Westfalen, in der die Vereinbarkeit diverser Regelungen des deutschen Sozialgesetzbuches im Zusammenhang mit der Bemessung der Sozialhilfe (Hartz IV) mit dem deutschen Grundgesetz in Zweifel gezogen wurden. Das BVerfG folgte der Argumentation der Städte und stellte fest, dass die Regelungen des Sozialgesetzbuches die Aufgaben der Städte (als Trägerinnen der Sozialhilfe) in einem wesentlichen Ausmaß verändern, erweitern und um neue Aufgaben ergänzen. Dies steht im Widerspruch zum kommunalen Selbstverwaltungsrecht gemäß Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz (GG).

Zusammengefasst liegt nach den Ausführungen des BVerfG eine verfassungswidrige Aufgabenübertragung dann vor, wenn ein Bundesgesetz den Kommunen erstmals eine bestimmte (Verwaltungs-) Aufgabe zuweist oder eine funktional äquivalente Erweiterung einer bundesgesetzlich bereits zugewiesenen Aufgabe vornimmt. Die Anpassung bundesgesetzlich bereits zugewiesener Aufgaben an veränderte ökonomische und soziale Umstände ist nach Art. 125a Abs. 1 Satz 1 GG dagegen zulässig.

Die Entscheidung ist wohl durchaus als wegweisend zu bezeichnen und wird sowohl die Gesetzgebung als auch die Verhandlungsposition der Kommunen hinsichtlich der budgetären Abgeltung von Mehrbelastungen positiv beeinflussen.

Auch in Österreich stellt die Zuweisung von Aufgaben an die kommunale Ebene, ohne die gleichzeitige Zurverfügungstellung dementsprechender finanzieller Mittel eine gängige Praxis des Bundes sowie auch der Länder dar. Aufgrund ähnlicher Verfassungstraditionen ist die Rechtslage in Österreich durchaus mit jener in Deutschland (zumindest im Kern) vergleichbar. Auch in der österreichischen Verfassung findet sich eine Verankerung des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung (Art. 116 ff B-VG). Dabei handelt es sich um ein verfassungsrechtlich gewährleistetes Recht iSd. Art. 144 Abs. 1 B-VG.

Die gesamte Entscheidung des deutschen Bundesverfassungsgerichtes, inkl. der dazugehörigen Pressemeldung, finden Sie unter der Geschäftszahl 2 BvR 696/12 auf der Website www.bundesverfassungsgericht.de.

Gemeindeeinrichtungen und Gemeindeanlagen – Rechtsfragen

Die finanzausgleichsgesetzliche Ermächtigung der Gemeinden zur Gebührenausschreibung für Gemeindeeinrichtungen und Gemeindeanlagen ist von vielen Rechtsfragen begleitet; im 1. Teil (ÖGZ 6/2021) wurden Rechtsthemen zu Gemeindeeinrichtungen behandelt, im vorliegenden **2. Teil** werden jene zur Gebührenvorschreibung besprochen und im 3. Teil werden die Gebührenformen behandelt werden.

Dr. Peter Mühlberger, Magistrat Linz, Konsulent

IV. Gebührenbeschlussfassung

IV.I Entgelte – Gebühren

Die Kostendeckung der für die öffentliche Verwaltung betriebenen Gemeindeanlagen kann durch Privatentgelte oder durch Gebühren erfolgen.

Öffentlich-rechtliche Abgaben gliedern sich in

- Steuern zur Einnahmenerzielung der Gebietskörperschaften ohne Gegenleistung,
- Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen als Gegenleistung.

Das wesentlichste Unterscheidungsmerkmal zwischen Abgaben (Gebühren) und Privatentgelte ist darin zu sehen (VfGH 15. 12. 1960, B 487/59), dass

- Privatentgelte ohne gesetzlicher Grundlage aufgrund einer kaufmännischen Faktura erhoben und zivilrechtlich im Wege einer Mahnklage beim Zivilgericht eingebracht werden können,
- Abgaben, wie Gebühren, ausschließlich aufgrund einer gesetzlichen Grundlage im Wege eines Abgabenbescheides vorgeschrieben und mittels Rückstandsausweis im Rahmen der Abgabenexekution eingehoben werden können.

IV.II Gemeindeautonomie

Den Gemeinden steht gemäß § 17 Abs. 3 Z. 4 FAG 2017 das Recht zu, Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und Gemeindeanlagen im Rahmen der finanzausgleichgesetzlichen Vorgaben (doppeltes Äquivalenzprinzip) durch Beschluss des Gemeinderates vorzuschreiben und einzuheben. Dieses freie Gemeindeabgabenbeschlussrecht der Kommunen eines Bundeslandes darf durch das jeweilige Land nicht beeinträchtigt werden (VfGH 11. 3. 1987, G 169/86, 13. 10. 2004, V 40/04).

Die Regelung von Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und Gemeindeanlagen unterliegt nach der ständigen Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes dem freien Beschlussrecht der Gemeinde (VfGH 13. 10. 2004, V 40/04), woraus zu folgern ist, dass

- Kommunen ausschließlich aufgrund dieser finanzausgleichgesetzlichen Regelung des § 17 Abs. 3 Z. 4 FAG 2017 ohne eines entsprechenden Landesgesetzes Gebühren und dabei formalrechtliches und materiellrechtliches Abgabenrecht beschließen können,
- soferne jedoch ein Landesabgabengesetz Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und Gemeindeanlagen regelt, dieses Landesgesetz die finanzausgleichgesetzliche Ermächtigung nicht reduzieren darf, d. h. es darf nicht durch landesgesetzliche Bestimmungen das freie Beschlussrecht im Rahmen des § 17 Abs. 3 Z. 4 FAG 2017 konterkariert werden, was auch für Interessentenbeitrags-Landesgesetze gelten soll,
- die Gemeinden ihr freies Beschlussrecht keinesfalls auf das Landesgesetz begründen müssen, sondern ihren Gemeinderatsbeschluss direkt auf die finanzausgleichgesetzliche Regelung des § 17 Abs. 3 Z. 4 FAG 2017 stützen können (VfGH 10. 10. 2001, B 260/01),
- gleichwohl sie bei einem auf die finanzausgleichgesetzliche Ermächtigung gestützten Gemeinderatsbeschluss allenfalls bestehende landesgesetzlichen Bestimmungen, etwa über die Einhebung, nicht konterkarieren dürfen.

Es können unterschiedliche Wasserversorgungsanlagen oder auch eine Wasserversorgungsanlage innerhalb derselben Gemeinde verschiedene Kosten mit sich bringen, wenn beispielsweise die Wasserversorgungsanlage sich in einer extremen

Tal- oder Höhenlage befindet und daraus entsprechend verschiedene Kosten erwachsen (VfGH 6. 12. 1983, B 472/79). Es ist danach mit dem aus dem Gleichheitsgebot resultierenden Sachlichkeitsprinzip, aber auch nach dem Grundsatz einer gegenseitig abgestimmten Leistung und Gegenleistung vereinbar, dass eine Gebühr als Gegenleistung immer nur von jenen zu entrichten ist, für die auch die jeweilige Leistung bestimmt ist. Das bedeutet, dass die unterschiedlichen Kosten verschiedener kommunaler Anlagen auch unterschiedlich hohe Gebühren auslösen können; dies gilt auch für unterschiedliche Nutzer der Gemeindeanlagen und Gemeindeeinrichtungen, wobei jedoch keine Unterscheidung zu Großabnehmern gemacht werden muss.

Die Gemeinde kann im Rahmen des freien Beschlussrechtes eigenständig entscheiden,

- sachlich gerechtfertigt unterschiedliche Gebühren entsprechend unterschiedlicher Kosten festzulegen,
- ob sie die finanzausgleichgesetzliche Gebührenermächtigung voll ausschöpfen oder
- aus allfälligen politischen Gründen keine Kostendeckung des Betriebs der Gemeindeeinrichtungen und Gemeindeanlagen wünscht, weil beispielsweise bestimmte Bevölkerungsgruppen im Landbereich ansonsten überhöhte Gebühren zu tragen hätten,
- eine Kostendeckung vor allem deshalb nicht anzustreben, weil bestimmte Kostenfaktoren etwa anderweitig gedeckt werden könnten (VfGH 11. 3. 1987, G 169/86).

IV.III Landesrecht

Die Länder dürfen dieses freie Beschlussrecht der Gemeinden in keiner Weise einschränken, doch es ist auch bedenklich, über die gesetzliche (finanzausgleichgesetzliche) Ermächtigung hinaus sachlich unbegründet zu erweitern. Es ist unbestritten, dass ein Land seine Gemeinden zur Erhebung von Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und Gemeindeanlagen nach § 8 Abs. 5 F-VG 1948 ermächtigen und nach der gesetzlichen Regelung des § 17 Abs. 3 FAG 2017 (… vorbehaltlich weitergehender Ermächtigung durch die Länder …) auch über die gesetzliche Ermächtigung hinaus berechtigen kann, doch darf diese Berechtigung des Landes nicht über das doppelte Äquivalenzprinzip hinausgehen.
Das Rücksichtsnahmegebot wird in der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes permanent anerkannt [siehe VfGH 7. 12. 1984, B 43/83 zur Einschränkung (Rücksichtsnahme) des landesgesetzlichen Gebrauchsabgaberechts gegenüber dem Telegrafenwegegesetz und VfGH 3. 12. 1984, G 81/84 zur Rücksichtnahme des Forstgesetzes gegenüber dem Landesgesetzgeber hinsichtlich des Jagdrechtes].
Es wäre daher durchaus rechtlich bedenklich, wenn die Landesgesetzgeber das bundeseinheitliche sogenannte doppelte Äquivalenzprinzip im Rahmen der finanzausgleichgesetzlichen Ermächtigung des § 17 Abs. 3 Z. 4 FAG 2017 landesunterschiedlich erweitern und konterkarieren würden, zumal der Bundesgesetzgeber diese Ermächtigung zur Gebührenausschreibung bewusst durch ein (ohnedies) doppeltes Äquivalenzprinzip begrenzt und eine abgaberechtlich österreichweite und damit einheitliche Schranke seiner Ermächtigung hinsichtlich des freien Abgabenbeschlussrechtes aller österreichischen Städte und Gemeinden vorgesehen hatte.

IV.IV Einhebungsverpflichtung

Wenn auch die Länder grundsätzlich nicht in das freie Beschlussrecht der Gemeinden eingreifen bzw. dieses beschränken können, so kann doch gemäß § 8 Abs. 6 F-VG 1948 die Landesgesetzgebung die Gemeinden zur Erhebung bestimmter Abgaben verpflichten oder die Landesregierung ermächtigen, für die Gemeinden bestimmte Abgaben zu erheben, zu deren Erhebung die Gemeinden berechtigt wären, wenn dies zur

- Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichtes,
- Deckung bestimmter Erfordernisse im Gemeindehaushalt erforderlich wäre.

Es wäre daher durchaus finanzverfassungsrechtlich zulässig, dass die Kommunen eines Landes vom Landesgesetzgeber zur Erhebung derartiger Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und Gemeindeanlagen grundsätzlich verpflichtet werden, wenn ansonsten die Gefahr bestünde, dass der Haushalt beeinträchtigt wäre; dies schließt jedoch nicht aus, dass die Kommunen aus politischen oder sonstigen (sachlich berechtigten) Gründen keine volle Kostendeckung durchsetzen müssen.

V. Gebührenbesonderheiten

V.I Umsatzbesteuerung

Grundsätzlich wurde in der einhelligen Rechtsprechung der Höchstgerichte klargestellt, dass Abgabenerträge nicht zum Gegenstand einer Besteuerung gemacht werden dürfen (VfGH 29. 3. 1962, B 114/61). Kommunen und damit Körperschaften des öffentlichen Rechts sind lediglich im Rahmen ihrer Betriebe gewerblicher Art gewerblich und beruflich tätig. Ein solches Steuersubjekt kann nun aber, wenn ihm für die erbrachten Leistungen der Daseinsvorsorge Gegenleistungen in Form von Gebührenerträgen zufließen, seine Steuerpflicht sehr wohl aus diesen Abgabeerträgen erfüllen; dass neben der Gebühr auch ein auf sie entfallender Steuerbetrag entrichtet wird, ist einem Betrieb gewerblicher Art einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft jedenfalls dann verwehrt, wenn der Leistungsempfänger zur Inanspruchnahme der Leistung von Rechts wegen verpflichtet ist (VfGH 23. 10. 1980, G 9/80).
Der Umstand, dass eine Gebietskörperschaft, die sich zur Erbringung von Leistungen an die Allgemeinheit unternehmerisch betätigt, derselben Umsatzsteuerbelastung – unter Berücksichtigung der Möglichkeit des Vorsteuerabzuges – unterworfen wird wie ein privater Unternehmer, ist aber nicht gleichbedeutend einer Besteuerung des Abgabenertrages, der von den Leistungsempfängern dafür zu entrichten ist. Dies vor allem deshalb, weil Gebühren für unternehmerische Leistungen nicht in gleicher Weise wie Steuern zur Deckung der allgemeinen Haushaltserfordernisse dienen, sondern

sie stellen sich vielmehr wirtschaftlich gesehen als Entgelt für die Leistungen dar.
Wenn nun nach dem doppelten Äquivalenzprinzip die Gebührenbemessung sämtliche Kosten beinhalten soll, die der Gebietskörperschaft durch die Schaffung, den Betrieb und der Erhaltung der die Leistung der Daseinsvorsorge produzierenden Gemeindeeinrichtung und Gemeindeanlage erwachsen, sind alle jene Kosten maßgebend, die durch diese Maßnahmen verursacht wurden; dazu gehört aber auch die Umsatzsteuer.
Durch diese Umsatzsteuerbelastung erfolgt aber keine Beeinträchtigung des Rechts der Gebietskörperschaft zur Verfügung über den Gebührenertrag im eigenen Haushalt, weil einerseits zwischen steuerbaren und steuerfreien Umsätzen zu unterscheiden ist und andererseits eine Gebietskörperschaft rechtlich berechtigt ist, bezüglich der Umsatzsteuer einen Vorsteuerabzug oder die Umsatzsteuer als Kostenfaktor bei der Festsetzung der Gebühr geltend zu machen (VfGH 23. 10. 1980, G 9/80).

V.II Wertsicherung

Im Privatrecht ist eine Wertsicherung und damit Valorisierung der vereinbarten Entgelte im Wege einer vertraglichen Vereinbarung durchaus rechtlich zulässig; soweit daher Kommunen ihre Leistungen der Daseinsvorsorge durch ausgegliederte Rechtsträger erbringen lassen (Privatisierung), steht es ihnen daher grundsätzlich frei, eine Wertsicherungsklausel in die Nutzungsverträge der Benützer miteinzubeziehen.
Soweit allerdings Leistungen der Daseinsvorsorge im hoheitlichen Bereich erbracht werden und insbesondere Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und Gemeindeanlagen nach § 17 Abs. 3 Z. 4 FAG 2017 erhoben werden, bedarf es in der Regel einer landesgesetzlichen oder bundesgesetzlichen Regelung für eine wirksame Valorisierung, wie etwa § 88 Abs. 3 a der Wiener Stadtverfassung.
Nachdem es jedoch den Kommunen im Rahmen des freien Abgabenbeschlussrechtes nach § 17 Abs. 3 Z. 4 FAG 2017 grundsätzlich zusteht, formales und materiell-rechtliches Abgabenrecht zu beschließen (VfGH 12. 12. 1985 V 45/85, Mühlberger, Das System des kommunalen Abgabenrechts, IKW 100, Seite 34 ff und die dort zitierte Rechtsprechung), wäre daher auch eine Valorisierung im Rahmen des Gemeinderatsbeschlusses grundsätzlich denkmöglich. Es muss jedoch bei einer derartigen Regelung vorgesehen werden, dass es dem zuständigen Kollegialorgan jederzeit ermöglicht wird, in die Valorisierungsregelung einzugreifen, damit das im § 17 Abs. 3 Z. 4 FAG 2017 normierte doppelte Äquivalenzprinzip in keiner Weise überschritten wird; dieses Eingriffsrecht wäre jedoch auch dann gegeben, wenn der die Wertsicherung (Valorisierung) beschließende Landes- oder Bundesgesetzgeber es den Gemeinden ermöglicht, in diese Wertsicherungsklausel einzugreifen, wenn ansonsten das doppelte Äquivalenzprinzip überschritten würde.
Jedenfalls muss im Rahmen des freien Beschlussrechts über die Wertsicherung im Verordnungswege in der selbstständigen Abgabenverordnung normiert werden, eine Regelung über die Valorisierung hinaus vornehmen zu können, um nicht den doppelten Äquivalenzgrundsatz zu beeinträchtigen (VfGH 11. 3. 2014, B 462-463/2013).

V.III Fiskalgeltung

Wenn es nun grundsätzlich zulässig ist, von Gebühren auf Entgelte auszuweichen, soferne der Landesgesetzgeber nicht eine hoheitliche Gebührenvorschreibung verlangt, stellt sich jedoch die Frage, inwieweit Gemeinden in ihrem nicht hoheitlichen Handeln den grundrechtlichen Bindungen, wie etwa dem Gleichheitsgrundsatz, andererseits den Prinzipien der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit unterliegen; jedenfalls ist das Legalitätsprinzip im Hinblick auf die Regelung des Art. 116 Abs. 2 B-VG im Rahmen der „Fiskalgeltung der Grundrechte“ rechtlich zu begründen (Binder, „Wirtschaftsunternehmen der Gemeinde“, im „Das österreichische Gemeinderecht“, von Klug/Oberndorfer/Wolny); der Gleichheitsgrundsatz wirkt als allgemeines Willkürverbot für diesen Bereich ausgegliederter Wirtschaftsunternehmen.
Dieses Legalitätsprinzip auf Gemeindeebene sollte daher auch für den Bereich der nicht hoheitlichen Gemeindeverwaltung und damit der privatrechtlichen Daseinsvorsorge gelten, weil Art. 116 Abs. 2 B-VG die nicht hoheitliche Betätigung der Gemeinden und damit der Daseinsvorsorge im Rahmen der Privatwirtschaftsunternehmungen nur „innerhalb der Schranken der allgemeinen Bundes- und Landesgesetze zulässt“; diese Fiskalgeltung der Grundrechte für Handeln der öffentlichen Hand im Wege des Privatrechts wird auch in der Rechtsprechung vertreten (OGH 18. 12. 1992, 6 Ob 563/92).
Soweit daher Gemeinden im Rahmen der Daseinsvorsorge nicht hoheitlich, sondern privatrechtlich tätig sind, sind ihnen insofern Grenzen gesetzt, als sie nur im öffentlichen Interesse handeln dürfen, weil die Grundrechte für die öffentliche Verwaltung auch verpflichtend wirken, wenn diese in Form des Privatrechts tätig wird. Es ist weitreichend anerkannt (OGH 19. 10. 1994, 7 Ob 568/94), dass der verfassungsrechtliche Gleichheitsgrundsatz auch im Verhältnis der öffentlichen Hand als Träger von Privatrechten zu einzelnen Rechtssubjekten Anwendung findet.
Daraus wäre rechtlich zu folgern, dass die Ausgliederung von Aufgaben der Daseinsvorsorge an ausgegliederte Wirtschaftsunternehmen nicht zur „sittenwidrigerweise“ Ausnützung der Monopolstellung missbraucht werden kann, sondern die für die Gebührenausschreibung bestimmten Kriterien des Äquivalenzgrundsatzes auch diesbezüglich zu beachten sein werden (Mühlberger/Ott, „Die Kommunen im Finanz- und Steuerrecht“, dbv Verlag, 2016, Seite 89).

Der 3. Teil des Artikels zum Thema Gebührenformen erscheint in der Ausgabe ÖGZ 9 am 8. 9. 2021.

Ertragsanteilsvorschüsse für Juni 2021

(Beträge in 1.000 EURO, ohne Zwischenabrechnung)

Ertragsanteile, die auf die Gemeinden verteilt werden:

a) - nach Steuerarten

	Ertrag für 06/2021[1] in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 06/2020 in %	Ertrag für 01–06/2021 in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01–06/2020 in %
Steuern, Einkommen, Vermögen (gesamt)	**569.441**	**282,2 %**	**2.968.649**	**20,1 %**
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	-19.940		194.743	-3,5 %
Lohnsteuer	530.977	112,9 %	2.196.660	28,8 %
Kapitalertragsteuer	18.614	189,1 %	119.645	23,2 %
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	13.984	14,1 %	61.412	28,1 %
Körperschaftsteuer	23.691		387.444	-5,2 %
Stabilitätsabgabe	1.801	1,7 %	5.927	-16,0 %
Sonstige Steuern (gesamt)	**408.470**	**40,6 %**	**2.667.276**	**-1,3 %**
davon:				
Umsatzsteuer	178.640	54,1 %	1.274.466	-8,8 %
Tabaksteuer	23.273	16,8 %	112.004	
Biersteuer	1.947	401,1 %	10.576	3,9 %
Mineralölsteuer	36.775	78,5 %	219.707	17,1 %
Alkoholsteuer	785	0,8 %	7.484	-3,1 %
Energieabgabe	5.954		61.619	-8,5 %
Normverbrauchsabgabe	3.430	87,1 %	21.712	25,2 %
Grunderwerbsteuer (93,706 % Gemeinden)	117.980	22,7 %	715.031	11,6 %
Versicherungssteuer	11.772	-25,5 %	78.678	-4,1 %
Motorbezogene Versicherungssteuer	23.976	26,6 %	137.034	6,4 %
KFZ-Steuer	154	83,9 %	3.303	0,0 %
Konzessionsabgabe	2.736		19.461	63,9 %
Kunstförderungsbeitrag	545	1,4 %	1.068	0,4 %

[1] Datenquelle: BMF – Budgetvollzug (Ertragsanteile): i. d. R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats

b) länderweise Anteile *)

	Ertrag für 06/2021[1] in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 06/2020 in %	Ertrag für 01–06/2021 in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01–06/2020 in %
Burgenland	25.548	140,1 %	142.465	10,4 %
Kärnten	60.298	136,9 %	339.162	10,8 %
Niederösterreich	159.536	123,2 %	919.206	9,3 %
Oberösterreich	151.190	131,9 %	873.810	9,1 %
Salzburg	66.077	99,6 %	387.582	9,1 %
Steiermark	120.516	126,2 %	699.997	9,6 %
Tirol	88.762	119,1 %	499.951	9,2 %
Vorarlberg	46.176	120,0 %	267.356	7,9 %
Wien	260.353	117,9 %	1.507.465	7,8 %
Summe	**978.456**	**122,3 %**	**5.636.993**	**8,9 %**

*) ohne Zwischenabrechnung

Ertragsanteilsvorschüsse für Juli 2021

(Beträge in 1.000 EURO, ohne Zwischenabrechnung)

Ertragsanteile, die auf die Gemeinden verteilt werden:

a) - nach Steuerarten

	Ertrag für 07/2021[1] in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 07/2020 in %	Ertrag für 01–07/2021 in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01–07/2020 in %
Steuern, Einkommen, Vermögen (gesamt)	**681.036**	**35,9 %**	**3.649.686**	**22,8 %**
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	135.083	52,3 %	329.826	13,5 %
Lohnsteuer	284.436	11,3 %	2.481.096	26,5 %
Kapitalertragsteuer	35.650	150,9 %	155.295	39,5 %
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	11.825	100,3 %	73.237	36,0 %
Körperschaftsteuer	211.326	57,9 %	598.770	10,4 %
Stabilitätsabgabe	1.331	-10,3 %	7.258	-15,0 %
Sonstige Steuern (gesamt)	**513.641**	**30,1 %**	**3.180.917**	**2,7 %**
davon:				
Umsatzsteuer	259.165	33,4 %	1.533.631	-3,6 %
Tabaksteuer	19.222	-2,5 %	131.226	2,9 %
Biersteuer	1.869	-11,4 %	12.445	11,7 %
Mineralölsteuer	35.359	-11,6 %	255.066	-4,4 %
Alkoholsteuer	1.186	-5,3 %	8.670	-15,5 %
Energieabgabe	14.377	38,4 %	75.997	27,5 %
Normverbrauchsabgabe	5.520	279,7 %	27.232	3,8 %
Grunderwerbsteuer (93,706 % Gemeinden)	135.220	54,5 %	850.250	16,8 %
Versicherungssteuer	11.685	85,8 %	90.363	2,3 %
Motorbezogene Versicherungssteuer	24.944	-9,3 %	161.978	3,6 %
KFZ-Steuer	1.324	22,5 %	4.627	5,5 %
Konzessionsabgabe	2.508	6,5 %	21.968	54,4 %
Kunstförderungsbeitrag	0		1.068	0,4 %

[1] Datenquelle: BMF – Budgetvollzug (Ertragsanteile): i. d. R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats

b) länderweise Anteile *)

	Ertrag für 07/2021[1] in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 07/2020 in %	Ertrag für 01–07/2021 in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01–07/2020 in %
Burgenland	29.694	32,5 %	172.160	13,7 %
Kärnten	71.340	31,8 %	410.501	14,0 %
Niederösterreich	195.809	33,8 %	1.115.015	12,9 %
Oberösterreich	185.461	32,5 %	1.059.271	12,6 %
Salzburg	81.570	30,8 %	469.152	12,4 %
Steiermark	147.456	31,7 %	847.453	12,9 %
Tirol	104.750	33,6 %	604.702	12,7 %
Vorarlberg	58.186	38,9 %	325.542	12,4 %
Wien	320.412	34,4 %	1.827.876	11,7 %
Summe	**1.194.677**	**33,3 %**	**6.831.671**	**12,5 %**

*) ohne Zwischenabrechnung



Grün fürs Gehen

London rollt Zufußgehenden den grünen Teppich aus.

Fußgänger:innen kommen jetzt in London besser voran: Die Londoner Verkehrsbetriebe haben 18 Kreuzungen so umgerüstet, dass die Ampeln dauerhaft Grün anzeigen und erst auf Rot umschalten, wenn sich ein Fahrzeug nähert. Eine Probephase mit fünf Fußwegampeln lief dazu seit 2018. Bei den ausgewählten Orten handelt es sich um hochfrequentierte Kreuzungen in der Nähe von Einkaufszentren, Öffi-Stationen und Schulen. Will Norman, der Fuß- und Radwegebeauftragte der Stadt London, freut sich über die neue Priorisierung. Aufgrund der Pandemie ist ein Drittel der Menschen in London jetzt zu Fuß unterwegs statt mit dem eigenen Auto oder öffentlichen Verkehrsmitteln. Mehr als die Hälfte der Londonerinnen und Londoner haben aufgrund von Corona Spazierengehen für sich entdeckt, sowohl als Freizeitvergnügen als auch für die täglichen Wege.



Die Stadt Schwaz organisiert (GR Julia Muglach, links), Unternehmerin Margit Malojer (Mitte) finanziert und Regina Hamberger (GF EKIZ, rechts) übernimmt die Anmeldung.

Schwimmen lernen

Gratis Schwimmunterricht – wichtiger denn je

Pandemiebedingt sind dieses Jahr viele Schwimmkurse ausgefallen, gleichzeitig lockt die anhaltende Hitze alle in Freibäder und Seen. In Deutschland konstatierte Guido Kersten, Präsident eines Schwimmvereins, dass „nur noch vier bis sechs Kinder pro Klasse schwimmen können“. Schwimmen macht nicht nur Spaß, es ist lebenswichtig. Daher bieten 17 Berliner Schwimmvereine in zwölf Bädern der Stadt diesen Sommer kostenlose Kurse für 8.000 Kinder an. In Österreich gibt es ähnliche Initiativen, etwa in der Stadt Schwaz: Eine Unternehmerin finanziert Schwimmunterricht für 42 Kinder, die Stadtgemeinde Schwaz kümmert sich um die Organisation, das Eltern-Kind-Zentrum übernimmt die Anmeldung und die Wasserrettung Schwaz-Achensee hat möglichst viele Schwimmlehrer:innen mobilisiert. Eine Initiative, die Leben retten kann.

Gratis Babysitting für Alleinerziehende

Alleinerzieher:innen in Paris erhalten Schecks für Kinderbetreuung.

Inspiriert von einem belgischen Modell erhalten Alleinerziehende mit Kindern bis zu 12 Jahren, die im 9. Arrondissement von Paris wohnen, ein Mal im Jahr ein Scheckheft mit 24 Schecks á 20 Euro für Babysitting-Dienste. Das Projekt für Alleinerziehende, deren Familieneinkommen unter einer bestimmten Höhe liegt, war ein Wahlversprechen der Bezirksbürgermeisterin und wird vom Familienbeihilfefonds unterstützt. Für jede Stunde ist ein symbolischer Betrag von einem Euro zu zahlen, der Rest wird über die Schecks abgerechnet, die bei der Organisation Kangourou Kids für Babysitterinnen und Babysitter eingelöst werden können. Im 9. Arrondissement gibt es 700 Alleinerziehende, darunter 117 mit besonders niedrigem Familieneinkommen.



© Fotos: Stadt Schwaz, Getty Images (2)

Termine und Veranstaltungen
www.staedtebund.gv.at

Impressum: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 7-8/2021 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag GmbH, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Gabriele Ambros, KR Gerhard Milletich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Katharina Kunz, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-9989980, Mitarbeit: Kevin Muik • Chefin vom Dienst: Carina Wiesner, Grafische Gestaltung: Bohmann Repro-Media und Online GmbH, Lektorat: Carina Wiesner, Foto-Organisation: Joelle Berndl-Bullens • Reproduktion: Bohmann Repro-Media und Online GmbH, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2021: 10 Ausgaben • Cover: Getty Images, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,70; Jahresabonnement: EUR 45; Abo-Bestellung & Adressänderungen: +43(0)1/740 32-725, abo.oegz@bohmann.at, Anzeigenannahme und Backoffice: Daniela Borka, daniela.borka@bohmann.at, +43(0)1/740 32-733, Verkaufsleitung: Julia Rötzer, julia.roetzer@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)664 829 77 62 • Informationen zur DSGVO: www.bohmann.at • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.



© Foto: Getty Images

Ausblick ÖGZ 9/2021
Schwerpunkt: Finanzen

Fiscal Rules, Kommunales Crowdfounding, eigene Steuern für die EU und RRF oder Gemeindefinanzen – in der nächsten Ausgabe der ÖGZ dreht sich alles ums Geld. Plus: ein Streitgespräch mit Beat Weber (OeNB) und Johannes Grill (Bitcoin Austria) über Kryptowährungen.
Die Ausgabe 9/2021 erscheint am 8. September 2021.



Neurofibromatose durch Forschung besiegen.
www.nfkinder.at

NF Kinder

Wer verschafft mir jetzt den Spielraum, damit sich meine Gemeinde weiterentwickeln kann?



Führende Public Sector-Expertise

RUND **50%** ALLER GEMEINDEN SIND KUNDEN DER BANK AUSTRIA

Wer seine Gemeinde weiterentwickeln und dabei auch durch schwierige Zeiten bringen muss, braucht einen kompetenten Partner. Nahezu jede zweite österreichische Gemeinde vertraut dabei auf die UniCredit Bank Austria. Unsere innovativen Service-Tools, wie die „Praxisplaner“, können gerade dann, wenn die Rahmenbedingungen schwieriger werden, kommunale Aufgaben erleichtern. So unterstützen wir Sie dabei, Ihren Handlungsspielraum heute und in Zukunft zu optimieren. Und das nachhaltig. Denn, wenn es um die Zukunft einer ganzen Gemeinde geht, muss die Lösung vor allen Dingen eines sein: zukunftssicher. **#gemeinsamstark**

publicsector.bankaustria.at

Die Bank für alles, was wichtig ist.

Bank Austria
Member of UniCredit